



KONJUNKTURELLER AUSBLICK DURCH ENERGIEKRISE MASSIV BELASTET

I. Internationale Konjunktur

1. Weltwirtschaftliche Abkühlung – Hohe Inflation und geldpolitische Straffung
2. Euro-Raum: Konjunkturelle Aussichten erheblich verschlechtert
3. Chancen und Risiken

II. Deutsche Konjunktur

1. Rückblick: Erholung bei Dienstleistungen und steigender Energiepreisdruck
2. Rahmenbedingungen: Anhaltender Energiepreisdruck
3. Ausblick: Ausgeprägter und anhaltender Abschwung
4. Arbeitsmarktdynamik lässt nach
5. Öffentliche Finanzen durch starken Anstieg nominaler Größen getrieben
6. Mittelfristprojektion: Potenzialwachstum rückläufig

Anhang

Literatur

WICHTIGSTE BOTSCHAFTEN

- Hohe Energiepreise reduzieren die Kaufkraft und belasten den Konsum der privaten Haushalte. Ein stabiler Arbeitsmarkt und nachlassende Lieferengpässe stützen die Konjunktur.
- Der Sachverständigenrat erwartet, dass das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 1,7 % steigt und im Jahr 2023 um 0,2 % zurückgeht. Für die Verbraucherpreis-inflation prognostiziert er Raten von 8,0 % beziehungsweise 7,4 %.
- Die Prognose ist mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Sollte es in Deutschland zu einer Gasmangellage kommen, ist mit einer tiefen Rezession und noch höherer Inflation zu rechnen.

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Die **globalen Konjunkturaussichten** haben sich gegenüber der Frühjahrsprognose deutlich **eingetrübt**. Hohe Produktionskosten belasten die Unternehmen, und die Überwälzung auf die Verbraucherinnen und Verbraucher reduziert die **Kaufkraft der privaten Haushalte**. Darüber hinaus verschlechtern die **geldpolitischen Straffungen** in vielen Währungsräumen die Finanzierungsbedingungen. In den USA ist eine wirtschaftliche Abschwächung aufgrund der erheblichen Zinserhöhungen wahrscheinlich. Die anhaltende **Störung der internationalen Lieferketten** dämpft weiterhin die Industrieproduktion. Zuletzt deutet sich jedoch eine Entspannung an, die auf geringere Störungen in der Transportlogistik, aber auch auf einen globalen Nachfragerückgang zurückgeht.

Im Euro-Raum haben sich durch die **Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine** die konjunkturelle Lage und insbesondere der Ausblick erheblich verschlechtert. So haben die **Verringerung der russischen Gaslieferungen** und die daraus resultierende **Unsicherheit** zu starken Preissteigerungen geführt. Aufgrund der unterschiedlichen Struktur der Energieversorgung und der Wertschöpfung sowie unterschiedlicher fiskalpolitischer Reaktionen sind die Mitgliedstaaten allerdings nicht in gleichem Maße betroffen. Stützend dürften ein **robuster Arbeitsmarkt** und eine Entspannung der Lieferketten wirken. Insgesamt rechnet der Sachverständigenrat in den Jahren 2022 und 2023 mit **Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts im Euro-Raum** von **3,3 %** und **0,3 %**. Es ist zu erwarten, dass im Jahr 2022 die **Inflation 8,5 %** und damit den Höchststand seit Gründung der Währungsunion im Jahr 1999 erreicht. Im Jahr 2023 dürfte die Inflationsrate etwas zurückgehen, mit **7,4 %** allerdings hoch bleiben.

Deutschland ist aufgrund der bisherigen **starken Abhängigkeit von russischem Erdgas** in besonderem Maße von der Energiekrise betroffen. Die bereits von Lieferkettenstörungen betroffene **Industrie** ist nun zusätzlich **mit deutlich gestiegenen Energiekosten konfrontiert**. Ein **hoher Auftragsbestand** im Verarbeitenden Gewerbe dürfte hingegen wachstumsstabilisierend wirken. Die sukzessive **Überwälzung der Energiepreise auf die Verbraucherinnen und Verbraucher** belastet im Prognosezeitraum den **privaten Konsum** deutlich. Die geplanten Entlastungspakete für Haushalte und Unternehmen dürften die Kaufkraft beziehungsweise den Arbeitsmarkt stabilisieren. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die **privaten Haushalte entsparen** werden, was den Rückgang der realen Konsumausgaben dämpfen würde. Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat ein **reales Wachstum** des deutschen Bruttoinlandsprodukts von **1,7 %** in diesem Jahr und **-0,2 %** im kommenden Jahr. **Die Verbraucherpreis-inflation** wird nach der Prognose des Sachverständigenrates im Jahr 2022 bei **8,0 %** bzw. im Jahr 2023 bei **7,4 %** liegen. Die Prognose ist mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet. Sollte es in Deutschland im Prognosezeitraum zu einer Gasmangellage kommen, ist mit einer tiefen Rezession und nochmals höherer Inflation zu rechnen.

I. INTERNATIONALE KONJUNKTUR

1. Seit Beginn des Jahres 2022 hat sich die **Weltwirtschaft merklich abgekühlt**. Das liegt vor allem an den deutlich gestiegenen Energiepreisen, die die ohnehin erhöhten Produktionskosten der Unternehmen und die anhaltend hohe Verbraucherpreisinflation zusätzlich befeuert haben. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat zudem zu einer hohen wirtschaftlichen Unsicherheit geführt. Aufgrund der hohen Inflationsraten haben viele Zentralbanken die Leitzinsen erhöht. Darüber hinaus haben die gestiegene Zahl an Coronavirus-Infektionen und die damit verbundenen **Produktionsausfälle**, insbesondere in China, die Weltkonjunktur im Frühjahr 2022 gedämpft und zu neuen Lieferengpässen geführt.
2. Diese Faktoren belasten den **globalen konjunkturellen Ausblick**, der sich im Vergleich zum Frühjahr 2022 **deutlich verschlechtert** hat (Konjunkturprognose 2022 Ziffern 1 ff.). Die Energiepreise dürften insbesondere in Europa und Asien im Winterhalbjahr 2022/23 hoch bleiben und im nächsten Jahr nur langsam sinken. Dies dürfte die Produktionskosten weiter erhöhen und zu einer fortschreitenden Überwälzung auf die Verbraucherpreise führen, aufgrund derer die Verbraucherpreisinflation im Prognosezeitraum hoch bleibt. Die anhaltende Teuerung reduziert die Kaufkraft der privaten Haushalte, was den privaten Konsum belastet. Die Finanzierungsbedingungen dürften sich infolge der weltweiten Straffung der Geldpolitik weniger günstig entwickeln als in den vergangenen Jahren und die Nachfrage dämpfen. Mit Verzögerung dürfte dies der aufwärtsgerichteten Preisentwicklung entgegenwirken. Bei den angebotsseitigen Engpässen zeichnet sich insgesamt eine Entspannung auf hohem Niveau ab, nicht zuletzt aufgrund der nachlassenden globalen Nachfrage. Gleichzeitig dürfte der nach wie vor hohe Auftragsbestand vieler Unternehmen die Produktion stützen, wenn die angebotsseitigen Engpässe weiter abklingen. Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat ein weltweites Wirtschaftswachstum von 2,8 % für das Jahr 2022 und von 1,9 % für das Jahr 2023.

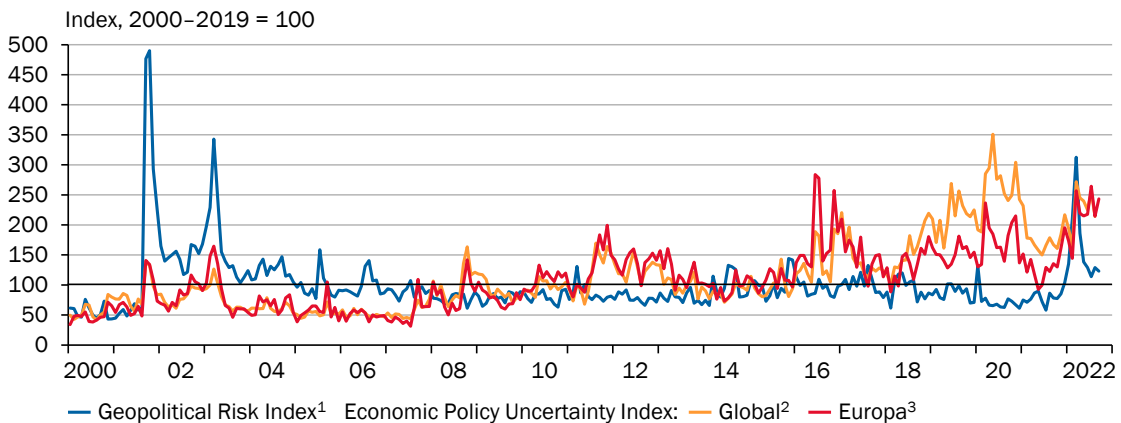
1. Weltwirtschaftliche Abkühlung – Hohe Inflation und geldpolitische Straffung

Die Entwicklung der Weltwirtschaft bis Herbst 2022

3. Der russische Angriff auf die Ukraine hat zu einem **starken Anstieg sowohl des geopolitischen Risikos als auch der wirtschaftspolitischen Unsicherheit** geführt. [ABBILDUNG 1](#) Dies legen Indizes nahe, die die relative Häufigkeit bestimmter mit geopolitischem Risiko beziehungsweise wirtschaftspolitischer Unsicherheit verknüpften Stichworte in Zeitungsartikeln messen. Seit März 2022 ist das so gemessene geopolitische Risiko höher als im Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre. Zu Beginn des Krieges war es vergleichbar mit dem Niveau zu Beginn des Irakkrieges im März 2003. Die Unsicherheit über wirtschaftspolitische Maßnahmen und ihre Effekte ist zwar seit März 2022 ebenfalls erheblich gestiegen, global ist sie jedoch geringer als im ersten Jahr der Corona-Pandemie. In

➤ **ABBILDUNG 1**

Hohe geopolitische und wirtschaftspolitische Unsicherheit insbesondere in Europa



1 – Der Geopolitical Risk Index spiegelt die Ergebnisse automatischer Textsuche in zehn Zeitungen in den USA wider. Er berechnet sich aus dem Anteil der Artikel zu negativen geopolitischen Ereignissen an der Gesamtzahl der Artikel in jeder Zeitung für jeden Monat (siehe Caldara und Iacoviello, 2022). 2 – Der globale Economic Policy Uncertainty (EPU) Index spiegelt die Ergebnisse automatischer Textsuche in Zeitungen in 21 Ländern wider, in deren Artikeln Begriffe zu Politik, Wirtschaft und Unsicherheit enthalten sind. Er berechnet sich aus dem Anteil der Artikel mit Begriffen zu den drei Themenfeldern an der Gesamtzahl der Artikel in jeder Zeitung für jeden Monat und ist mit dem kaufkraftbereinigtem BIP der Länder gewichtet (siehe Davis, 2016). 3 – Der EPU Index für Europa spiegelt die Ergebnisse automatischer Textsuche in zehn europäischen Zeitungen wider. Die Indexberechnung erfolgt analog zum globalen Index.

Quellen: Baker et al. (2016), Caldara und Iacoviello (2022), Davis (2016), eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-305-03

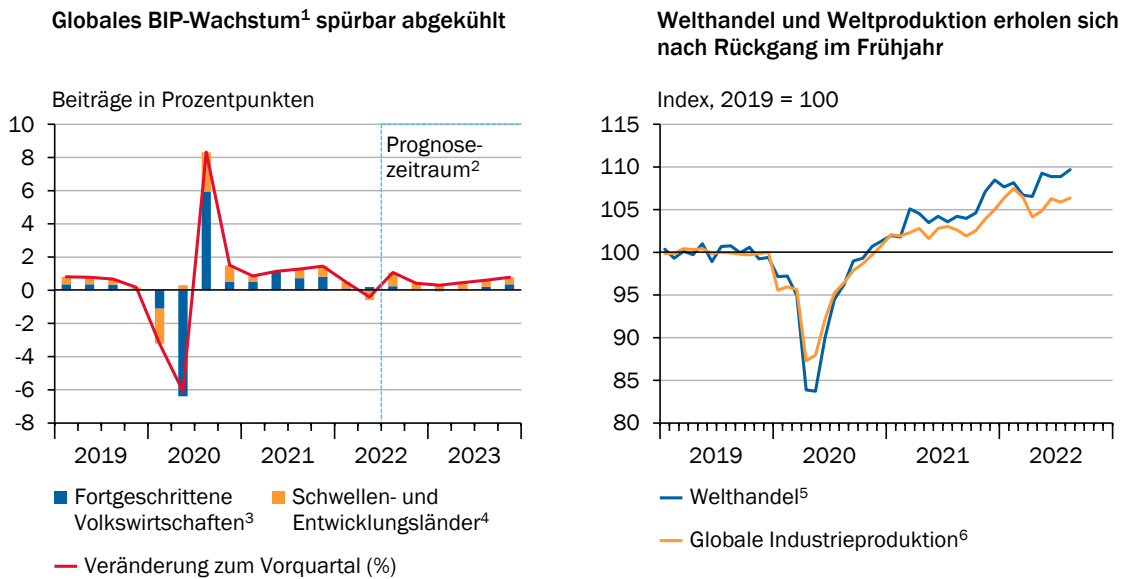
Daten zur Abbildung

Europa hingegen war die gemessene wirtschaftspolitische Unsicherheit nur im Sommer 2016 nach dem Brexit-Referendum höher. Eine hohe Unsicherheit wirkt sich negativ auf die Investitions- und Konsumentscheidungen von Unternehmen und Haushalten aus (Bloom et al., 2007; Ben-David et al., 2018; Coibion et al., 2021; Caldara und Iacoviello, 2022).

4. Das **Wachstum des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP)** [➤ GLOSSAR](#) hat sich **in der 1. Jahreshälfte 2022** gegenüber dem kräftigen Wachstum in der 2. Jahreshälfte 2021 **deutlich verlangsamt**. [➤ ABBILDUNG 2 LINKS](#) Die hohe Inflation, die große Unsicherheit sowie anhaltende Störungen der Lieferketten wirkten der wirtschaftlichen Expansion in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften [➤ GLOSSAR](#) und Schwellenländern [➤ GLOSSAR](#) entgegen. Sie waren mit einem Rückgang des globalen BIP im 2. Quartal 2022 verbunden. In vielen **fortgeschrittenen Volkswirtschaften** war das BIP-Wachstum in der 1. Jahreshälfte 2022 zwar **noch positiv**, verlangsamte sich jedoch deutlich gegenüber dem Jahresende 2021. Maßgeblich dafür waren die stark gestiegenen Energiepreise und – insbesondere in Japan – die Verbreitung der sehr ansteckenden Omikron-Varianten im 1. Quartal 2022. [➤ ZIFFER 20](#) Im Euro-Raum belebte die Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen für das Coronavirus die Konjunktur im 2. Quartal 2022 und trug zu einem positiven Wachstum im 1. Halbjahr 2022 bei. [➤ ZIFFERN 24 FF.](#) Unter den fortgeschrittenen Volkswirtschaften war einzig in den USA das BIP-Wachstum in der 1. Jahreshälfte 2022 negativ. [➤ ZIFFER 15](#) Auch in den **Schwellenländern** war das BIP-Wachstum im 2. Quartal 2022 insgesamt **negativ**, getrieben durch das negative Wachstum Chinas. [➤ ZIFFER 17](#) In anderen Schwellenländern, etwa in Latein- und Mittelamerika sowie in Asien, stieg die wirtschaftliche Aktivität hingegen kräftig. [➤ ZIFFER 21](#)

▸ **ABBILDUNG 2**

Globales Wachstum, Warenhandel und Industrieproduktion



1 – Durchschnitte der saisonbereinigten Quartalswerte. Das globale BIP wird angenähert durch die Summe der Länder in Tabelle 1 (Insgesamt). 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Abgrenzung wie in Fußnote 10 in Tabelle 1. 4 – Abgrenzung wie in Fußnote 11 in Tabelle 1. 5 – Umfasst den Warenhandel in 81 Ländern und knapp 99 % des globalen Warenhandels. 6 – Umfasst die Industrieproduktion in 85 Ländern und etwa 97 % der globalen Industrieproduktion.

Quellen: CPB, Eurostat, IWF, nationale Statistikämter, OECD, eigene Berechnungen
 © Sachverständigenrat | 22-307-02

Daten zur Abbildung

5. Entstehungsseitig geht der Rückgang des globalen BIP im 2. Quartal 2022 insbesondere auf die geringere **globale Industrieproduktion** zurück. ▸ **ABBILDUNG 2 RECHTS** Vor allem die Null-Covid-Politik Chinas, die mit strikten Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus sowie insbesondere von März 2022 bis Mai 2022 mit Schließungen von Geschäften und Produktionsstätten einherging, belastete die Produktion und nachgelagerte internationale Lieferketten. Zudem führte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zu Engpässen bei einigen Vorleistungsgütern und damit teilweise zu Produktionsausfällen. Mit der Lockerung der strikten Eindämmungsmaßnahmen in China konnte sich die globale Industrieproduktion erholen. Die reduzierten russischen Erdgaslieferungen nach Europa erhöhten die Energiepreise in Europa und Asien deutlich und beeinträchtigten die Produktion energieintensiver Industrien. ▸ **ZIFFERN 25 UND 60** Trotz dieser dämpfenden Faktoren und der recht volatilen Entwicklung lag die globale Industrieproduktion im Juni 2022 noch um 1,1 % über dem Niveau im Dezember 2021.

6. Der **Welthandel entwickelte** sich in der 1. Jahreshälfte 2022 deutlich **schwächer** als noch in der 2. Hälfte des Jahres 2021 und wuchs gegenüber der 2. Jahreshälfte 2021 nur um knapp 1 %. ▸ **ABBILDUNG 2 RECHTS** Das schwächere Wachstum dürfte maßgeblich auf die Lockdowns chinesischer Metropolen und die dadurch verschärften Lieferkettenprobleme zurückzuführen sein. Verschiedene Indikatoren haben seit Beginn des Jahres 2021 bis zum Frühjahr 2022 eine **erhebliche Störung** der globalen Lieferketten angezeigt. ▸ **ABBILDUNG 3 LINKS** So waren in dieser Zeit der Anteil weltweit unbewegter Güter auf Containerschiffen und der Global

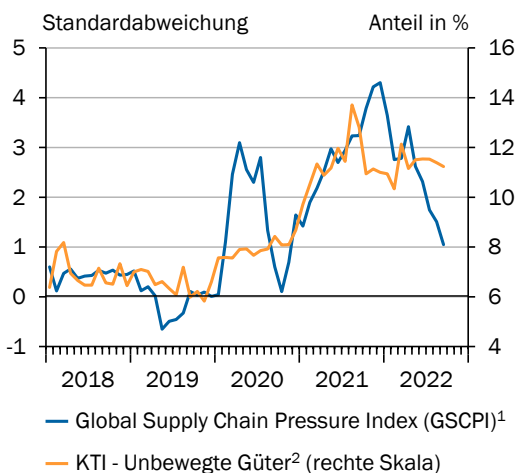
Supply Chain Pressure Index teilweise höher als zu Beginn der Corona-Pandemie. Das zeigt sich insbesondere an gestiegenen Frachtkosten auf wichtigen Handelsrouten. [↘ ABBILDUNG 3 RECHTS](#) Zuletzt zeichnete sich eine **allmähliche Entspannung auf hohem Niveau** ab. Für die **Prognose** geht der Sachverständigenrat davon aus, dass sich die **Entspannung der Lieferketten** im Prognosehorizont **fortsetzen wird**.

7. Die **Stimmungsindikatoren für Unternehmen sowie das Konsumentenvertrauen** sind zuletzt **weltweit zurückgegangen**. [↘ ABBILDUNG 4](#) In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben sich die Einkaufsmanagerindizes im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich seit März 2022 verschlechtert. In der Gruppe der Schwellenländer war deren Entwicklung seit dem 1. Quartal 2022 abwärtsgerichtet. Sie notierten von März bis Mai 2022 angesichts der chinesischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Indexpunkten. Mit der Lockerung der Maßnahmen kletterten sie im Juni 2022 wieder in den Expansionsbereich. Die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe der Schwellenländer fällt am aktuellen Rand knapp unter die Wachstumsschwelle, in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften verbleibt sie nur knapp darüber. Der graduelle Rückgang der Stimmungsindikatoren dürfte

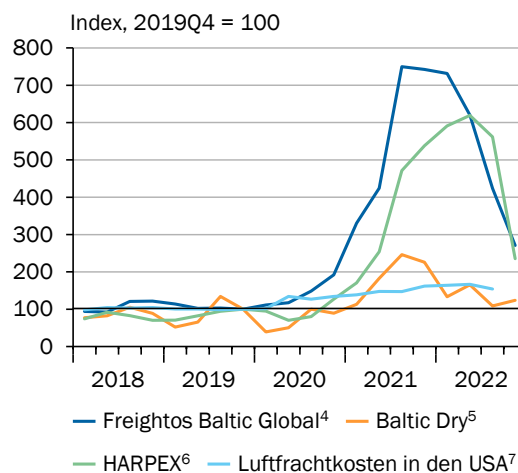
[↘ ABBILDUNG 3](#)

Lieferengpässe und Frachtkosten

Störungen der Lieferketten entspannen sich auf hohem Niveau



Frachtkosten fallen wieder³



1 – Der GSCPI fasst verschiedene Indikatoren zu Transportkosten und Lieferengpässen zu einem Index zusammen. Der Mittelwert des Index ist auf null normalisiert. Dargestellt ist die Abweichung vom Mittelwert gemessen in Standardabweichungen. 2 – Der verwendete Kiel Trade Indicator (KI) zeigt an, wie viel Prozent der weltweit verschifften Waren sich auf wartenden Containerschiffen befinden. Die Berechnung erfolgt über Schiffspositionsdaten in Echtzeit sowie über die effektive Auslastung der Containerschiffe anhand des Tiefgangs. 3 – Wert für 2022Q4: Durchschnitt berechnet mit den vorliegenden Werten im Oktober (außer für Luftfrachtkosten in den USA). Abgerufen am 28. Oktober 2022. 4 – Frachtraten am Spotmarkt von 40-Fuß-Containern für zwölf Handelsrouten. 5 – Frachtraten verschiedener Schiffsklassen für Schüttgüter auf 26 Handelsrouten. 6 – Der Frachtkostenindikator Harper Petersen Charterraten Index (HARPEX) misst die Containerfrachtraten am Zeitchartermarkt für die Laufzeiten von 3 bis 48 Monaten für sieben Schiffsklassen, die eine definierte Mindestgeschwindigkeit von 17 bis 24 Knoten haben. 7 – Berechnet als Durchschnitt über die Transportkostenpreisindizes für exportierte und importierte Luftfracht.

Quellen: Baltic Exchange, Benigno et al. (2022), BLS, Freightos, Harper Petersen & Co., IfW Kiel, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-323-02

Daten zur Abbildung

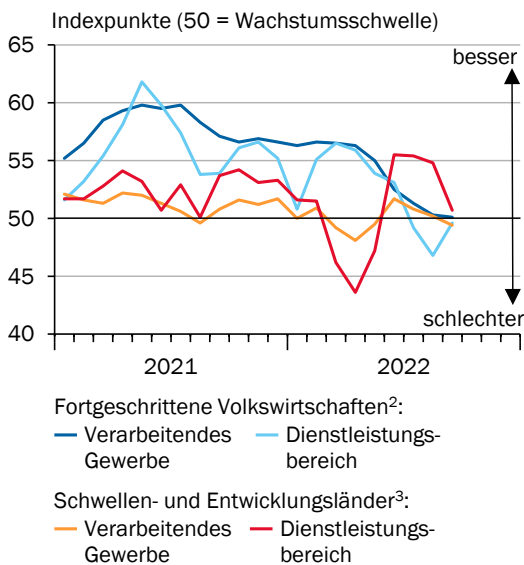
die Abschwächung der globalen Nachfrage widerspiegeln und sich in den kommenden Monaten weiter fortsetzen.

8. Die **Preise wichtiger Energieträger** sind im Jahr 2022 weiter gestiegen. [↪ ABBILDUNG 5 LINKS](#) Der Erdgaspreis in Europa ist bereits seit September 2020 ausgehend von 11 Euro je Megawattstunde (MWh) auf durchschnittlich 114 Euro im Dezember 2021 angestiegen. Zwischen Jahresbeginn und September 2022 hat er sich infolge der Reduktion russischer Lieferungen nahezu verdoppelt und ist derzeit sehr volatil. Die Preise für Flüssigerdgas (LNG) in Nordostasien und für Erdgas an der Ostküste der USA sind dagegen um weniger als ein Viertel gestiegen. Die Gaspreise unterscheiden sich regional aufgrund der hohen Kosten bei der Verflüssigung und begrenzter Transportkapazitäten (EIA, 2020). [↪ ZIFFERN 300 FF.](#) Nichtsdestotrotz hat die gestiegene LNG-Nachfrage in Europa insbesondere bei asiatischen Schwellen- und Entwicklungsländern zu Preissteigerungen und damit einhergehenden Verbrauchskürzungen geführt (IEA, 2022a). Im Gegensatz dazu liegt der **Preis für Rohöl** der Sorte Brent seit August 2022 wieder **unter 100 US-Dollar pro Barrel**, nach zwischenzeitlich rund 130 US-Dollar im März 2022. [↪ ABBILDUNG 5 LINKS](#) Während im Frühjahr und Sommer 2022 negative Erdölangebotsschocks den Ölpreis getrieben haben dürften, [↪ PLUSTEXT 3](#) hängt der Rückgang seit August 2022 laut EIA (2022) mit einer schwächeren globalen Nachfrage zusammen. Gleichzeitig dürfte die Reduktion der Förderquoten durch die OPEC+ [↪ GLOSSAR](#) im Oktober 2022 den Ölpreis stabilisiert haben. Die Kürzung der

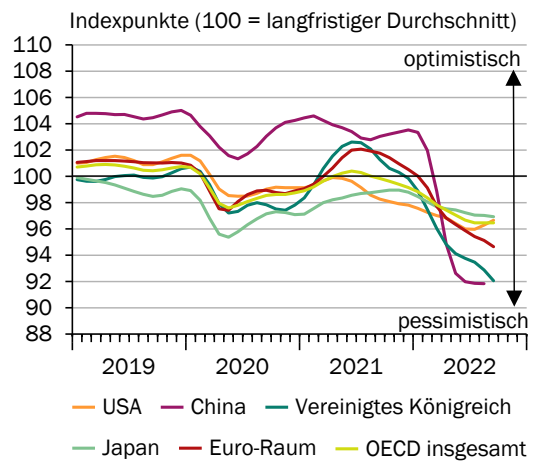
[↪ ABBILDUNG 4](#)

Einkaufsmanagerindizes und Konsumentenvertrauen

Einkaufsmanagerindizes¹ verschlechtern sich



Konsumentenvertrauen⁴ pessimistischer als im Frühjahr 2020



1 – Basiert auf einer monatlichen Umfrage unter Einkaufsleiterinnen/Einkaufsleitern und Geschäftsführerinnen/Geschäftsführern. 2 – Gemäß der Abgrenzung von S&P Global: Australien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Hongkong, Irland, Italien, Japan, Niederlande, Österreich, Republik Korea, Singapur, Spanien, Taiwan, USA, Vereinigtes Königreich. 3 – Gemäß der Abgrenzung von S&P Global: Ägypten, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Kenia, Libanon, Malaysia, Mexiko, Nigeria, Philippinen, Polen, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Thailand, Tschechien, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam. 4 – Standardisierter Vertrauensindikator der OECD.

Quellen: OECD, S&P Global

© Sachverständigenrat | 22-311-03

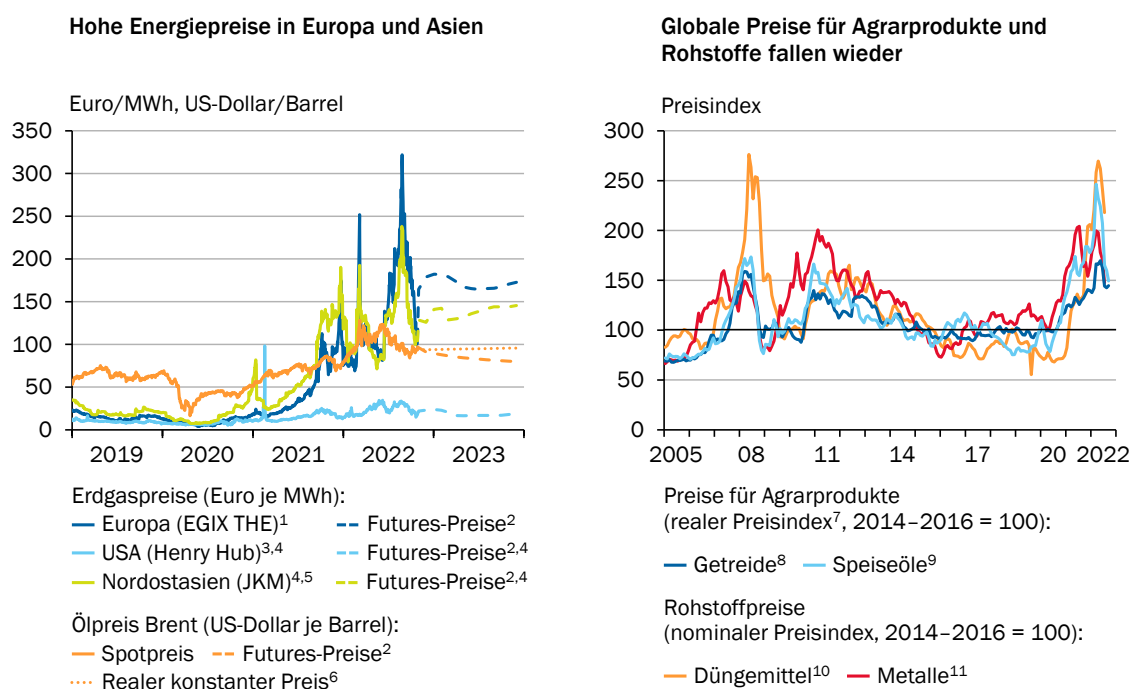
[Daten zur Abbildung](#)

Fördermenge dürfte bis zu 50 % geringer ausfallen als die Reduktion der Förderquoten (EIA, 2022; Wang und Griffin, 2022). Ein Grund dafür könnte sein, dass einige OPEC+-Mitglieder aufgrund mangelnder Kapazitäten ihre Förderquoten bislang nicht erfüllt haben (Wang und Griffin, 2022).

9. Im Winter 2022/23 dürften die **Preise für Rohöl und Erdgas erhöht** bleiben. Bei gleicher Fördermenge der OPEC+ dürfte der Ölpreis aufgrund einer geringeren Nachfrage im weiteren Prognosezeitraum jedoch leicht sinken. Auf den Futures-Märkten für **Erdgas in Europa und Asien** zeichnen sich in der mittleren Frist hingegen **keine Preisrückgänge** ab. [↪ ZIFFER 302](#) Die Erdgaspreise in Europa und Asien dürften daher weiter auf einem hohen Niveau und sehr volatil bleiben – mit einer leichten saisonalen Entspannung im Sommer 2023. Im Prognosezeitraum bestehen Aufwärtsrisiken für den Erdgaspreis. [↪ ZIFFER 47](#)
10. Die **Preise nichtenergetischer Rohstoffe** sind im Frühjahr 2022 ebenfalls **erheblich gestiegen**. [↪ ABBILDUNG 5 RECHTS](#) Die Preise für Agrarprodukte haben

↪ ABBILDUNG 5

Preise für Energie, Agrarprodukte und Rohstoffe



1 – Der European Gas Index (EGIX) basiert auf börslichen Handelsgeschäften, die in den jeweils aktuellen Frontmonatskontrakten (THE) abgeschlossen werden. 2 – Durchschnittliche Futures-Preise der letzten 30 Handelstage für den November 2022 und die folgenden Monate, abgerufen am 28. Oktober 2022. 3 – Die Preise basieren auf der Lieferung am Henry Hub in Louisiana. Offizielle Tagesschlusspreise um 14:30 Uhr auf dem Parkett der New York Mercantile Exchange (NYMEX) für einen bestimmten Liefermonat. 4 – Preis in US-Dollar je MMBtu (1 million British thermal units) umgerechnet in Euro je MWh. Für die Umrechnung der Futures-Preise wird der letzte verfügbare Tageskurs verwendet. 5 – Japan Korea Marker (JKM) ist der nordostasiatische Spotpreisindex für LNG, das ab Schiff nach Japan und Korea geliefert wird. 6 – Ölpreis fortgeschrieben mit einer jährlichen Inflationsrate von 2 %. 7 – Deflationiert den nominalen Preisindex mit dem Manufacturers Unit Value (MUV) Index der Weltbank. 8 – Enthält Preise für Gerste, Hirse, Mais, Reis und Weizen. 9 – Enthält Preise für zehn verschiedene pflanzliche Speiseöle. 10 – Enthält Preise für Harnstoff-, Kali- und Phosphatdünger. 11 – Enthält Preise für Aluminium, Blei, Eisenerz, Kobalt, Kupfer, Molybden, Nickel, Uran, Zink und Zinn.

Quellen: EEX, EIA, EZB, FAO, ICE, IWF, NYMEX, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-322-05

[Daten zur Abbildung](#)

sich seit dem Jahr 2020 aufgrund ausgefallener Ernten und fehlender Erntehelferinnen und -helfer im Zusammenhang mit Coronavirus-Eindämpfungsmaßnahmen erhöht (CBI, 2022). Zudem hat der russische Angriffskrieg das Angebot insbesondere von Sonnenblumenöl – ein wichtiges Exportgut der Ukraine und Russlands – verknappt. Die Preise für Düngemittel sind im Frühjahr 2022 infolge hoher Erdgaspreise weiter stark angestiegen. **Zuletzt gaben die Preise nicht-energetischer Rohstoffe zwar nach**, sind aber **weiterhin** deutlich **höher als im Jahr 2021**. Somit dürfte der Kostendruck bei der Produktion von Lebensmitteln hoch bleiben. Die zu erwartende Überwälzung auf die Verbraucherpreise wird insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländer stark belasten. [↪ KASTEN 1](#) Infolge der globalen konjunkturellen Abkühlung war der Preisrückgang bei Industrierohstoffen wie Metallen besonders deutlich. Der leichte Preisrückgang für Getreide dürfte dagegen auf die seit August 2022 wieder aufgenommenen ukrainischen Exporte über das Schwarze Meer zurückgehen (FAO, 2022).

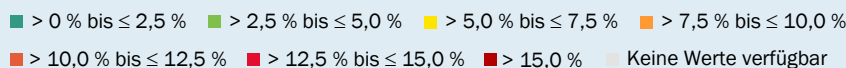
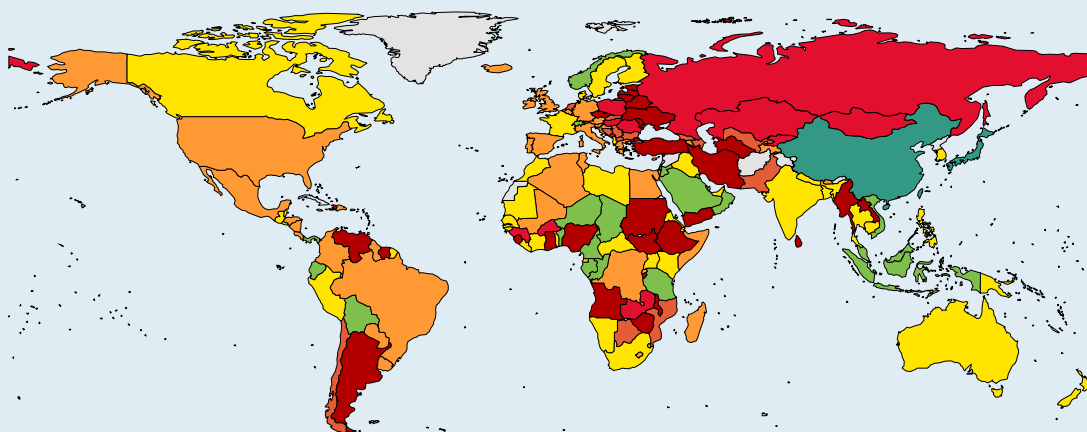
[↪ KASTEN 1](#)

Auswirkungen von Covid, Energie- und Rohstoffpreisanstieg auf Schwellen- und Entwicklungsländer

Die **wirtschaftliche Erholung** vom pandemiebedingten Einbruch im Jahr 2020 ist **in den meisten Schwellen- und Entwicklungsländern noch unvollständig** (Weltbank, 2022, S. 16). In vielen Staaten der Erde hat sich die Inflation deutlich erhöht. [↪ ABBILDUNG 6](#) Angesichts der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine erwartet der Sachverständigenrat für die meisten Schwellen- und Entwicklungsländer eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums für das Jahr 2022. [↪ TABELLE 1](#)

[↪ ABBILDUNG 6](#)

Inflationsprognose des IWF¹ für das Jahr 2022



1 – Herbstprognose 2022.

Quellen: EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen, IWF
© Sachverständigenrat | 22-398-01

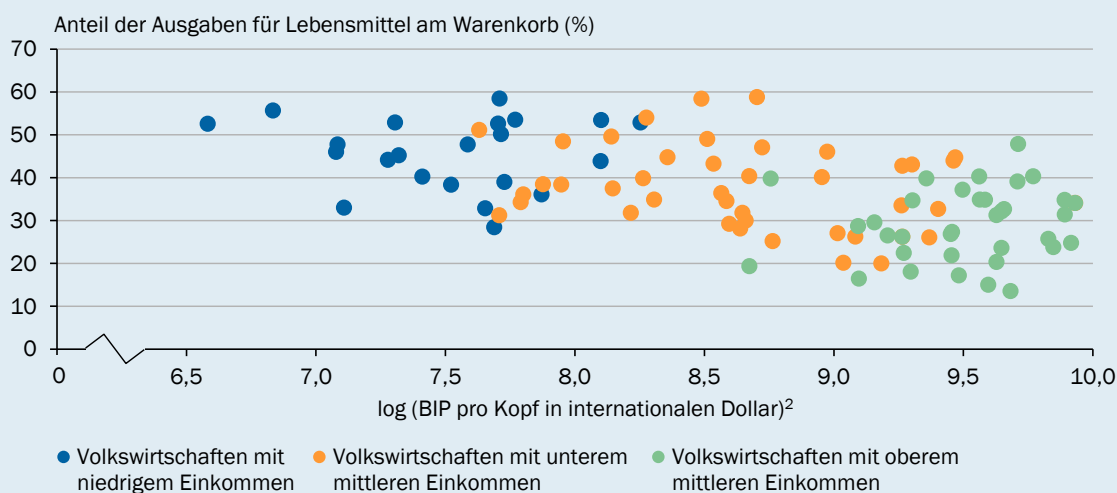
[Daten zur Abbildung](#)

Aufgrund der unmittelbaren Kriegshandlungen ist die Ukraine mit einem erwarteten Einbruch des BIP von etwa 35 % im Jahr 2022 am stärksten betroffen (IWF, 2022). Für Russland wird ein Rückgang von 5,2 % im Jahr 2022 erwartet. [↪ ZIFFER 22](#) Aufgrund globaler Handelsverflechtungen ist jedoch in nahezu allen Schwellen- und Entwicklungsländern der europäischen und zentralasiatischen Regionen mit einem Rückgang des BIP zu rechnen. Der **starke Anstieg einiger Rohstoffpreise** hat zudem **deutliche Auswirkungen auf Schwellen- und Entwicklungsländer** anderer Regionen. Während rohstoffexportierende Staaten von dem Preisanstieg profitieren, erhöhen die Preissprünge für Energie- und Agrarrohstoffe den Inflationsdruck in rohstoffimportierenden Ländern infolge sich verschlechternder Terms of Trade [↪ GLOSSAR](#) und reduzieren so das reale verfügbare Einkommen. Dabei sind ärmere Schwellen- und Entwicklungsländer besonders stark von steigenden Lebensmittelpreisen betroffen. [↪ ABBILDUNG 7](#) Im Durchschnitt der Schwellen- und Entwicklungsländer mit mittleren Einkommen haben Lebensmittelpreise einen Anteil am Verbraucherpreisindex von 36 %, in Schwellen- und Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen beträgt er sogar 46 %. Für Länder mit hohem Einkommen liegt der Anteil nur bei 17 %. Gleichzeitig besteht für viele Schwellen- und Entwicklungsländer wenig Spielraum zur kurzfristigen Substitution, da sich das Angebot einiger Nahrungsmittel (vor allem Getreide und einige pflanzliche Speiseöle) sowie Düngemittel auf wenige Exportländer – darunter Russland und die Ukraine – konzentriert (OECD, 2022, S. 67 f.).

Der in diesem Jahr beobachtete **Anstieg einiger Lebensmittelpreise** übersteigt die Preisanstiege in der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/08 und im Jahr 2011, als die Getreideproduktion unter anderem durch Missernten deutlich geringer ausfiel. [↪ ABBILDUNG 5 RECHTS](#) Die gestiegenen Preise wichtiger Inputfaktoren für die Landwirtschaft, wie beispielsweise Düngemittel, Saaten und Energie, könnte die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in vielen Staaten zusätzlich beeinträchtigen (Arteta und Kasyanenko, 2022).

[↪ ABBILDUNG 7](#)

Anteil von Lebensmitteln am Warenkorb in Schwellen- und Entwicklungsländern¹



1 – Ländergruppen gemäß Definition der Weltbank. 2 – In Kaufkraftparitäten zu konstanten Preisen im Jahr 2017.

Quellen: IWF, Weltbank, eigene Berechnungen

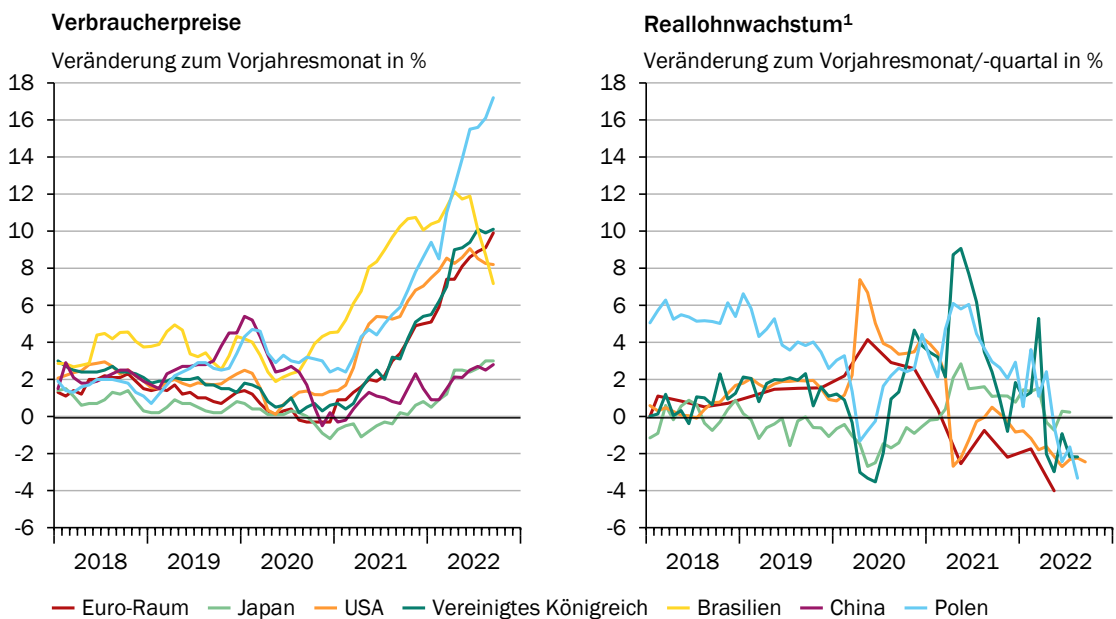
© Sachverständigenrat | 22-363-01

[Daten zur Abbildung](#)

- 11.** Die **Verbraucherpreisinflation** ist insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Lauf des Jahres 2022 **weiter angestiegen**. [↪ ABBILDUNG 8 LINKS](#) In den USA und dem Vereinigten Königreich hat sich die Verbraucherpreisinflation zuletzt auf jeweils sehr hohem Niveau stabilisiert, während die

▸ **ABBILDUNG 8**

Hohe Inflation belastet Reallöhne



1 – Die Stundenlöhne sind deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. Beide Reihen sind saisonbereinigt. Für den Euro-Raum sind nur Quartalswerte verfügbar, für Brasilien und China liegen keine Stundenlöhne vor.

Quellen: Nationale Statistikämter, OECD, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-314-04

[Daten zur Abbildung](#)

Kerninflation weiter steigt. Im Euro-Raum sowie in anderen europäischen Ländern wie etwa Polen wird die hohe Inflationsrate weiter von Energiepreisen getrieben. Die Inflation in Asien ist moderater als in anderen Regionen, da dort die Energiepreise niedriger sind und insbesondere in Japan die Überwälzung auf die Verbraucherpreise weniger fortgeschritten ist. In einigen Schwellenländern wie etwa Brasilien sind die Inflationsraten aufgrund von Steuererleichterungen für Treibstoffe und Elektrizität zuletzt zurückgegangen. ▸ [ZIFFER 12](#) Allerdings treiben die steigenden Lebensmittelpreise in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern die Inflation besonders stark an. ▸ [KASTEN 1](#) Weltweit führt die hohe Verbraucherpreis-inflation zu **Kaufkraftverlusten** bei den Haushalten. ▸ [ABBILDUNG 8 RECHTS](#) ▸ [ZIFFER 25](#)

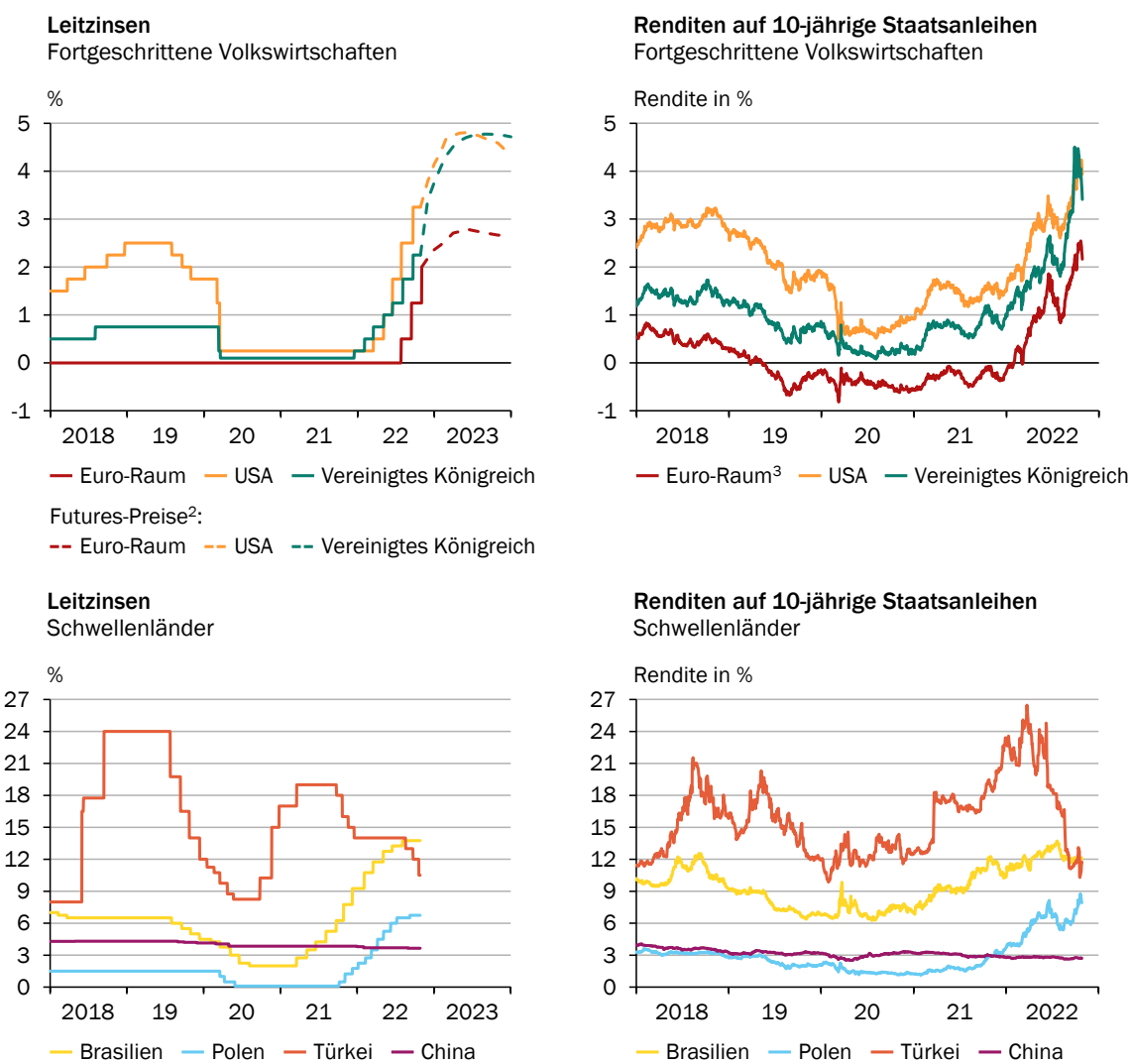
- Angesichts steigender Inflationsraten haben die Zentralbanken vieler fortgeschrittener Volkswirtschaften sowie einiger großer Schwellenländer im Jahr 2022 ihre **Leitzinsen** deutlich angehoben. ▸ [ABBILDUNG 9 LINKS](#) ▸ [PLUSTEXT 1](#) Die US-amerikanische Notenbank hat den Leitzins von 0,25 bis 0,50 % im März 2022 schrittweise auf 3,00 bis 3,25 % im September 2022 erhöht. Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank of England haben ihre Leitzinsen seit Jahresbeginn um jeweils 2 Prozentpunkte auf 2,00 % und 2,25 % angehoben. Einige Staaten wie Brasilien oder Polen haben ihre Geldpolitik vor dem Hintergrund hoher Inflationsraten bereits im Jahr 2021 gestrafft. Die Türkei und China haben ihre Leitzinsen zuletzt zur Stützung ihrer Wirtschaft gesenkt.

Die Finanzierungsbedingungen haben sich weltweit eingetrübt und die **Umlaufrenditen auf 10-jährige Staatsanleihen erhöhten sich** zuletzt angesichts der steigenden Zinsen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. ▸ [ABBILDUNG 9](#)

RECHTS Infolge der Zinswende in fortgeschrittenen Volkswirtschaften wurde Kapital aus Schwellenländern abgezogen (Srinivasan, 2022). Der dadurch entstehende Abwertungsdruck auf die Wechselkurse dürfte die Schwellenländer dazu veranlassen, ihre Geldpolitik weiter zu straffen. Der starke US-Dollar führt außerdem dazu, dass für in US-Dollar verschuldete Schwellenländer die Bedienung von Zinszahlungen und Schulden deutlich teurer wird.

▸ **ABBILDUNG 9**

Steigende Leitzinsen¹ und Renditen auf 10-jährige Staatsanleihen



1 – Die betrachteten Leitzinsen sind der Hauptrefinanzierungssatz für den Euro-Raum, die Federal Funds Rate für die USA, die Bank Rate für das Vereinigte Königreich, die Selic Interest Rate für Brasilien, die Reference Rate für Polen, die Repo Interest Rate für die Türkei sowie der kurzfristige Kreditbasiszinssatz für Haushalte und Unternehmen für China.
2 – Erwartungen der Marktteilnehmerinnen/-teilnehmer über die Zentralbankzinsen ermittelt aus den 30-tägigen Federal Funds Futures für die USA, den 3-monatigen EURIBOR Futures für den Euro-Raum und den Overnight Index Swap Forwards für das Vereinigte Königreich. Abgerufen am 28. Oktober 2022.
3 – Für den Euro-Raum werden nur Staatsanleihen mit AAA Bonität berücksichtigt.

Quellen: Banco Central do Brasil, BoE, CME, EZB, Fed, ICE, National Bank of Poland, Refinitiv Datastream, TCMB, The People's Bank of China

© Sachverständigenrat | 22-319-02

[Daten zur Abbildung](#)



➤ PLUSTEXT 1

Realwirtschaftliche Effekte einer geldpolitischen Straffung

Leitzinsänderungen von Zentralbanken beeinflussen die Realwirtschaft über verschiedene direkte und indirekte Kanäle (Deutsche Bundesbank, 2022a; EZB, 2022a): Veränderungen der Marktzinsen wirken sich über geänderte Realzinsen und Kapitalkosten auf Investitions-, Spar- und Konsumententscheidungen aus. Zudem steigen die Refinanzierungskosten des Finanzsystems, und infolge von Insolvenzen kann es zu Kreditausfällen kommen. Finanzintermediäre reduzieren als Reaktion darauf ihre Kreditvergabe. Über diese und weitere **Transmissionskanäle** kann die Zentralbank auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einwirken. Die Inflation wird dadurch aber nur mit deutlicher zeitlicher Verzögerung beeinflusst (Christiano et al., 1996, 2005).

Um die kausalen realwirtschaftlichen Effekte geldpolitischer Entscheidungen zu identifizieren, konzentrieren sich empirische Studien vor allem auf die Wirkung unvorhergesehener Zinsänderungen, die nicht auf die konjunkturelle Lage zurückzuführen sind (Literaturüberblick in Ramey, 2016). Leitzinsänderungen spiegeln aber überwiegend **systematische Reaktionen der Zentralbank** auf makroökonomische Entwicklungen wider, und die Übertragbarkeit der Schätzergebnisse von Analysen geldpolitischer Schocks kann daher schwierig sein. In einer der wenigen vorliegenden empirischen Studien zu den Effekten solcher endogener geldpolitischer Entscheidungen zeigen Bernanke et al. (1997) für die USA, dass der Großteil der Auswirkungen von Ölpreisschocks auf das BIP in den 1970er- bis frühen 1990er-Jahren auf die geldpolitische Reaktion der US-Notenbank infolge der gestiegenen Inflation zurückgeht. Ähnlich wie bei den Ergebnissen der Literatur zu unsystematischen geldpolitischen Schocks zeigt sich der Effekt auf die Verbraucherpreisinflation aber erst mit einer deutlichen Verzögerung.

13. Zu Beginn des Jahres 2022 haben die sehr ansteckenden **Omikron-Varianten des Coronavirus** in vielen Volkswirtschaften zu Höchstständen bei den Infektionszahlen geführt (Konjunkturprognose 2022 Ziffer 3). Seitdem sind vergleichbare Wellen des Coronavirus und eine Häufung von Todesfällen wie im Jahr 2021 ausgeblieben. Die wirtschaftliche Aktivität war in den großen Volkswirtschaften dadurch zuletzt nicht mehr eingeschränkt. Eine Ausnahme stellt allerdings China dar, dessen Null-Covid-Politik in der Vergangenheit immer wieder zu strikten Eindämmungsmaßnahmen geführt hat. Für den Prognosezeitraum nimmt der Sachverständigenrat an, dass weitere mögliche Infektionswellen nicht zu wesentlichen Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität führen. Weitreichende Eindämmungsmaßnahmen wie im Winter 2021/22 dürften in vielen großen Volkswirtschaften ausbleiben, mit der möglichen Ausnahme Chinas. Chinas unveränderte Null-Covid-Strategie könnte dort jedoch wieder zu inländischen Eindämmungsmaßnahmen führen. ➤ ZIFFER 50

Hohe Inflationsraten und eine große Unsicherheit prägen die weitere wirtschaftliche Entwicklung

14. Viele Faktoren deuten auf eine **weitere Abkühlung der Weltwirtschaft** hin. ➤ [ABBILDUNG 2 LINKS](#) Die Inflation dürfte in vielen Volkswirtschaften im Prognosezeitraum hoch bleiben und den privaten Konsum belasten. Zusätzlich belasten die

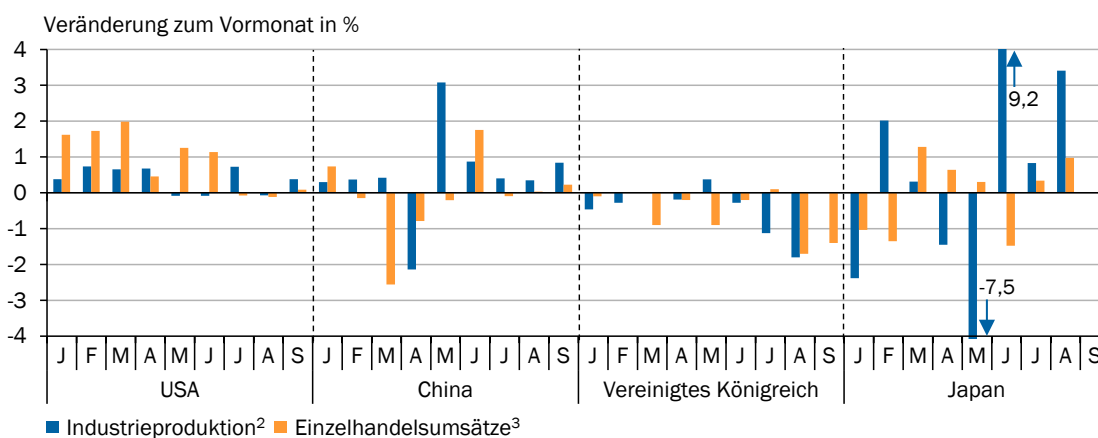
geldpolitische Straffung und die hohe Unsicherheit die Investitionen. Die Industrieproduktion dürfte durch weiterhin hohe Auftragsbestände zwar zunächst gestützt werden, die schwächere globale Nachfrage dürfte aber eine deutliche Expansion verhindern. Insgesamt erwartet der Sachverständigenrat ein globales BIP-Wachstum von 2,8 % im Jahr 2022 und von 1,9 % im Jahr 2023. [TABELLE 1](#) Beim globalen Warenhandel dürfte sich die Erholung nicht im selben Ausmaß fortsetzen wie zuletzt. Der Zuwachs dürfte in den Jahren 2022 und 2023 4,1 % beziehungsweise 1,4 % betragen.

Die großen Volkswirtschaften im Einzelnen

15. Die Konjunktur hat sich in den USA im 1. Halbjahr 2022 deutlich abgekühlt. So ist die **US-Wirtschaft im 2. Quartal 2022 zum zweiten Mal in Folge geschrumpft**. Die BIP-Wachstumsrate betrug im Vergleich zum Vorquartal (preis- und saisonbereinigt) $-0,4\%$ im 1. Quartal 2022 und $-0,1\%$ im 2. Quartal 2022. Die Rückgänge waren insbesondere durch einen Abbau der Lagerhaltung und geringere Anlageinvestitionen getrieben. Im 2. Quartal 2022 stützte ein positives Wachstum bei den Exporten und Dienstleistungen das Wirtschaftswachstum, während die Industrieproduktion im Mai und Juni 2022 stagnierte. [ABBILDUNG 10](#) Das Bruttoinlandseinkommen (BIE) wuchs im 1. Quartal 2022 dagegen um $0,4\%$ und im 2. Quartal um knapp $0,1\%$, jeweils gegenüber dem Vorquartal. Das BIE gibt das von allen Sektoren einer Volkswirtschaft erwirtschaftete Einkommen an und misst das BIP somit von der Verteilungsseite. Abweichungen zwischen BIE und BIP können sich aus unterschiedlichen Datenquellen ergeben, die zur Berechnung verwendet werden (CEA, 2015). Die Entwicklung des BIE sowie das Wachstum im Dienstleistungssektor sprechen gegen eine umfassende konjunkturelle Abschwächung. Die **Monatsindikatoren am aktuellen Rand** sind gemischt. Während die Stimmungsindikatoren im Dienstleistungssektor und Verarbeitenden Gewerbe zuletzt unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten

[ABBILDUNG 10](#)

Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätze in ausgewählten Volkswirtschaften im Jahr 2022¹



1 – Saisonbereinigte Werte. 2 – Noch keine Septemberwerte für das Vereinigte Königreich und Japan. 3 – Real. Für die USA, China und Japan deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. Für die USA ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. Noch kein Septemberwert für Japan.

Quellen: nationale Statistikämter, eigene Berechnungen

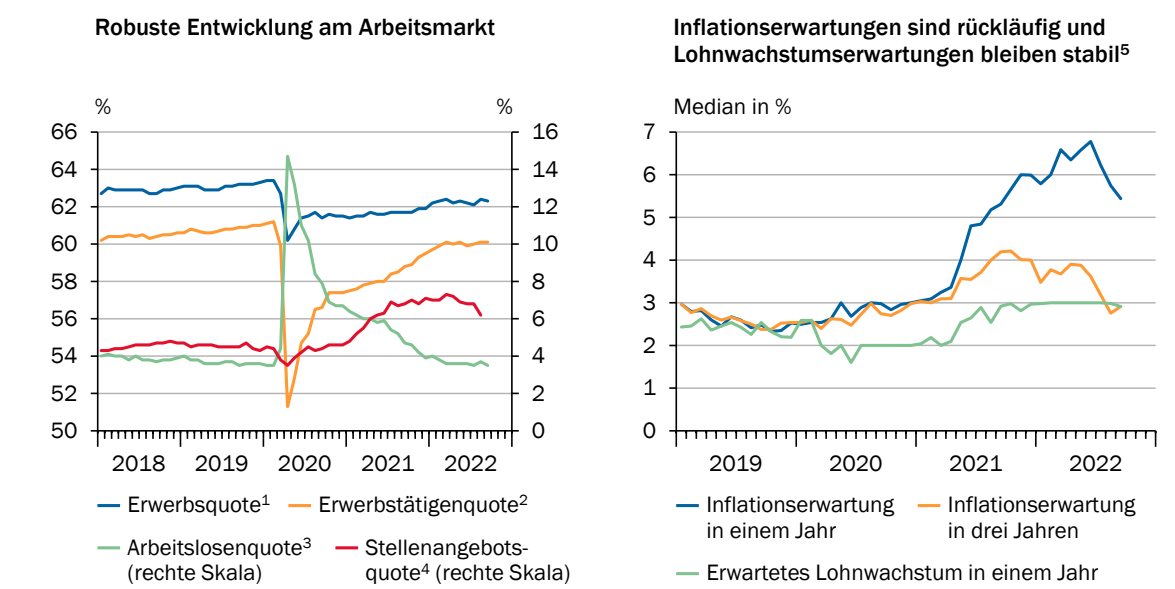
© Sachverständigenrat | 22-313-04

[Daten zur Abbildung](#)

notierten, sind etwa die Einzelhandelsumsätze ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und die Industrieproduktion gewachsen. [↘ ABBILDUNG 10](#) Auch die Vorausschätzung für das 3. Quartal 2022 zeichnet mit einem Wachstum von 0,6 % gegenüber dem Vorquartal ein positives Bild am aktuellen Rand (BEA, 2022). Zudem wirkt der Arbeitsmarkt weiterhin stützend. [↘ ABBILDUNG 11 LINKS](#) Die Arbeitslosenquote fiel im September 2022 um 0,2 Prozentpunkte auf 3,5 % und die Arbeitslosen-Stellen-Relation ist mit 0,6 auf einem sehr niedrigen Niveau. Auf 10 offene Stellen kommen demnach nur 6 Arbeitslose. Die Erwerbsquote liegt jedoch noch immer etwa 1 Prozentpunkt unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie. Im September 2022 betrug die Verbraucherpreisinflation 8,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

16. Der weiterhin **enge Arbeitsmarkt** macht Anfang November 2022 einen Zinsschritt der US-amerikanischen Notenbank um 75 Basispunkte sehr wahrscheinlich. Dieser wird von den Finanzmarktteilnehmenden bereits fast vollständig eingepreist. Die **Stabilität des erwarteten Lohnwachstums** sowie der jüngste **Rückgang der Inflationserwartungen** von Konsumentinnen und Konsumenten dürften nicht zuletzt auf die restriktive Geldpolitik zurückgehen. [↘ ABBILDUNG 11 RECHTS](#) Die steigenden Zinsen dürften zudem die Investitionen und den privaten Konsum dämpfen und den Immobilienmarkt weiter eintrüben. Der Sachverständigenrat senkt daher die Prognose für das BIP-Wachstum in den USA für die Jahre 2022 und 2023 auf 1,9 % beziehungsweise 0,4 %. [↘ TABELLE 1](#)
17. In **China fiel** das preis- und saisonbereinigte **BIP im 2. Quartal 2022** aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Omikron-Welle **um 2,7 %** gegenüber dem Vorquartal, nachdem es im 1. Quartal 2022 noch um 1,4 % gewachsen

[↘ ABBILDUNG 11](#)
Inflationserwartungen und Arbeitsmarkt in den USA



Quellen: BLS, Fed
© Sachverständigenrat | 22-328-03

[Daten zur Abbildung](#)

war. Im **dritten Quartal** stieg es im Vergleich zum Vorquartal jedoch wieder um **3,9 %**. Die unstete Entwicklung zeigt sich ebenfalls in den monatlichen Indikatoren für den privaten Konsum und die Industrieproduktion. [↘ ABBILDUNG 10](#) Zwar waren die jüngsten Monatsindikatoren wieder leicht aufwärtsgerichtet, die Erholung dürfte aber fragil bleiben. Die Exporte blieben im 1. Halbjahr 2022 stützend, während sich das Wachstum zuletzt verlangsamt. Die **Unsicherheit** über die **fortgesetzte Null-Covid-Politik** und mögliche weitere Lockdowns haben die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen für die kommenden 12 Monate auf den niedrigsten Wert seit Ausbruch der Pandemie gedrückt (S&P Global, 2022). Das **Konsumentenvertrauen** ist deutlich stärker zurückgegangen als im Frühjahr 2020. [↘ ABBILDUNG 4 RECHTS](#) Entgegen globaler Trends ist die **Verbraucherpreis-inflation** in China vergleichsweise niedrig und liegt unterhalb der von der chinesischen Zentralbank angestrebten Rate von 3 %. Die Verbraucherpreis-inflation steigt langsam an. Sie lag mit 2,5 % im August und 2,8 % im September so hoch wie seit Beginn des Jahres 2020 nicht mehr.

Die anhaltenden **Probleme** auf dem für die Binnenwirtschaft bedeutsamen **Immobilienmarkt bremsen** die Konjunktur. Schätzungen zufolge gehen insgesamt etwa 29 % des BIP auf den Immobilienbau und immobilienbezogene Dienstleistungen zurück (Rogoff, 2021). So setzt sich der Preisrückgang für den Wohnungsbestand in den 70 größten chinesischen Städten fort, und die Nachfrage nach Immobilien sinkt weiter. Der Rückgang der Wohnungsverkäufe und der Neubauten im August 2022 sank um etwa 24 % beziehungsweise um 47 % gegenüber dem Vorjahr (BOFIT, 2022a). [↘ ABBILDUNG 12 LINKS](#)

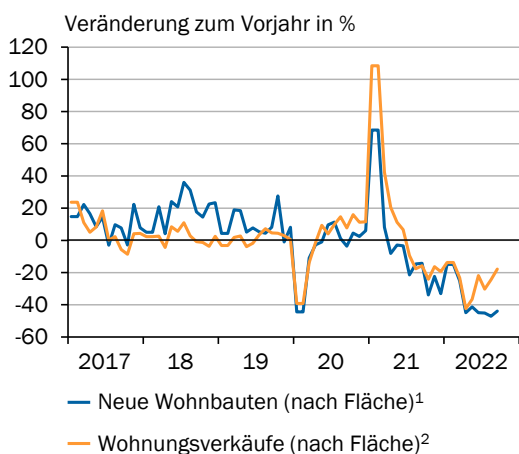
18. Die **Wirtschaftspolitik in China** dürfte **stützend** ausgerichtet bleiben. Im August 2022 senkte die Zentralbank erneut mehrere wichtige Zinssätze, darunter den für Immobilienkredite und Investitionsprojekte relevanten Zinssatz für 5-Jahres-Kredite. Der Spielraum für weitere Zinssenkungen dürfte angesichts steigender Zinsen in den USA und anhaltender Kapitalabflüsse aber begrenzt sein (BOFIT, 2022b). Der Kreditimpuls, der die Veränderung der Kreditvergabe zum Vorjahreszeitraum zeigt (Gern et al., 2022), war unterjährig positiv, ging zuletzt jedoch zurück. [↘ ABBILDUNG 12 RECHTS](#) Hinzu kommen von den Lokalregierungen ausgegebene Kredite für Infrastrukturinvestitionen (local government special bonds), die zusätzlich konjunkturstützend wirken sollten. Die chinesische Regierung dürfte weiter an der **Null-Covid-Politik** festhalten. Von der **Auslandsnachfrage** dürfte angesichts der weltweiten konjunkturellen Abkühlung **kein positiver Impuls** ausgehen, sodass das Exportwachstum hinter den starken Raten der vergangenen Quartale zurückbleiben dürfte. Daher senkt der Sachverständigenrat die Prognose für das Jahr 2022 und erwartet ein Wachstum des realen BIP von lediglich **3,5 %**. Im Jahr 2023 dürfte die Wachstumsrate wieder deutlich steigen und bei **5,8 %** liegen. [↘ TABELLE 1](#)
19. Das **BIP im Vereinigten Königreich** ist im **2. Quartal 2022** preis-, saison- und kalenderbereinigt um **0,2 %** gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Stützend wirkte die positive Entwicklung des Dienstleistungssektors sowie des Baugewerbes, während die Einzelhandelsumsätze und die Industrieproduktion zurückgingen. [↘ ABBILDUNG 10](#) Die **Verbraucherpreis-inflation im September 2022** betrug wie schon im Juli **10,1 %** gegenüber dem Vorjahr, der höchste Stand seit 40

Jahren. Inflationstreibend wirken insbesondere die gestiegenen Energiepreise, sonstigen Wohnkosten und Lebensmittelpreise. Zudem stieg zuletzt die Kernrate. Die **hohen Inflationsraten belasten den Konsum** und haben unter anderem beim GfK-Konsumklimaindex zu einem Rekordtief von -49 Punkten im September geführt. Zur Entlastung privater Haushalte und Unternehmen hat die britische Regierung eine **Energiepreisgarantie** beschlossen, die ab Oktober 2022 für die folgenden sechs Monate die Energierechnung deckeln soll. Dies lässt den baldigen Hochpunkt der Inflation erwarten. Die Ankündigung erheblicher Steuerersenkungen hat im September 2022 zu einem starken Anstieg der Staatsanleihezinsen geführt und Pensionsfonds in Schwierigkeiten gebracht. Trotz der Rücknahme der Steuerersenkungen und des Rücktritts der Premierministerin dürfte die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des öffentlichen Haushalts hoch bleiben und die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen verschlechtern. Darüber hinaus dürften die Unternehmensinvestitionen durch weitere Zinsschritte der Bank of England gedämpft bleiben. Der Sachverständigenrat erwartet daher **für das Vereinigte Königreich ein reales BIP-Wachstum von 4,2 % im Jahr 2022 und 0,0 % im Jahr 2023.** [TABELLE 1](#)

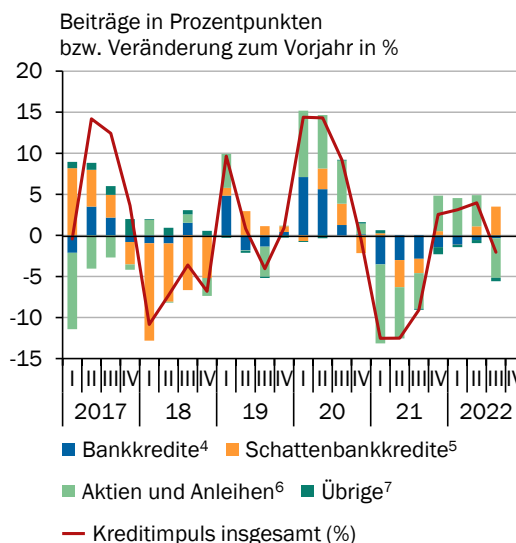
▾ **ABBILDUNG 12**

Chinesischer Immobiliensektor und Kreditimpuls

Rückgang der Immobilienverkäufe und neuer Bauprojekte setzt sich fort



Kreditimpuls³



1 – Für neue Wohnbauten akquirierte Fläche gemessen in Quadratmetern. 2 – Wohnungsverkäufe nach Wohnfläche gemessen in Quadratmetern. 3 – Der Kreditimpuls entspricht der Kreditvergabe im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung abzüglich der Kreditvergabe im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung vor einem Jahr. 4 – In Renminbi und Fremdwährung. 5 – Trust loans, entrust loans, bankers acceptance bills. 6 – Aktien nicht-finanzieller Unternehmen, Unternehmensanleihen, Staatsanleihen. 7 – Differenz der Komponenten und Gesamtkredite.

Quellen: IWF, NBS, PBC, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-368-01

[Daten zur Abbildung](#)

20. In **Japan** sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie nach wie vor deutlicher zu spüren als in vielen anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Infolge steigender Coronavirus-Neuinfektionen und Eindämmungsmaßnahmen **stagnierte das** preis- und saisonbereinigte **BIP im 1. Quartal 2022** mit einem Wachstum von 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. Mit dem Abklingen der Coronavirus-Welle

TABELLE 1

Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise ausgewählter Länder

Land/Ländergruppe	Gewicht in % ¹	Bruttoinlandsprodukt ²			Verbraucherpreise		
		Veränderung zum Vorjahr in %					
		2021	2022 ³	2023 ³	2021	2022 ³	2023 ³
Europa	28,6	5,7	2,8	0,0	3,5	11,2	9,2
Euro-Raum	17,2	5,3	3,3	0,3	2,6	8,5	7,4
Vereinigtes Königreich	3,8	7,5	4,2	0,0	2,6	8,6	5,9
Russland ⁴	2,1	4,7	- 5,2	- 5,2	6,7	14,4	10,9
Mittel- und Osteuropa ⁵	1,9	5,7	4,5	1,3	4,4	13,3	11,7
Türkei	1,0	11,6	4,7	1,0	19,6	73,5	61,7
Andere Länder ⁶	2,7	4,5	2,5	0,9	2,0	5,7	3,3
Amerika	34,4	5,9	2,1	0,5	5,6	9,2	4,7
USA	27,2	5,9	1,9	0,4	4,7	8,0	3,5
Lateinamerika ⁷	2,9	7,7	3,3	0,3	13,9	22,0	16,9
Brasilien	1,9	4,9	2,6	0,9	8,3	9,5	4,8
Kanada	2,4	4,5	3,3	0,9	3,4	6,8	3,3
Asien	37,0	6,8	3,4	4,7	1,4	3,2	2,9
China	20,7	8,6	3,5	5,8	0,9	2,2	2,3
Japan	5,8	1,7	1,5	1,5	- 0,2	2,5	2,5
Asiatische Industrieländer ⁸	4,0	5,4	2,2	2,1	2,3	4,5	3,5
Indien	3,6	8,1	5,5	6,0	5,1	7,1	5,2
Südostasiatische Schwellenländer ⁹	2,9	3,5	5,9	4,4	2,0	5,0	4,6
Insgesamt	100	6,2	2,8	1,9	3,4	7,6	5,3
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ¹⁰	65,0	5,3	2,5	0,6	3,3	7,5	4,8
Schwellenländer ¹¹	35,0	7,7	3,3	4,2	3,7	7,6	6,2
nachrichtlich:							
exportgewichtet ¹²	100	6,2	3,3	1,0	.	.	.
nach dem Messkonzept des IWF ¹³	100	6,0	3,0	2,4	.	.	.
Welthandel ¹⁴		10,1	4,1	1,4	.	.	.

1 – Anteil des BIP des Jahres 2021 in US-Dollar der aufgeführten Länder oder Ländergruppen am BIP aller aufgeführten Länder beziehungsweise Ländergruppen, die US-Dollar-gewichtet 87 % und gewichtet nach Kaufkraftparitäten 84 % des IWF-Länderkreises entsprechen. 2 – Preisbereinigt. Werte basieren auf saison- und kalenderbereinigten Quartalswerten. 3 – Prognose des Sachverständigenrates. 4 – Entspricht einer Abschätzung und keiner modellgestützten Prognose (siehe Ziffer 22). 5 – Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn. 6 – Dänemark, Norwegen, Schweden und Schweiz. 7 – Argentinien, Chile, Kolumbien und Mexiko. 8 – Hongkong, Republik Korea, Singapur und Taiwan. 9 – Indonesien, Malaysia, Philippinen und Thailand. 10 – Asiatische Industrieländer, Euro-Raum, Mittel- und Osteuropa, Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und USA. 11 – Lateinamerika, südostasiatische Schwellenländer, Brasilien, China, Indien, Russland und Türkei. 12 – Summe der aufgeführten Länder, gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 2021. 13 – Gewichte nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis des IWF. 14 – Nach dem Messkonzept des niederländischen Centraal Planbureau (CPB).

Quellen: CPB, Eurostat, IWF, nationale Statistikämter, OECD, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-028-02

Daten zur Tabelle

im 2. Quartal 2022 expandierte das **BIP** um **0,9 %** gegenüber dem Vorquartal, hauptsächlich aufgrund des Anstiegs des privaten Konsums. Die **Verbraucherpreis-inflation** erreichte mit **3,0 %** gegenüber dem Vorjahr im **August 2022** den **höchsten Wert seit 30 Jahren** (die Mehrwertsteuererhöhung im September 2014 ausgenommen). Sie wird maßgeblich von der Abwertung des Yen getrieben, die die japanischen Importe verteuert. Bisher haben staatliche Preissubventionen und lange Laufzeiten bei Energielieferverträgen einen starken Anstieg der Energiepreise für Verbraucherinnen und Verbraucher abgemildert (IEA, 2022a). Ein erneut starker Anstieg der Coronavirus-Neuinfektionen im August 2022 dürfte das Wachstum im 3. Quartal 2022 dämpfen. Das **schwache außenwirtschaftliche Umfeld** belastet zudem die exportorientierte Wirtschaft. Die Abkühlung der Weltwirtschaft dürfte die Erholung in Japan verlangsamen, aber nicht grundsätzlich gefährden. Der Sachverständigenrat erwartet daher **für Japan** ein reales BIP-Wachstum von 1,5 % im Jahr 2022 und 1,5 % im Jahr 2023.

21. Die **konjunkturellen Entwicklungen in großen Schwellenländern** neben China waren erneut **uneinheitlich**. In **Indien** schwächte eine weitere COVID-Welle zu Jahresbeginn 2022 den privaten Konsum deutlich und das preis- und saisonbereinigte BIP ging im 1. und 2. Quartal 2022 jeweils um 1,4 % gegenüber dem Vorquartal zurück. Der Verbraucherpreisindex stieg im Jahr 2022 an, zuletzt auf 7,4 % im September 2022, und die Industrieproduktion ging mit einer Rate von –0,8 % leicht zurück. Der Sachverständigenrat prognostiziert für Indien ein annähernd durchschnittliches Wirtschaftswachstum von **5,5 % im Jahr 2022** und **6,0 % im Jahr 2023**.

In **Brasilien** expandierte das preis- und saisonbereinigte BIP im 1. und 2. Quartal 2022 mit jeweils 1,1 % und 1,2 % gegenüber dem Vorquartal wieder stärker als noch in der 2. Jahreshälfte 2021. Das **relativ starke Wachstum** im 2. Quartal 2022 wurde vor allem **durch den privaten Konsum und einige Industrien** wie etwa den Energiesektor und das Baugewerbe getrieben. Die Verbraucherpreis-inflation ging zurück und lag im September 2022 mit etwa 7,2 % gegenüber dem Vorjahr deutlich unterhalb des zwischenzeitlichen Hochpunkts von 12,1 % im April 2022. Im Zusammenhang mit der hohen Inflation hat die brasilianische Zentralbank die Zinsen sukzessive auf mittlerweile 13,75 % angehoben. Da der Rückgang der Inflation in den vergangenen Monaten jedoch maßgeblich im Zusammenhang mit temporären Steuersenkungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahl stand, könnte die Inflation zum Jahresende 2022 wieder steigen und die Zentralbank zu weiteren Zinsschritten veranlassen. Die **Abkühlung der globalen Konjunktur** dürfte die **Exportnachfrage** zudem **belasten**. Der Sachverständigenrat geht von einem Wirtschaftswachstum von 2,6 % im Jahr 2022 und 0,9 % im Jahr 2023 aus.

22. Nachdem das **Wachstum der russischen Wirtschaft** im 1. Quartal 2022 mit –0,3 % gegenüber dem Vorquartal bereits negativ war, **brach** das preis- und saisonbereinigte BIP im 2. Quartal 2022 um 4,4 % gegenüber dem Vorquartal **ein**. Russland veröffentlicht seit Kriegsbeginn keine Außenhandelsstatistik mehr. Aus den Veröffentlichungen der Handelspartner zeigt sich jedoch ein **massiver Rückgang der russischen Importe** infolge der Wirtschaftssanktionen (Simola, 2022). Gleichzeitig stiegen die Exportgewinne infolge steigender Roh-

stoffpreise. Nach einem kräftigen **Einbruch des Einzelhandels, der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und der Rohstoffindustrie** haben sich die Monatsindikatoren stabilisiert. Die Produktion von Flüssiggas und Rohöl expandierte kräftig und stützte die Konjunktur (BOFIT, 2022c). Die russische Verbraucherpreisinflation fällt seit dem Höchststand von 17,8 % gegenüber dem Vorjahr im April 2022. Sie war im August 2022 mit 14 % gegenüber dem Vorjahr aber nach wie vor stark erhöht. Nachdem die russische Zentralbank den Leitzins im März 2022 auf 20 % angehoben hatte, senkte sie ihn bis zum September sukzessive auf 7,5 %. Die **militärische Teilmobilisierung** von bis zu 1 Mio Personen und die damit verbundenen Fluchtbewegungen dürften die Erwerbspersonenzahl und damit das Arbeitsangebot deutlich reduzieren. Die beschlossenen **Sanktionen gegen russisches Rohöl** sowie die weitestgehende **Einstellung der Erdgaslieferungen nach Europa** drücken die Konjunktur zudem nachhaltig. Demgegenüber wirkt insbesondere der **Staatskonsum** derzeit stützend. Die **Prognose** der russischen Konjunktur ist mit **großer Unsicherheit** behaftet. Der Sachverständigenrat rechnet mit einem negativen Wirtschaftswachstum von **–5,2 % im Jahr 2022** und **–5,2 % im Jahr 2023**.

2. Euro-Raum: Konjunkturelle Aussichten erheblich verschlechtert

23. Die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum war im 1. Halbjahr 2022 in vielen Mitgliedstaaten noch aufwärtsgerichtet. Im Sommer 2022 haben sich die **konjunkturellen Aussichten** für den **Euro-Raum** aber **erheblich verschlechtert**. Die direkten und indirekten Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, der Kaufkraftverlust infolge der hohen Inflationsraten sowie die abkühlende Weltwirtschaft belasten die Volkswirtschaften im Euro-Raum in immer stärkerem Maße. Da aktuell bei den Energiepreisen nicht mit einer raschen Entspannung zu rechnen ist, muss **mindestens im Winterhalbjahr 2022/23** mit einer **rückläufigen Wirtschaftsleistung** im Euro-Raum gerechnet werden. [↘ ZIFFER 45](#) Allem voran dürfte der Kaufkraftverlust die Konsumnachfrage in vielen Mitgliedstaaten deutlich zurückgehen lassen.

Heterogene Entwicklung im Sommerhalbjahr 2022

24. Die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum ist im 1. Halbjahr 2022 trotz der verschlechterten Rahmenbedingungen gestiegen. Dabei beschleunigte sich das Wachstum des preis-, kalender- und saisonbereinigten **BIP im 2. Quartal 2022** leicht auf **0,8 %**, **nachdem** es bereits im **1. Quartal 2022** um **0,6 %** gegenüber dem Vorquartal gestiegen war. Damit lag das BIP rund 1,9 % über dem Vor-Corona-Niveau aus dem 4. Quartal 2019. Neben dem Beitrag von Deutschland geht die Ausweitung des BIP im 1. Quartal 2022 vor allem auf das starke Wachstum in Irland von 6,2 % gegenüber dem Vorquartal zurück, was vor allem auf die Entwicklung von multinationalen Unternehmen zurückzuführen ist (Europäische Kommission, 2022). Im 2. Quartal 2022 wuchsen die Niederlande und Österreich mit 2,6 % und 1,9 % recht stark. Zudem legte die Wirtschaftsleistung unter anderem in Griechenland, Italien und Spanien überdurchschnittlich zu. Demgegen-

über war das Wachstum etwa in Belgien, Deutschland und Portugal gering oder stagnierte annähernd. In Estland und Luxemburg ging die Wirtschaftsleistung sogar zurück.

25. Die **heterogene konjunkturelle Entwicklung** der Mitgliedstaaten im 2. Quartal 2022 ist vor allem auf die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und die damit einhergehende Betroffenheit durch die **Lieferkettenstörungen sowie** die direkten und indirekten Auswirkungen des **russischen Angriffskrieges** zurückzuführen. So unterscheiden sich die Energiepreisanstiege und die wirtschaftliche Unsicherheit über die Erdgasversorgungslage im Winterhalbjahr 2022/23 zwischen den Mitgliedstaaten. Darüber hinaus beeinflussten die **Verbraucherpreisinflation und** das Wachstum der **kontaktintensiven Dienstleistungen** in unterschiedlichem Maße die konjunkturelle Entwicklung in den Mitgliedstaaten. So dürften die geschrumpfte Kaufkraft und die hohe wirtschaftliche Unsicherheit die Erholung der privaten Konsumausgaben infolge der Lockerungen pandemiebedingter Einschränkungen in einigen Mitgliedstaaten gedämpft haben. ↘ ZIFFER 55 Demgegenüber verzeichneten die meisten Mitgliedstaaten eine deutliche Zunahme des Tourismus, was dem Gastgewerbe insbesondere in den südeuropäischen Ländern Impulse gegeben hat. Zudem waren die Volkswirtschaften im Euro-Raum zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlichem Ausmaß von der Omikron-Welle betroffen.

Die **Bruttowertschöpfung (BWS) im Verarbeitenden Gewerbe** stützte in einigen Mitgliedstaaten wie etwa den Niederlanden, Frankreich und Österreich das Wachstum im 1. Halbjahr 2022. Im 2. Quartal 2022 nahm das Wachstum aber ab und das Verarbeitende Gewerbe entwickelte sich in den Mitgliedstaaten recht heterogen. So schrumpfte etwa in Belgien, Deutschland und der Slowakei die BWS, während sie unter anderem in Italien, Spanien und Österreich recht kräftig anstieg. Während die Lieferengpässe zurückgingen, dürften in anderen Mitgliedstaaten die hohen Erzeugerpreise für das geringere Wachstum verantwortlich sein.

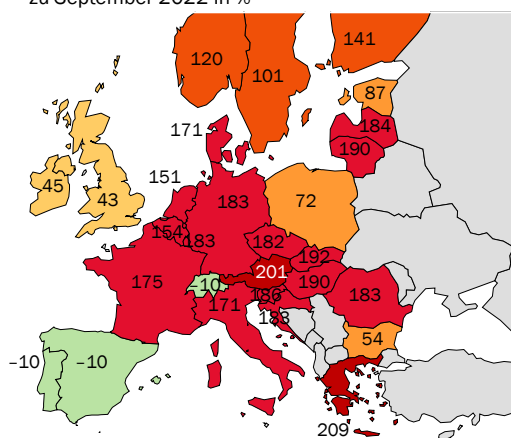
26. Am aktuellen Rand zeigen die vorliegenden Daten eine deutliche Abschwächung der konjunkturellen Dynamik an. Die **massiven Preissteigerungen für Strom und Erdgas** belasten in vielen Mitgliedstaaten immer stärker die Unternehmen sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher. ↘ ZIFFER 8 So liegen die durchschnittlichen Strompreise im Großhandel in vielen Mitgliedstaaten im September 2022 um mehr als 150 % über dem Vorjahreszeitraum, ↘ ABBILDUNG 13 LINKS bei Erdgas sind es knapp 200 %. ↘ ABBILDUNG 13 RECHTS Die Großhandelspreise für verschiedene Energieträger sind zuletzt aber zum Teil deutlich gesunken. ↘ ZIFFER 291 Für die Preisrückgänge dürften insbesondere die vollen Erdgasspeicher und die aktuell milde Witterung verantwortlich sein. Die Preisunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bei Erdgas dürften insbesondere aus den beschränkten länderübergreifenden Pipelinekapazitäten resultieren. ↘ ZIFFER 301 Viele Mitgliedstaaten haben bereits verschiedene Unterstützungsmaßnahmen ergriffen oder angekündigt, um die Auswirkungen der gestiegenen Energiepreise auf die Haushalte und Unternehmen abzufedern (Sgaravatti et al., 2021). ↘ ZIFFERN 151 FF. UND 211 Diese wirken teilweise direkt auf die Großhandelspreise, wie etwa für Strom

▸ **ABBILDUNG 13**

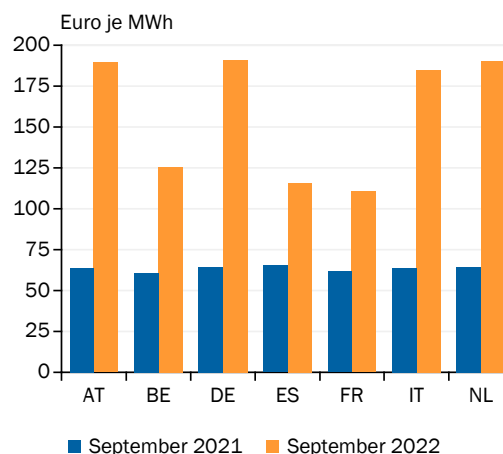
Entwicklung der Großhandelspreise für Strom und Erdgas in ausgewählten europäischen Staaten¹

Großhandelspreise für Strom²

Veränderung von September 2021
zu September 2022 in %



Großhandelspreise für Erdgas³



1 – Durchschnittswerte berechnet mit Stunden- bzw. Tageswerten des jeweiligen Monats. 2 – Keine Großhandelspreise verfügbar für Malta und Zypern. 3 – AT-Österreich, BE-Belgien, DE-Deutschland, ES-Spanien, FR-Frankreich, IT-Italien, NL-Niederlande.

Quellen: CEGH, Entsoe, MIBGAS, EEX/Powernext, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-371-03

Daten zur Abbildung

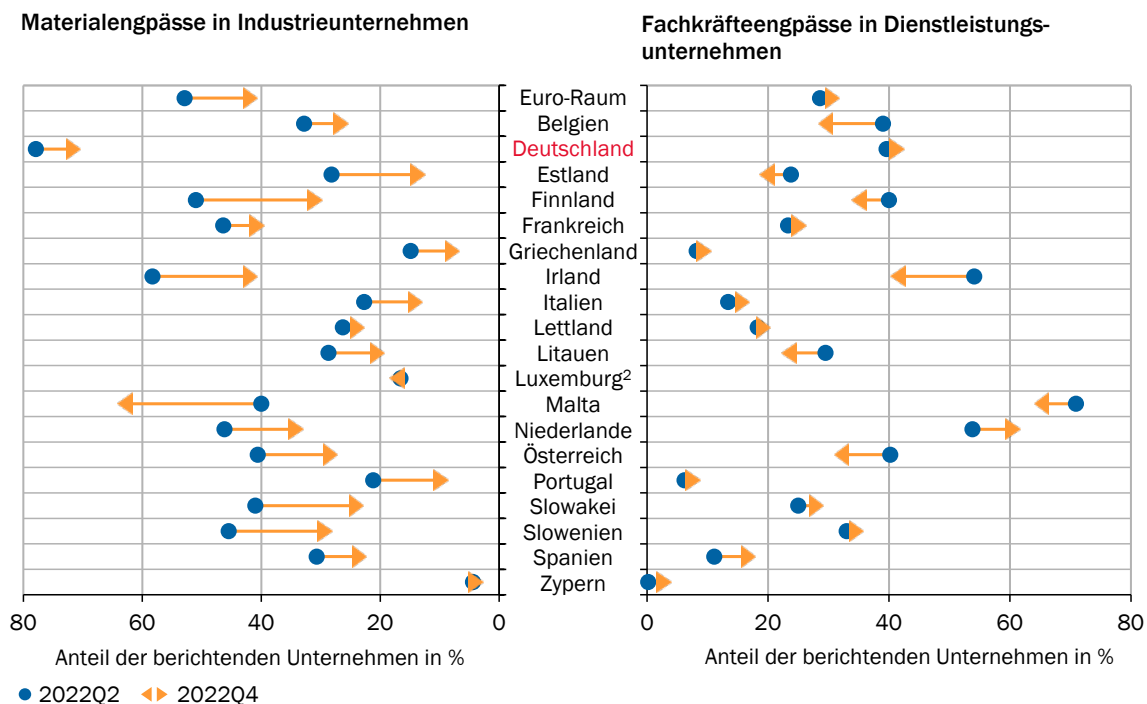
in Spanien und Portugal, oder beispielsweise über niedrigere Umsatzsteuern und Abgaben auf die Verbraucherpreise. [▸ ZIFFER 62](#)

Insbesondere in den **energieintensiven Wirtschaftsbereichen** dürfte die **Produktion** noch **weiter zurückgehen**. Die gestiegenen Energiepreise dürften auch viele Dienstleistungsunternehmen unter Druck setzen, die infolge des Kaufkraftverlustes der Haushalte bereits einer deutlich niedrigeren Nachfrage gegenüberstehen. In der Industrie sinkt zudem die Auslandsnachfrage aufgrund der konjunkturellen Abkühlung bei den wichtigsten Handelspartnern. [▸ ZIFFERN 14 FF.](#) Positiv könnte sich hier auswirken, dass Umfragen zufolge die Lieferengpässe im Verarbeitenden Gewerbe in fast allen Mitgliedstaaten spürbar zurückgegangen sind. [▸ ABBILDUNG 14 LINKS](#)

27. Der Einkaufsmanagerindex für die Industrie liegt für den Euro-Raum seit Juli 2022 unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Indexpunkten. Im September 2022 lagen alle berichtenden Mitgliedstaaten bis auf Irland unter diesem Schwellenwert, wobei insbesondere für Deutschland, Frankreich und Italien ein **ausgeprägter Rückgang der Industrieproduktion zu erwarten** ist (S&P Global, 2022). [▸ ZIFFER 7](#) In der aktuell nur bis August 2022 vorliegenden amtlichen Statistik ist die Entwicklung bislang noch recht volatil. So stieg die Produktion im Produzierenden Gewerbe ohne den Bausektor im Euro-Raum im August 2022 kalender- und saisonbereinigt zwar um 1,5 % gegenüber dem Vormonat. Nachdem die Produktion im Juli 2022 aber um 2,3 % zurückgegangen war, lag der Durchschnitt für Juli und August 2022 rund 0,5 % unter dem Durchschnitt für das Vorquartal. Neben den besonders energieintensiven Industriezweigen wie der Herstellung von chemischen Erzeugnissen sowie Metallerzeugung und -bearbeitung ging die Produktion auch bei anderen Herstellern, etwa von Bekleidung, Druckerezeugnissen und Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern

▸ ABBILDUNG 14

Während Lieferengpässe auf hohem Niveau zuletzt zurückgegangen sind, nahmen die Fachkräfteengpässe im Dienstleistungsbereich zu¹



1 – Saisonbereinigte Daten. 2 – Keine Daten zu Fachkräfteengpässen verfügbar.

Quellen: Europäische Kommission, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-336-02

[Daten zur Abbildung](#)

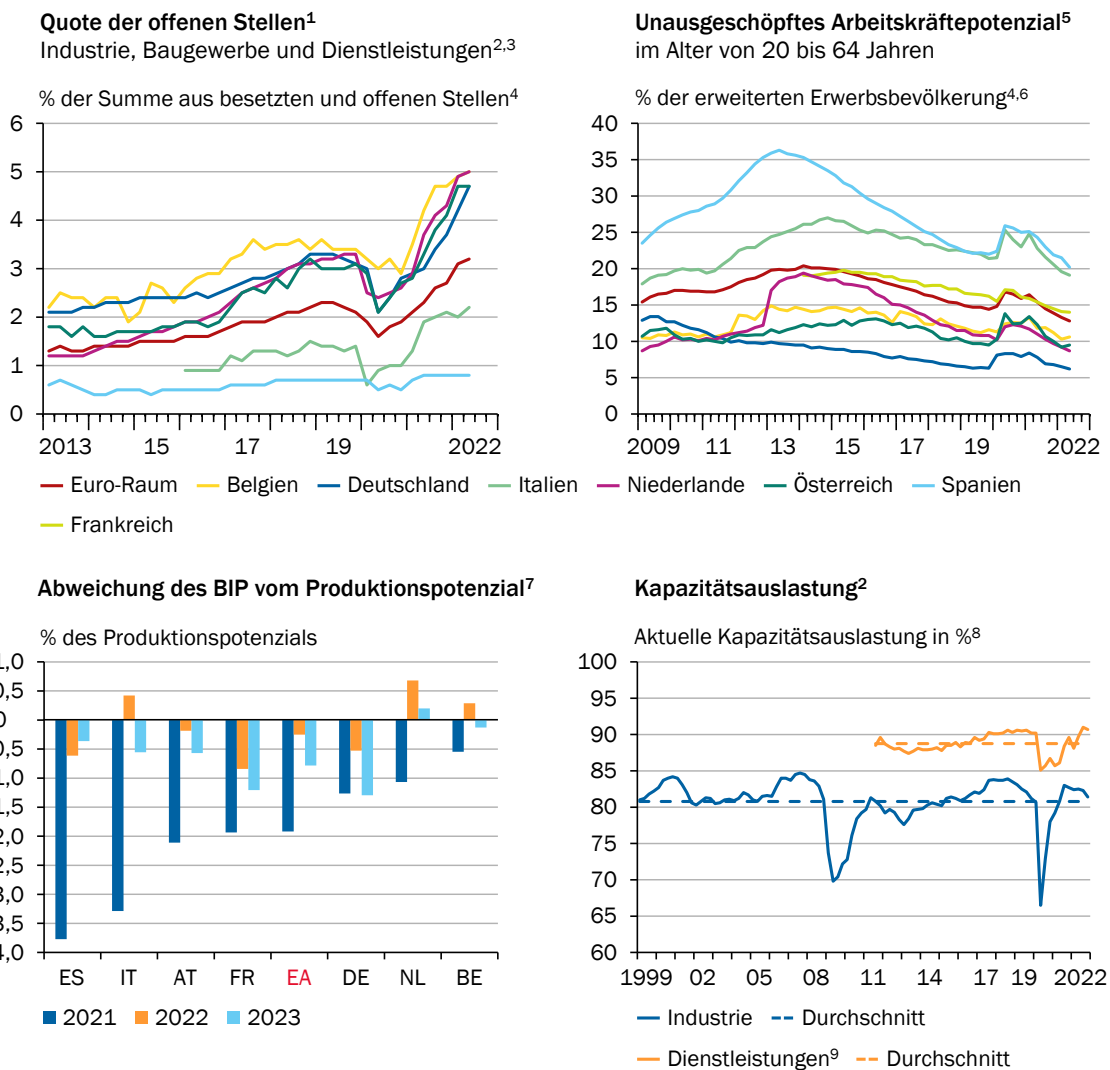
sowie Möbeln, gegenüber dem 2. Quartal 2022 stark zurück. Aufwärtsgerichtet war hingegen etwa die Produktion im Maschinen- und Fahrzeugbau.

28. Der **Arbeitsmarkt** im Euro-Raum zeigt sich weiterhin **robust**. Im August 2022 lag die saisonbereinigte **Erwerbslosenquote** im Euro-Raum mit 6,6 % deutlich unter dem Wert im Vorjahresmonat (7,5 %). Sie ist damit erheblich niedriger als das Vorkrisenniveau des 4. Quartals 2019 von 7,5 %. Im Vergleich zum historischen Durchschnitt von 9,3 % seit Gründung der Währungsunion beziehungsweise zum Höchstwert von 12,2 % Anfang des Jahres 2013 fällt die Erwerbslosenquote im Euro-Raum am aktuellen Rand ausgesprochen niedrig aus. Die Erwerbslosenquote ist in den einzelnen Mitgliedstaaten jedoch weiterhin recht unterschiedlich. So lag sie in Malta mit 2,9 % am niedrigsten und in Spanien mit 12,4 % am höchsten. Allerdings lag die Erwerbslosenquote in Spanien im 4. Quartal 2019 noch bei 13,9 % und der langfristige Durchschnitt seit dem Jahr 1999 fällt mit 15,6 % ebenfalls deutlich höher aus. Die Erwerbslosenquote bei den unter 25-Jährigen ist am aktuellen Rand mit 26,6 %, ähnlich wie in anderen südeuropäischen Mitgliedstaaten, zwar weiterhin sehr hoch. Die Quote liegt aber ebenfalls unter dem seit dem Jahr 1999 gemessenen Durchschnitt von 33,6 %.
29. Die seit Anfang des Jahres 2021 in vielen Mitgliedstaaten stark angestiegenen Quoten an offenen Stellen deuten auf eine **Verknappung** der **Arbeitskräfte** im Euro-Raum hin. ▸ ABBILDUNG 15 OBEN LINKS Ferner signalisiert die deutliche **Abnahme** des **unausgeschöpften Arbeitskräftepotenzials** ebenfalls eine Verengung des Arbeitsmarkts. Im 2. Quartal 2022 lag der Wert für den Euro-Raum

sowie für einige Mitgliedstaaten bereits unter dem Niveau zu Anfang der Finanzkrise. [ABBILDUNG 15 OBEN RECHTS](#) Zudem deuten Umfragedaten auf eine weitere Verschärfung der Fachkräfteengpässe in vielen Mitgliedstaaten hin. Insbesondere im Dienstleistungsbereich in Deutschland, Irland, den Niederlanden und Malta stel-

ABBILDUNG 15

Arbeitskräftemangel und überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung bei überwiegend negativer Abweichung des BIP vom Produktionspotenzial im Euro-Raum



1 – Werte für Italien erst ab dem Jahr 2016 vorhanden. Keine Werte für Frankreich. 2 – Gemäß der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2). 3 – Ohne private Haushalte mit Hauspersonal und extra-territoriale Organisationen und Körperschaften. 4 – Saisonbereinigte Werte. 5 – Das unausgeschöpfte Arbeitskräftepotenzial setzt sich zusammen aus den Arbeitslosen, den unterbeschäftigten Teilzeitkräften, den Arbeitssuchenden, die jedoch nicht unmittelbar zur Verfügung stehen, und den Personen, die für eine Arbeit zur Verfügung stehen, aber nicht danach suchen, ausgedrückt als Prozentsatz der erweiterten Erwerbsbevölkerung. Werte für Frankreich erst ab dem Jahr 2014 vorhanden. 6 – Umfasst Beschäftigte und Arbeitslose sowie diejenige, die Arbeit suchen, aber nicht unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und diejenige, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, aber keine Arbeit suchen. 7 – Schätzungen des Internationalen Währungsfonds. ES-Spanien, IT-Italien, AT-Österreich, FR-Frankreich, EA-Euro-Raum, DE-Deutschland, NL-Niederlande, BE-Belgien. 8 – Saisonbereinigt. Durchschnittlicher Auslastungsgrad der Anlagen (betriebsübliche Vollaussnutzung = 100 %). Bei Dienstleistungen wird der Grad der Auslastung ermittelt, inwiefern die Aktivität bei gleichbleibendem Faktoreinsatz gesteigert werden könnte. 9 – Daten erst ab dem 3. Quartal 2011 vorhanden.

Quellen: Europäische Kommission, Eurostat, IWF, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-339-04

[Daten zur Abbildung](#)

len fehlende Arbeitskräfte zunehmend einen limitierenden Faktor für die Unternehmen dar. [↘ ABBILDUNG 14 RECHTS](#) Zu Beginn des 4. Quartals 2022 ist in fast allen Mitgliedstaaten der Anteil von Dienstleistungsunternehmen, die Arbeitskräftengpässe als limitierenden Faktor angaben, spürbar gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Dazu dürfte auch die zuletzt von den Unternehmen deutlich öfter genannte fehlende Nachfrage beigetragen haben.

30. Trotz Verknappung der Arbeitskräfte dürfte laut Schätzung des Internationalen Währungsfonds die **Produktion im Euro-Raum im Jahr 2022 unterhalb des Produktionspotenzials** liegen. [↘ ABBILDUNG 15 UNTEN LINKS](#) Gleichzeitig liegt die umfragebasierte Kapazitätsauslastung im Euro-Raum sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor über ihrem langfristigen Durchschnitt. [↘ ABBILDUNG 15 UNTEN RECHTS](#) Insbesondere Materialengpässe und das Fehlen von Fachkräften verhindern weiterhin eine Ausweitung der Produktion. Die seit längerem andauernden angebotsseitigen Engpässe könnten zu einer Reduktion der Kapazitäten geführt haben, die nur bedingt und mit Verzögerung von den empirischen Potenzialschätzungen erfasst werden. Dafür würde sprechen, dass in den Umfragedaten der Europäischen Kommission eine zu geringe Nachfrage als Produktionshemmnis aktuell eine im historischen Vergleich untergeordnete Rolle spielt.
31. Die am **Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)** gemessene **Inflationsrate** im Euro-Raum betrug im **September 2022** rund **9,9 %** im Vergleich zum Vorjahresmonat und lag damit über dem Wert von 9,1 % im August 2022. Die Inflation war in den baltischen Mitgliedstaaten, insbesondere in Estland, mit 24,1 %, am höchsten und in Frankreich mit 6,2 % am niedrigsten. Die umfangreichen Preisregulierungen dürften maßgeblich zur vergleichsweise niedrigen Inflation in Frankreich beigetragen haben. So ist der Erdgaspreis in Frankreich seit Oktober 2021 eingefroren, und die Strompreiserhöhung für das Jahr 2022 wurde bei 4 % gedeckelt (Service Public, 2022). Die Kerninflation im Euro-Raum lag im September 2022 bei 4,8 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und weist seit dem 2. Halbjahr 2021 eine steigende Tendenz auf. Die Steigerung der Lebensmittel-, Alkohol- und Tabakpreise hat sich ebenfalls weiter beschleunigt und erreichte im September 2022 rund 11,8 % im Vergleich zum Vorjahresmonat. [↘ ZIFFER 96](#) Die Steigerungsrate der Energiepreise hat sich im September 2022 mit 40,7 % wieder etwas beschleunigt, nachdem sie sich in den zwei Monaten zuvor etwas verlangsamt hatte. Mit 4,2 Prozentpunkten leistet sie weiterhin einen ausgesprochen großen Beitrag zum Gesamtindex. Der Energiepreisanstieg fällt in den Mitgliedstaaten allerdings recht unterschiedlich aus. So war er jeweils mit 18,8 % in Frankreich und in der Slowakei am niedrigsten und mit 113,8 % in den Niederlanden am höchsten. Deutschland liegt mit 44,2 % etwa auf Euro-Raum-Durchschnitt.
32. Die **Aufhebung der pandemiebedingten Einschränkungen** hat in zahlreichen Mitgliedstaaten eine starke **Zunahme der Nachfrage**, vor allem in den **kontaktintensiven Dienstleistungssektoren**, zur Folge gehabt. Im Euro-Raum sind die Preise für Dienstleistungen im September 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,3 % gestiegen. Insbesondere in den baltischen sowie den stark vom Tourismus geprägten südeuropäischen Mitgliedstaaten lagen die Preissteigerungen für Dienstleistungen nochmals deutlich höher. Die Preise von nicht-energetischen Industriegütern stiegen im Euro-Raum im September 2022 um

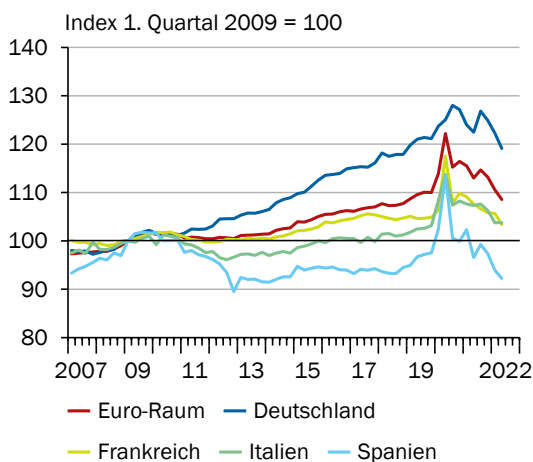
5,5 %. Unter den vier größten Volkswirtschaften fiel dieser Anstieg mit 6,4 % in Deutschland am höchsten aus. Im Zuge des breitflächigen Preisanstiegs sind die Inflationserwartungen ebenfalls deutlich angestiegen. [ZIFFER 105](#) So betrug laut Survey of Professional Forecasters die jährliche erwartete Inflationsrate im Euro-Raum in 12 Monaten 4,8 % und in 24 Monaten 2,4 %.

33. Infolge der hohen Inflation sind die **Bruttoreallöhne pro Arbeitsstunde** im Euro-Raum in der 1. Jahreshälfte 2022 im Vergleich zum 4. Quartal 2021 um 4,2 % **gesunken** und liegen nun um rund 1,7 % unter dem Vorkrisenniveau aus dem 4. Quartal 2019. [ABBILDUNG 16 LINKS](#) Unter den vier großen Volkswirtschaften ist Spanien am stärksten betroffen, mit einem Rückgang der Bruttoreallöhne um etwa 5,3 % gegenüber dem 4. Quartal 2021 und um 5,4 % gegenüber dem Vorkrisenniveau. Deutschland, Frankreich und Italien liegen dagegen mit Rückgängen um 1,7 %, 1,4 % beziehungsweise 0,6 % moderater unter dem Vorkrisenniveau. Trotz deutlich gestiegener Inflationsrate war die Nominallohnentwicklung bislang eher gemäßigt. So sind im 2. Quartal 2022 die Nominallöhne und Gehälter im Euro-Raum im Vergleich zum Vorjahresquartal um 4,0 % gestiegen. Das Tariflohnwachstum im Euro-Raum ist im Vorjahresvergleich mit 3,0 % im 1. Quartal 2022 und 2,4 % im 2. Quartal 2022 niedrig ausgefallen. Die gesunkenen Bruttoreallöhne dürften sich dämpfend auf die Nachfrage auswirken.
34. Seit Anfang des Jahres 2022 hat sich der **Euro** unterschiedlich gegenüber anderen Leitwährungen entwickelt. Gegenüber dem US-Dollar wertete der Euro seit Jahresbeginn um 13,1 % stark ab (Stand 27. Oktober 2022). Neben einer im Vergleich zum Euro-Raum schnelleren konjunkturellen Erholung dürften die frühe-

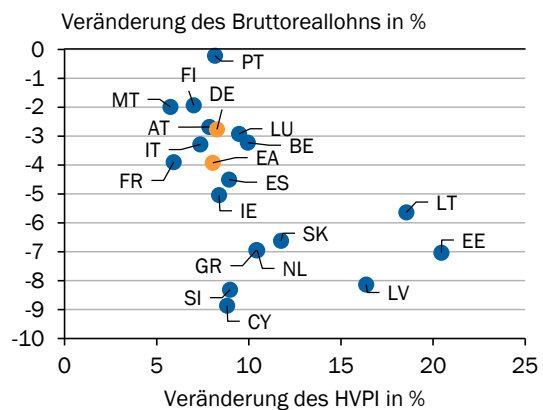
[ABBILDUNG 16](#)

Bruttoreallöhne im Euro-Raum infolge der hohen Inflation stark gefallen¹

Bruttoreallöhne im Euro-Raum fallen am aktuellen Rand



Entwicklung der Inflation und des Reallohns²
2. Quartal 2022 im Vergleich zum Vorjahresquartal



1 – Die Abbildung zeigt Bruttolöhne und -gehälter pro geleisteter Arbeitsstunde. Die Preisbereinigung erfolgt mithilfe des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Saisonbereinigte Werte. 2 – AT-Österreich, BE-Belgien, CY-Zypern, DE-Deutschland, EA-Euro-Raum, EE-Estland, ES-Spanien, FI-Finnland, FR-Frankreich, GR-Griechenland, IE-Irland, IT-Italien, LT-Litauen, LU-Luxemburg, LV-Lettland, MT-Malta, NL-Niederlande, PT-Portugal, SI-Slowenien, SK-Slowakei.

Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-094-04

[Daten zur Abbildung](#)

ren Zinserhöhungen durch die US-Geldpolitik zur Abwertung des Euro beigetragen haben. ↘ ZIFFER 12 ↘ KASTEN 9 Gegenüber dem chinesischen Renminbi, dem britischen Pfund und dem japanischen Yen hat der Euro hingegen im selben Zeitraum jeweils um 0,5 %, 3,0 % beziehungsweise 11,4 % aufgewertet. Gemessen am effektiven Wechselkurs ↘ GLOSSAR hat er seit Dezember 2021 nominal um 4,8 % und real um 5,0 % abgewertet (Stand August 2022). Durch die aktuelle Abwertung ist der Preisdruck auf importierte Vorleistungsgüter, Energieträger und Rohstoffe angewachsen, was sich üblicherweise in höheren Verbraucherpreisen niederschlägt (Jašová et al., 2019; Colavecchio und Rubene, 2020; Ha et al., 2020; Ortega und Osbat, 2020). Zudem dürfte die Abwertung zu einer Preissenkung der Exportgüter in ausländischer Währung führen, was wiederum eine stärkere Nachfrage aus Staaten außerhalb des Euro-Raums und demzufolge auch Preisdruck auf Exportgüter zur Folge haben könnte.

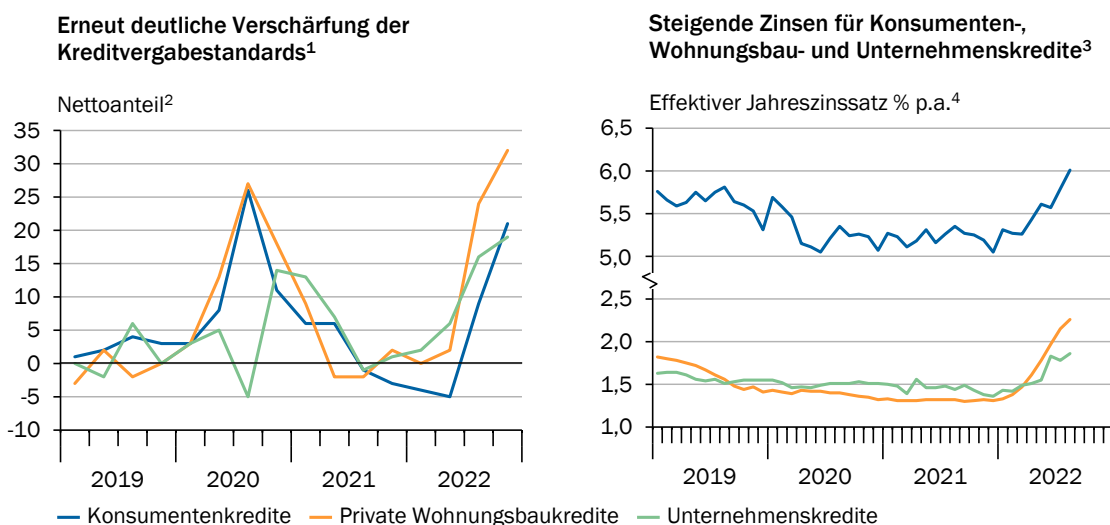
35. Angesichts massiv gestiegener Verbraucherpreise hat die **EZB** seit dem Sommer ihre **Geldpolitik zunehmend gestrafft**. So wurden die Leitzinsen im Juli, September und Oktober 2022 zuerst um 50 Basispunkte und darauffolgend jeweils um 75 Basispunkte angehoben. Im März 2022 hatte die EZB bereits die Nettowertpapierkäufe im Rahmen des Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) eingestellt. Die Ankäufe im Rahmen des Asset Purchase Programme (APP) wurden im Juni 2022, schneller als zunächst angekündigt, ebenfalls beendet. Zudem wurde ein Instrument zur Absicherung der geldpolitischen Transmission (Transmission Protection Instrument – TPI) eingeführt. Laut EZB (Lagarde und de Guindos, 2022) soll damit im Zuge der schnelleren Normalisierung der Leitzinsen die reibungslose Transmission der Geldpolitik sichergestellt und einer Marktfragmentierung vorgebeugt werden. ↘ ZIFFER 146 Ferner hat der EZB-Rat in der Oktobersitzung entschieden, die Zinssätze für die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte an den Durchschnitt der EZB-Leitzinsen zu indexieren und die Mindestreserven zum Zinssatz der Einlagefazilität zu verzinsen.
36. Infolge der sehr hohen Inflation dürfte es zu einer **weiteren Straffung der Geldpolitik** kommen. Die EZB hat im Juli 2022 die bis dahin praktizierte Forward Guidance beendet, verzichtet also auf eine Vorankündigung künftiger Zinsentscheidungen. ↘ ZIFFER 140 Marktbasierte Zinserwartungen, wie die Dreimonats-Euribor-Futures, deuten auf weitere Zinserhöhungen hin. ↘ ZIFFER 12 Die zum Datenschluss vorliegenden Tageswerte vom 27. Oktober 2022 deuten darauf hin, dass die kurzfristigen Zinsen zum Ende des Jahres 2022 auf 2,4 % ansteigen und in der 1. Jahreshälfte 2023 durch die weitere Straffung bis zu 2,8 % erreichen, bevor mit einer Stabilisierung des Zinsniveaus in der 2. Jahreshälfte 2023 gerechnet werden kann. Im Nachgang zu der in der Oktobersitzung beschlossenen Leitzinserhöhung sind die erwarteten kurzfristigen Zinsen insbesondere für die 2. Jahreshälfte 2023 weiter angestiegen.
37. Die geldpolitische Straffung hat die **Finanzierungskosten für private Haushalte und Unternehmen erhöht**. So sind im Euro-Raum seit Beginn des Jahres 2022 die Zinsen für Konsumenten- und Wohnungsbaukredite um etwa einen Prozentpunkt und für Unternehmenskredite um etwa 0,5 Prozentpunkte gestiegen. ↘ ABBILDUNG 17 RECHTS Zudem haben die Banken im Euro-Raum ihre Kreditvergabestandards, beispielsweise die zu hinterlegenden Sicherheiten oder das not-

wendige Eigenkapital, deutlich verschärft. [ABBILDUNG 17 LINKS](#) Dies dürfte auf die höheren Risiken aufgrund der eingetrübten wirtschaftlichen Aussichten und die geringere Risikotoleranz der Banken zurückzuführen sein. Sowohl die Zinsentwicklung als auch die Kreditvergabestandards haben sich im Euro-Raum jedoch heterogen entwickelt (EZB, 2022b). Zwar ist die Nettokreditnachfrage der Unternehmen im 2. Quartal 2022 weiter angestiegen, sie dürfte jedoch durch den Finanzierungsbedarf der Unternehmen angesichts hoher Erzeugerpreise angetrieben worden sein (EZB, 2022b, S. 16 f.). Die weiterhin schwache Entwicklung der Anlageinvestitionen wirkt dämpfend auf die Nettokreditnachfrage.

38. Der hohe Inflationsdruck und die eingetrübten konjunkturellen Aussichten **verschlechtern die Rahmenbedingungen für die Finanzstabilität** (EZB, 2022c). Insbesondere Finanzinstitute, die weniger strengen Auflagen unterliegen als Banken, beispielsweise Investmentfonds, könnten aufgrund ihrer hohen Risikobereitschaft in Schwierigkeiten geraten. Ihre Liquiditätspuffer sind gering und sie sind eher in der Finanzierung schwacher Unternehmen aktiv, wodurch sie von wirtschaftlichen Schwächephasen stärker betroffen sind (EZB, 2022c, S. 77 ff.). Im aktuellen Bank Lending Survey (BLS) zeigen sich Banken trotz des kurzfristig allgemein positiven Einflusses höherer Zinsen auf Bankmargen besorgt. Vor

ABBILDUNG 17

Kreditvergabestandards und Zinsen für Kredite an den Privatsektor im Euro-Raum



1 – Kreditvergabestandards in den vergangenen drei Monaten (gemäß der Umfrage zum Kreditgeschäft der EZB). Kreditvergabestandards sind die internen Richtlinien oder Kreditgenehmigungskriterien einer Bank. Sie legen fest, welche Arten von Krediten eine Bank für wünschenswert oder unerwünscht hält, welche sektoralen oder geografischen Prioritäten gesetzt werden, welche Sicherheiten als akzeptabel oder inakzeptabel gelten. Und sie legen die erforderlichen Kreditnehmermerkmale (z. B. Bilanzbedingungen, Einkommenssituation, Alter, Beschäftigungsstatus) fest, unter denen ein Kredit gewährt werden kann (EZB, 2016). 2 – Es wird jeweils der Nettoanteil angezeigt, der sich als Differenz aus der Summe der Antworten „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Antworten „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ ergibt. Die Antworten der Banken werden gewichtet mit dem Anteil der jeweiligen Länder am Gesamtkreditvolumen im Euro-Raum sowie mit dem Anteil der Banken am Gesamtkreditvolumen der befragten Banken. Es wird eine repräsentative Stichprobe von Banken im Euro-Raum befragt. 3 – Kredite von Kreditinstituten und sonstigen Finanzinstituten (ohne Geldmarktfonds und Zentralbanken) für das Neugeschäft. 4 – Die Berechnung umfasst keine eventuell anfallenden Kosten. Ein gewährtes Disagio wird als Zinszahlung betrachtet und in die Zinsberechnung einbezogen.

Quelle: EZB

© Sachverständigenrat | 22-409-01

Daten zur Abbildung

allem das herausfordernde makroökonomische Umfeld und der damit verbundene Anstieg der Ausfallwahrscheinlichkeiten von Unternehmens- und Verbraucherkrediten werden als problematisch eingeschätzt (EZB, 2022d).

39. Darüber hinaus könnten solche Banken in Schwierigkeiten geraten, die in den vergangenen Jahren in hohem Maße langlaufende festverzinsliche Kredite zu niedrigen Zinsen vergeben haben. Die Passivseite der Banken ist im Zuge der **Fristentransformation** deutlich kurzfristiger ausgelegt, sodass die höheren Zinsen dort schneller durchschlagen. Banken mit niedrigen Gewinnen tendieren besonders stark zu einer ausgeprägten Fristentransformation und könnten daher bei steigenden Zinsen weitere Profitabilitätsprobleme bekommen (Mommel und Seymen, 2021). Zwar dürfte es im deutschen Bankensektor im Aggregat durch steigende Zinsen zu einer Verbesserung der Zinsmarge kommen, allerdings zeigt sich etwa für Deutschland, dass ein kleiner Teil der Banken in der kurzen Frist einen starken Rückgang der Zinsmarge erleiden musste (Deutsche Bundesbank, 2022b). Kurzfristig negative Auswirkungen der Zinswende auf die Zinsmargen ergeben sich insbesondere für einige Kreditgenossenschaften und Sparkassen. Gleichwohl lassen mittelfristige Analysen der Zinswende eine positive Entwicklung der Zinsmargen für weitgehend alle Institute erwarten (Deutsche Bundesbank, 2022b, S. 93).
40. Infolge dieser Entwicklungen korrigierten die **signifikanten Banken** [↘ GLOSSAR](#) im Euro-Raum ihre **Rentabilitätsaussicht** (ROE) von 7,6 % im Februar 2022 auf 7 % im Mai 2022 **nach unten**. Dennoch stellen sie sich in **Stresstests** insgesamt als **resilient** dar (EZB, 2022c). Dazu tragen unter anderem die kontinuierliche Reduktion von notleidenden Krediten in den Bankenbilanzen sowie höhere Kreditausfallrückstellungen und Betriebsgewinne bei. Zudem sind die Eigenkapitalquoten der europäischen Banken im Jahr 2021 leicht gestiegen und liegen über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen.
41. Die Preisentwicklung an den **Wohnimmobilienmärkten** war zuletzt insgesamt noch stark **aufwärtsgerichtet**. So sind im Euro-Raum die Wohnimmobilienpreise im 2. Quartal 2022 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 9,3 % angestiegen. Dieser Wert ist aber bereits etwas niedriger ausgefallen als noch im 1. Quartal 2022 (9,8 %). Laut EZB (2022c) ist im Zuge der Preissteigerungen im Jahr 2021 die **Verwundbarkeit** der Immobilienmärkte im Euro-Raum **weiter angestiegen**. Das European Systemic Risk Board (ESRB, 2022) formulierte im Zusammenhang mit Preisen, die zunehmend nicht mehr als durch die Fundamentaldaten begründet erschienen, Warnungen und Empfehlungen für verschiedene Staaten des Euro-Raums. Schwachstellen in den Immobilienmärkten könnten demzufolge mittelfristig destabilisierende Wirkungen auf die Finanzmärkte und die Realwirtschaft entwickeln. Die Deutsche Bundesbank (2021) warnte für Deutschland bereits im vergangenen Jahr vor Preisübertreibungen am Wohnimmobilienmarkt.

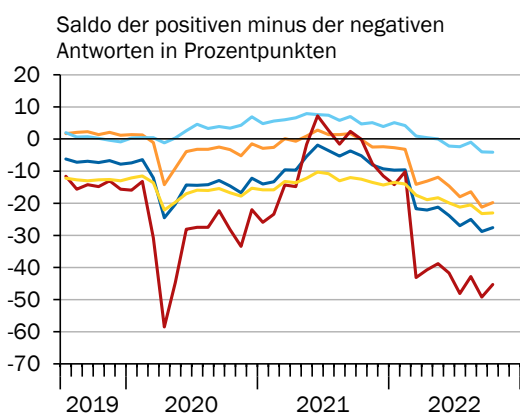
Preissteigerungen belasten das Wachstum

42. Obschon die Wirtschaftsleistung den zum Datenschluss vorliegenden Schnellmeldungen der nationalen Statistikämtern zufolge in Deutschland, Frankreich und Spanien im 3. Quartal 2022 noch aufwärtsgerichtet war, dürfte sich die **Konjunktur im Winterhalbjahr 2022/23** abschwächen. Allen voran dürfte der Kaufkraftverlust der privaten Haushalte zu einem Rückgang der Konsumausgaben führen. So liegt Umfragen der Europäischen Kommission zufolge das Konsumentenvertrauen bereits unter dem Niveau des Frühjahrs 2020. [↪ ABBILDUNG 18 LINKS](#) Die Erwartungen über die allgemeine wirtschaftliche und die eigene finanzielle Entwicklung belasten das Konsumklima seit März 2022 deutlich. Der Verlust an realen verfügbaren Einkommen dürfte zudem dazu führen, dass sich die Sparquote der Haushalte nicht nur normalisiert, [↪ ABBILDUNG 18 RECHTS](#) sondern das durchschnittliche Niveau der Vor-Corona-Jahre sogar unterschreitet. Dies deckt sich mit den Antworten der befragten Haushalte, die erwarten, dass sie gleichzeitig weniger größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten tätigen werden und weniger sparen können.

↪ ABBILDUNG 18

Angesichts der hohen Inflation und der konjunkturellen Eintrübung dürften die Haushalte weniger konsumieren und weniger sparen¹

Erwartungen der Konsumentinnen und Konsumenten haben sich seit März 2022 stark verschlechtert



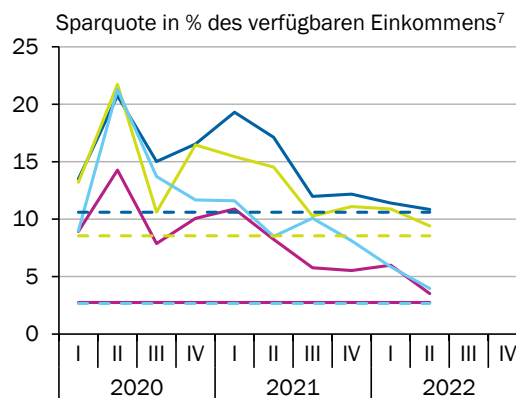
— Konsumentenvertrauen²

Erwartungen für die nächsten 12 Monate:

— Finanzielle Lage³ — Sparintention⁴

— Wirtschaftliche Entwicklung⁵ — Größere Anschaffungen⁶

In den meisten Mitgliedstaaten liegt die Sparquote wieder auf dem Vor-Corona-Niveau



— Deutschland — Frankreich — Italien

— Spanien

-- Durchschnittliche Sparquote der Jahre 2015 bis 2019 im jeweiligen Staat

1 – Saison- und kalenderbereinigt. 2 – Arithmetisches Mittel über die Fragen zur Entwicklung der finanziellen Haushaltssituation in den vergangenen 12 Monaten, in den kommenden 12 Monaten, der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden 12 Monaten und den geplanten größeren Anschaffungen. 3 – Frage: Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die finanzielle Lage Ihres Haushaltes in den kommenden 12 Monaten entwickeln? 4 – Frage: Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie in den kommenden 12 Monaten Geld sparen werden? 5 – Frage: Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland in den kommenden 12 Monaten entwickeln? 6 – Frage: Wollen Sie in den kommenden 12 Monaten für größere Anschaffungen (Möbel, elektrische/elektronische Geräte usw.) mehr oder weniger ausgeben als in den letzten 12 Monaten? 7 – Verfügbares Einkommen inkl. Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Europäische Kommission, Eurostat, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-372-01

Daten zur Abbildung

43. Die Energiepreise dürften im Prognosehorizont zwar hoch bleiben. [↘ ZIFFER 8](#) Im **Verlauf des Jahres 2023** dürften sich die realen Einkommen, nicht zuletzt aufgrund umfangreicher staatlicher Unterstützungsmaßnahmen, aber langsam erholen und so die **privaten Konsumausgaben stabilisieren**. Aufgrund der nachlassenden Weltkonjunktur sind nur bedingt, und frühestens gegen Ende des Prognosehorizonts, Wachstumsimpulse zu erwarten. [↘ ZIFFER 14](#) Die sich infolge der geldpolitischen Straffung verschlechternden Finanzierungsbedingungen dürften zudem dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wirken, insbesondere im Baugewerbe und bei den Ausrüstungsinvestitionen.
44. Der **Sachverständigenrat unterstellt** für die Konjunkturprognose, dass es **nicht zu verschärften wirtschaftlichen Auswirkungen** des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die Volkswirtschaften im Euro-Raum kommen wird. Es ist davon auszugehen, dass es unabhängig vom weiteren Verlauf des Krieges auf absehbare Zeit zu keiner Normalisierung der Handelsbeziehungen zu Russland kommen wird und die Sanktionen der Europäischen Union (EU) bestehen bleiben. Die wirtschaftliche Anspannung dürfte damit hoch bleiben. So dürften die **Preise für Erdgas** und damit auch für Strom den Terminmärkten entsprechend im Prognosehorizont **hoch bleiben**. Insbesondere dürften aufgrund der ausbleibenden russischen Erdgaslieferungen die Speicherstände zum Ende des Winters 2022/23 besonders niedrig und deren Befüllung im Sommerhalbjahr 2023 herausfordernd sein (Bundesnetzagentur, 2022; EWI, 2022; IEA, 2022b). Mittelfristig ist erst nach der Heizperiode im Frühjahr 2024 mit einer anhaltenden Entspannung zu rechnen. [↘ ZIFFERN 47 UND 302](#) Allerdings dürften die Preise danach weiterhin über dem Vorkriegsniveau liegen. Da die verbliebenen Liefermengen aus Russland für den Euro-Raum bereits jetzt recht gering sind, geht das Risiko weiterer Preissteigerungen vor allem von einer zu geringen Einsparung seitens der einheimischen Unternehmen und Haushalte sowie geringeren als erwarteten Liefermengen aus anderen Quellen aus. [↘ ZIFFER 47](#)

Für den Prognosezeitraum wird jedoch **unterstellt, dass der private Erdgasverbrauch ausreichend reduziert** und so eine Rationierung vermieden werden kann. Die Terminnotierungen für Erdgaspreise können deshalb als das relevante Knappheitssignal dienen. Zudem wird angenommen, dass der Status quo integrierter europäischer Erdgas- und Strommärkte erhalten bleibt.

45. Für das **Jahr 2022** prognostiziert der Sachverständigenrat einen **Anstieg des preis- und kalenderbereinigten BIP im Euro-Raum um 3,3 %**. [↘ TABELLE 2](#) Das kräftige Wachstum im Jahresdurchschnitt ist aber vor allem durch die Entwicklung in der ersten Jahreshälfte und den statistischen Überhang von rund zwei Prozentpunkten aus dem Vorjahr bedingt. In vielen Mitgliedstaaten dürfte sich der konjunkturelle Rückgang noch weit in das nächste Jahr ziehen. Insbesondere in den wirtschaftlich bedeutenden Mitgliedstaaten Deutschland und Italien ist im **Jahr 2023** kalenderbereinigt mit einer Stagnation beziehungsweise einem Rückgang der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Das aggregierte BIP des Euro-Raums dürfte **mit 0,3 % dementsprechend nur geringfügig ansteigen**.

TABELLE 2

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Erwerbslosenquote im Euro-Raum

Land/Ländergruppe	Gewicht in % ¹	Bruttoinlandsprodukt (kalenderbereinigt) ²			Verbraucherpreise (HVPI) ³			Erwerbslosenquote ⁴		
		Veränderung zum Vorjahr in %						%		
		2021	2022 ³	2023 ³	2021	2022 ³	2023 ³	2021	2022 ³	2023 ³
Euro-Raum⁶	100	5,3	3,3	0,3	2,6	8,5	7,4	7,7	6,8	7,1
darunter:										
Deutschland	29,3	2,6	1,8	0,0	3,2	8,6	7,9	3,6	3,1	3,4
Frankreich	20,3	6,8	2,6	0,4	2,1	5,9	6,1	7,9	7,5	7,7
Italien	14,4	6,7	3,5	- 0,4	1,9	8,8	9,8	9,6	8,2	8,6
Spanien	9,8	5,5	4,6	1,0	3,0	8,5	4,2	14,8	12,8	13,2
Niederlande	7,0	4,9	4,6	0,6	2,8	12,1	9,8	4,2	3,6	4,1
Belgien	4,1	6,1	3,0	0,3	3,2	10,3	7,9	6,3	5,7	6,1
Österreich	3,3	4,7	4,8	0,4	2,8	8,5	6,7	6,2	4,7	5,1
Irland	3,5	13,4	9,5	4,0	2,4	8,3	7,7	6,3	4,5	4,6
Finnland	2,0	3,0	2,1	- 0,4	2,1	7,0	4,3	7,7	7,0	7,7
Portugal	1,7	5,5	6,6	0,4	0,9	8,2	5,6	6,6	6,0	6,6
Griechenland	1,5	8,0	6,2	0,3	0,6	10,1	6,4	14,8	12,6	12,8
nachrichtlich:										
Euro-Raum ohne Deutschland	70,7	6,4	3,9	0,5	2,3	8,4	7,2	9,2	8,1	8,5

1 – Anteil des BIP des Jahres 2021 am BIP des Euro-Raums. 2 – Preisbereinigt. Werte basieren auf saison- und kalenderbereinigten Quartalswerten. 3 – Harmonisierter Verbraucherpreisindex. 4 – Nach dem Messkonzept der International Labour Organization (ILO). Für den gesamten Euro-Raum und den Euro-Raum ohne Deutschland gewichtet mit der Anzahl der Erwerbspersonen des Jahres 2021. 5 – Prognose des Sachverständigenrates. 6 – Gewichteter Durchschnitt der 19 Mitgliedstaaten des Euro-Raums.

Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-029-02

Daten zur Tabelle

46. Die **Verbraucherpreisinflation** dürfte im Euro-Raum im **laufenden Jahr 8,5 %** betragen. Für das **Jahr 2023** erwartet der Sachverständigenrat nur einen leichten Rückgang der Preissteigerung auf **7,4 %** im Jahresdurchschnitt. Die gestiegenen Erzeugerpreise, allen voran für Energie, dürften sukzessive an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergereicht werden. Es ist davon auszugehen, dass es bei allen drei Hauptkomponenten des HVPI, Energie, Nahrungsmittel sowie der Kernrate, zu weiteren deutlichen Preissteigerungen kommt. [ZIFFER 95](#) Die größeren Unterschiede zwischen den jahresdurchschnittlichen Inflationsraten der Mitgliedstaaten sind neben unterschiedlichen Marktentwicklungen und staatlichen Eingriffen insbesondere bei den Verbraucherpreisen für Energie auf unterschiedliche unterjährige Inflationsdynamiken zurückzuführen. [ZIFFER 26](#) So stiegen der HVPI im Oktober 2022 der Schnellschätzung zufolge in Italien um 4,0 % gegenüber dem Vormonat. Demgegenüber stieg der HVPI in Spanien unter anderem aufgrund einer Reduktion der Umsatzsteuer auf Erdgas nur um 0,1 % gegenüber dem Vormonat.

3. Chancen und Risiken

47. Für den realwirtschaftlichen Ausblick **überwiegen derzeit die Abwärtsrisiken deutlich**. Insbesondere die zukünftige Entwicklung der Strom- und Erdgaspreise in Europa birgt eine hohe Unsicherheit für die Prognose. Diese könnten durch verschiedene Faktoren höher ausfallen als in der Prognose unterstellt. So könnten zu geringe Sparanstrengungen seitens der privaten Haushalte, ein besonders kalter Winter 2022/23, geringere als geplante Erdgaslieferungen und Störungen der Lieferinfrastruktur dazu führen, dass es **zu weiter steigenden Preisen** und **im Extremfall** zu einer **Gasmangellage** kommt (Bachmann et al., 2022; Bundesnetzagentur, 2022; Gemeinschaftsdiagnose, 2022a). Eine Gasmangellage dürfte dazu führen, dass der Gasverbrauch der Industrie durch Rationierungen weiter reduziert werden muss. [↪ ZIFFER 60](#) **Weitreichende Produktionsausfälle** in der energieintensiven Industrie und ein **Anstieg der Arbeitslosigkeit** sowie des **Insolvenzgeschehens** könnten die Folge sein. Die Kaufkraft der Haushalte könnte ebenfalls stärker belastet werden. Dagegen könnten ein milder Winter, eine schnellere Substitution der Gaslieferungsmöglichkeiten sowie umfassendere Sparanstrengungen die Situation entspannen. Die Bereitstellung von zusätzlichen Stromerzeugungskapazitäten in Deutschland, etwa durch erneuerbare Energien sowie Kern- und Kohlekraftwerke, könnte ebenfalls stabilisierend wirken (Egerer et al., 2022). [↪ ZIFFER 334](#)

Ebenfalls unsicher ist die **staatliche Regulierung der Strom- und Erdgaspreise**. In Deutschland wurde die Strompreisbremse im Rahmen des 3. Entlastungspakets angekündigt, ihre Ausgestaltung zum Zeitpunkt dieser Prognose ist allerdings noch weitgehend unklar (Bundesregierung, 2022a). Die ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme (2022) hat einen Vorschlag unterbreitet, wie die Erdgaskosten für Verbraucher in Deutschland begrenzt werden sollen. [↪ ZIFFERN 62 UND 343](#) Diese Prognose unterstellt, dass die Bundesregierung den Vorschlag auf den Weg bringt. Bei geringen oder ausbleibenden Entlastungsmaßnahmen müsste mit kurzfristig höheren Inflationsraten und größeren realwirtschaftlichen Einbußen gerechnet werden als in der Prognose unterstellt. Dies gilt spiegelbildlich für umfangreichere Maßnahmen, wobei eine kreditfinanzierte Stützung der Nachfrage den mittelfristigen Inflationsdruck verstärken kann.

48. Zahlreiche Staaten sind auf einen grenzübergreifenden Strom- und Gashandel angewiesen, insbesondere seitdem die russischen Erdgaslieferungen verringert wurden. Die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten im Euro-Raum im Rahmen der integrierten Strom- und Energiemärkte ist daher essenziell, um diese stabil zu halten. **Krisenbedingte Eingriffe von nationaler Seite** könnten die Funktionsfähigkeit des Energiebinnenmarkts beeinträchtigen, den Druck an den Energiemärkten deutlich erhöhen, zu einem weiteren Anstieg der Energiepreise führen und negative gesamtwirtschaftliche Effekte nach sich ziehen. Die erhöhte Unsicherheit über die Versorgungslage dürfte außerdem den Anreiz für Unternehmensinvestitionen schmälern.
49. Das Risiko **einer Verfestigung der Verbraucherpreisinflation** besteht weiterhin und hat sich zuletzt – vor allem in Europa – noch verstärkt. So könnten mittel- und langfristige Inflationserwartungen weiter ansteigen oder sich gar ent-

ankern. [↘ ZIFFER 105](#) Darüber hinaus könnte sich das Lohnwachstum beschleunigen. Daraufhin könnte sich die Inflation verstetigen, was die Geldpolitik zu einer stärkeren Straffung zwingen würde. Diese wiederum könnte das Wirtschaftswachstum und die Finanzstabilität beeinträchtigen.

50. Die **Corona-Pandemie** stellt weiterhin ein Abwärtsrisiko für die globale wirtschaftliche Aktivität dar. Erneute **Corona-Infektionswellen** und **Virusvarianten** könnten zu freiwilliger Konsumzurückhaltung und krankheitsbedingten Arbeitsausfällen führen.

II. DEUTSCHE KONJUNKTUR

51. Nachdem die deutsche Wirtschaft im 1. Quartal 2022 infolge der Erholung der privaten Konsumausgaben von der Pandemie noch gewachsen war, dämpfte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine den Aufschwung. Die sukzessive Verringerung russischer Gaslieferungen führte im Verlauf des Sommers zu einer weiteren **Steigerung der Energiepreise**. Dies hat die Produktionskosten der Unternehmen erhöht und die Produktion in den energieintensiven Industriezweigen deutlich reduziert. Darüber hinaus führt die zunehmende Überwälzung der Energiegroßhandelspreise auf die Verbraucher zu **Kaufkraftverlusten** bei den privaten Haushalten. In der Prognose geht der Sachverständigenrat zwar davon aus, dass die privaten Haushalte ihre Sparquote reduzieren werden, um den Konsum zu stabilisieren. Ein stabiler Arbeitsmarkt, die Entlastungspakete und die Gaspreisbremse dürften den Konsum ebenfalls stützen. Dennoch ist zu erwarten, dass die privaten Konsumausgaben im Jahr 2023 insgesamt zurückgehen. **Nachlassende Lieferengpässe** und ein teilweiser Abbau des **hohen Auftragsbestandes** dürften die Exporte und die Investitionen etwas anschieben.
52. **Für das Gesamtjahr 2022** rechnet der Sachverständigenrat mit einem realen **Wirtschaftswachstum** von **1,7 %**. Für das **Jahr 2023** geht er davon aus, dass die Abwärtskräfte überwiegen dürften und es zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um **0,2 %** kommt. Angesichts der erneut gestiegenen Energiepreise, aber auch aufgrund eines Anziehens der Kerninflation, bleibt die **Verbraucherpreisinflation** in Deutschland im Prognosehorizont **hoch**. Im Oktober 2022 betrug sie erstmals seit den frühen 1950er-Jahren 10,4 %. In den Jahren 2022 und 2023 dürften die Steigerungsraten des Verbraucherpreisindex (VPI) 8,0 % und 7,4 % betragen. Aufgrund der Unwägbarkeiten der Entwicklung des Energieangebots und der Ausgestaltung der staatlichen Entlastungsmaßnahmen ist die Prognose mit einer **hohen Unsicherheit** behaftet. [↘ ZIFFER 47](#)

1. Rückblick: Erholung bei Dienstleistungen und steigender Energiepreisdruck

53. **Zu Beginn des russischen Angriffskrieges** im Februar 2022 war die **deutsche Wirtschaft** noch deutlich **auf Erholungskurs**. Nach der pandemiebedingten Stagnation im 4. Quartal 2021 expandierte das preis-, kalender- und

saisonbereinigte BIP im 1. Quartal 2022 um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal. **Das BIP** wuchs im 2. Quartal 2022 mit einer Rate von 0,1 % deutlich langsamer, womit annähernd das **Niveau des konjunkturellen Hochpunkts** aus dem 4. Quartal 2019 **erreicht wurde**. [↘ KASTEN 2](#) Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 28. Oktober 2022 wuchs die deutsche Wirtschaftsleistung gemessen am preis-, kalender- und saisonbereinigten BIP im 3. Quartal 2022 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal.

[↘ KASTEN 2](#)

Datierung des Tiefpunkts der COVID-19-Rezession in Deutschland

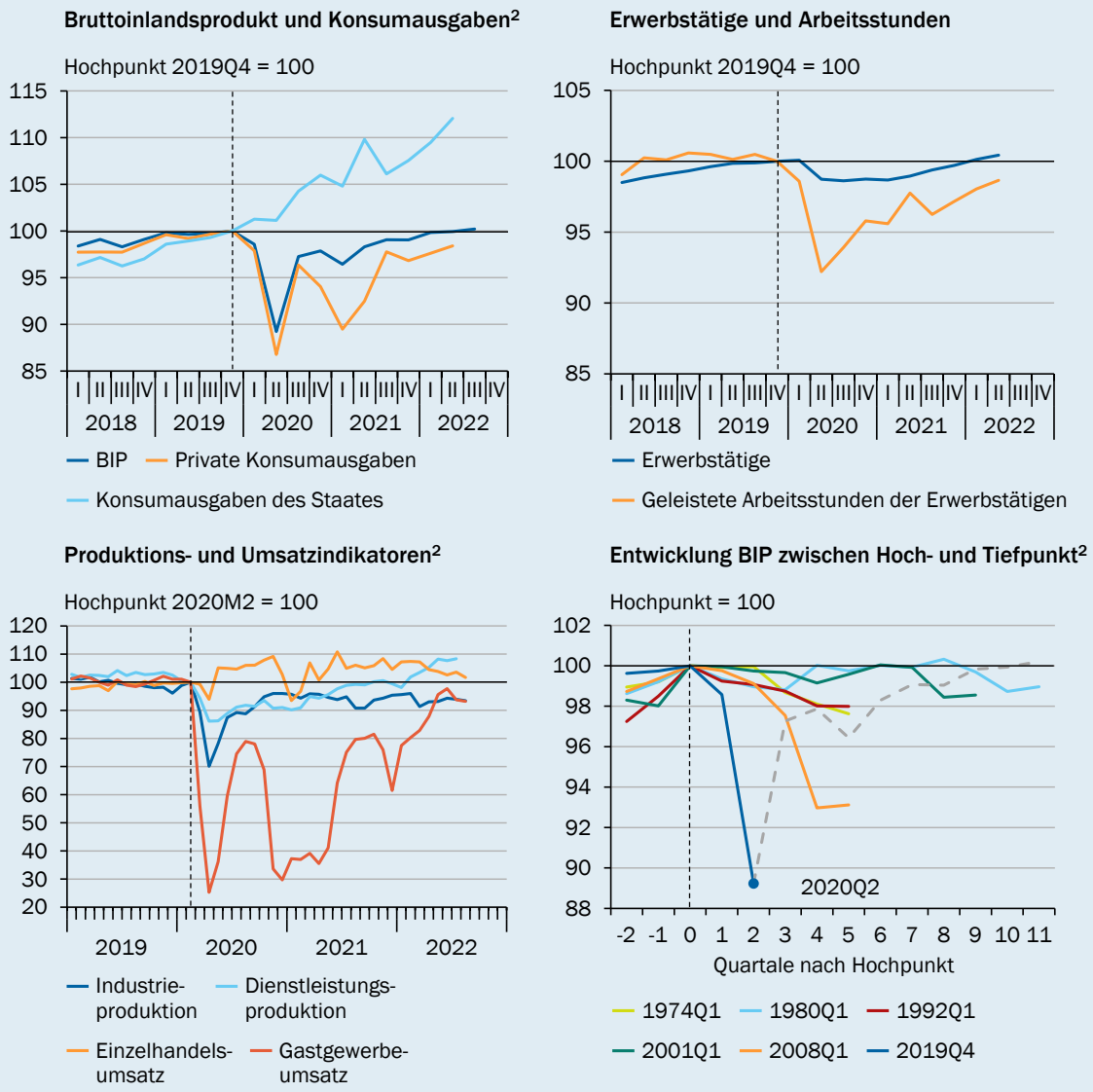
Im Jahresgutachten 2021 (JG 2021 Kasten 5) hat der Sachverständigenrat den konjunkturellen **Hochpunkt** vor der **Corona-Rezession** in Deutschland auf das **4. Quartal 2019** beziehungsweise auf den **Februar 2020** datiert. Die deutliche Revision der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen [↘ GLOSSAR](#) im Juli 2022, bei der der Rückgang des preis- und kalenderbereinigten BIP im Jahr 2020 von 4,9 % auf 4,1 % gesenkt wurde, ändert diese Einschätzung nicht.

Unter Verwendung der in Breuer et al. (2022) dargelegten mehrdimensionalen expertenbasierten Methode, **datiert der Sachverständigenrat den konjunkturellen Tiefpunkt der Corona-Rezession** in Deutschland auf das **2. Quartal 2020** beziehungsweise auf den **April 2020**. Der kräftige Wiederanstieg aller verwendungsseitigen Aggregate des BIP im 3. Quartal 2020 legt den Beginn des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs nahe. Insbesondere die privaten Konsumausgaben sind preis-, saison- und kalenderbereinigt um 11 % gestiegen. [↘ ABBILDUNG 19 OBEN LINKS](#) Zwar hat die Erholung der Erwerbstätigkeit erst im Jahr 2021 an Fahrt aufgenommen. [↘ ABBILDUNG 19 OBEN RECHTS](#) Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat aber bereits ab dem 3. Quartal 2020 wieder zugenommen. Die Inanspruchnahme der Kurzarbeit ist ab dem 3. Quartal 2020, unterbrochen von einem vorübergehenden Anstieg im Winterhalbjahr 2020/21, ebenfalls stark zurückgegangen, was sich in der Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden niederschlägt. Die Ausweitung der Kurzarbeit hat aber den Anstieg der Arbeitslosigkeit deutlich begrenzt. Auf Basis saison- und kalenderbereinigter Monatsdaten stiegen die Industrieproduktion sowie die preisbereinigten Umsätze im Einzelhandel und – obschon auf sehr niedrigem Niveau – im Gastgewerbe ab April 2020. [↘ ABBILDUNG 19 UNTEN LINKS](#)

Nach dem ungewöhnlich starken Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität im 1. Halbjahr 2020, gestaltete sich der **konjunkturelle Aufschwung** nach der Corona-Rezession im Vergleich **zu vorangegangenen Rezessionsphasen ebenfalls ungewöhnlich**. [↘ ABBILDUNG 19 UNTEN RECHTS](#) Insbesondere sanken die privaten Konsumausgaben pandemiebedingt in den Winterhalbjahren 2020/21 und 2021/22, was zu einem Rückgang des preisbereinigten BIP im 1. Quartal 2021 und einer Stagnation im 4. Quartal 2021 geführt hat. Aufgrund von Verhaltensanpassungen der Haushalte und geänderten Geschäftsmodellen der Unternehmen sowie später unterstützt durch den Impffortschritt haben die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020 sukzessive abgenommen. Dass darüber hinaus immer weniger Wirtschaftsbereiche betroffen waren, [↘ TABELLE 8 ANHANG](#) spricht gegen eine lang anhaltende Rezessionsphase bis ins Jahr 2021 hinein.

Die **Corona-Rezession** war mit zwei Quartalen beziehungsweise zwei Monaten die **kürzeste bislang** vom Sachverständigenrat für Deutschland **datierte Rezession**. Dies ist im Einklang mit den Entscheidungen der Rezessionsdatierungskomitees des National Bureau of Economic Research (NBER, 2020, 2021) für die USA und des Centre for Economic Policy Research zusammen mit dem Euro Area Business Cycle Network (CEPR-EABCN, 2021a, 2021b) für den Euro-Raum sowie die Komitees Frankreichs (Aviat et al., 2021; CDCEF, 2021) und Spaniens (AEE, 2020, 2022).

ABBILDUNG 19

Entwicklung ausgewählter Konjunkturindikatoren¹

[Daten zur Abbildung](#)

54. Die gesamtwirtschaftliche **Entwicklung im 1. Halbjahr 2022** wurde wesentlich **durch die privaten Konsumausgaben bestimmt**. Diese **wuchsen** preis-, kalender- und saisonbereinigt in den ersten beiden Quartalen 2022 um jeweils 0,8 %, insbesondere getrieben von den **Dienstleistungsbereichen**. Nachlassende wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie und die weitgehende Aufhebung der pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen Ende März 2022 waren dafür maßgeblich verantwortlich. Die Wertschöpfung wuchs insbesondere in den Bereichen Freizeit und Unterhaltung beziehungsweise Beherbergung und Gastronomie. Lediglich der Handel und die Öffentlichen Dienstleister wiesen eine relativ schwache Entwicklung auf.

55. Die Auswirkungen der Aufhebung der pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen überwogen im 1. Halbjahr 2022 die negativen Effekte des Kaufkraftverlusts, der durch die **hohen Energiepreise** verursacht wurde. Dieser schlug sich zunächst nur in einer schlechteren Konsumentenstimmung nieder (Bazzoni et al., 2022). [↘ ABBILDUNG 20 OBEN LINKS](#) Das reale verfügbare Einkommen der privaten Haushalte fiel bereits im 2. Quartal 2022 um rund 1,2 % gegenüber dem Vorquartal und dürfte im 3. Quartal weiter gefallen sein. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Reallöhnen. [↘ ABBILDUNG 16 ↘ ZIFFERN 11 UND 78](#) Die Tatsache, dass die privaten Konsumausgaben nicht in gleichem Maß sanken wie die realen verfügbaren Einkommen, kann durch einen Rückgang der **Sparquote der privaten Haushalte erklärt werden**. Diese sank von 17 % im 2. Quartal 2021 auf 11 % im 2. Quartal 2022, was der durchschnittlichen Sparquote der privaten Haushalte vor der Pandemie entspricht. [↘ ABBILDUNG 18 RECHTS](#) Darüber hinaus ist nur ein Teil der Steigerungen der Strom- und Erdgasgroßhandelspreise bei den privaten Haushalten angekommen, da Lieferverträge in der Regel eine Laufzeit von mindestens einem Jahr haben. Dementsprechend zeigen die Konsumindikatoren für das 3. Quartal 2022 ein gemischtes Bild. Während die Umsätze im Einzelhandel im August 2022 gegenüber dem Durchschnitt des Vorquartals weiter zurückgingen, stiegen die Pkw-Neuzulassungen.
56. Die weiteren Verwendungskomponenten des BIP entwickelten sich unterschiedlich. Während sowohl der Staatskonsum [↘ ZIFFERN 80 FF.](#) als auch die Ausrüstungsinvestitionen wuchsen, standen die **Bauinvestitionen** unter dem Druck von **Fachkräfteengpässen, hohen Materialpreisen** und **verschlechterten Finanzierungsbedingungen** (ZDB, 2022). So stieg der Deflator der Bauinvestitionen im 1. Halbjahr 2022 um 10,5 % und damit um ein Vielfaches stärker als der BIP-Deflator, der im selben Zeitraum nur um 2,8 % zulegte. Infolgedessen gingen die Bauinvestitionen im 2. Quartal 2022 real deutlich zurück. Der **Außenhandel minderte** das **Wachstum** ebenfalls, da sich die Exporte deutlich schwächer entwickelten als die Importe. Während die Exporte durch Lieferengpässe beeinträchtigt waren, stiegen die Importe unter anderem aufgrund der Belebung des Tourismus deutlich an.

Der **Handel mit Russland** ist seit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine **stark zurückgegangen**. Die Ausfuhren nach Russland sanken dabei stärker als die Einfuhren von Russland nach Deutschland. Bei den Importen handelt es sich zu einem großen Teil um fossile Energieträger, die eine große Bedeutung für die deutsche Wirtschaft haben (Konjunkturprognose 2022 Kasten 3). [↘ ZIFFER 275](#) Der Exportrückgang ist aufgrund der geringen Bedeutung des russischen Absatzmarkts aber nur von geringer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung (Görg et al., 2022).

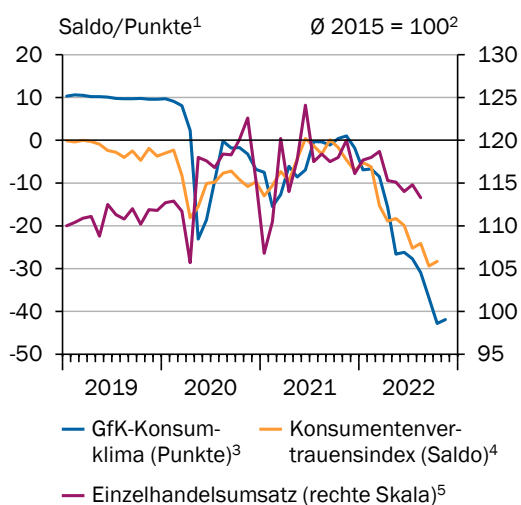
57. Im Gegensatz zu den Dienstleistungsbereichen setzte das **Verarbeitende Gewerbe** seine **schwache Entwicklung** der Vorquartale weiter fort. Im 1. Halbjahr 2022 sank die Bruttowertschöpfung leicht um –0,5 % gegenüber dem 4. Quartal 2021. Die vorliegenden Daten zur Industrieproduktion legen nahe, dass sich die Seitwärtsbewegung im 3. Quartal 2022 fortgesetzt hat. [↘ ABBILDUNG 20 OBEN RECHTS](#) So fiel die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe im August um 0,1 %

gegenüber dem Vormonat, lag damit aber um 0,5 % über dem Niveau des Vorquartals. Wachstumsstützend wirkte der **Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe**, der trotz eines rückläufigen Auftragseingangs und der langsam nachlassenden Lieferengpässe **noch außergewöhnlich hoch ist**. Aufgrund

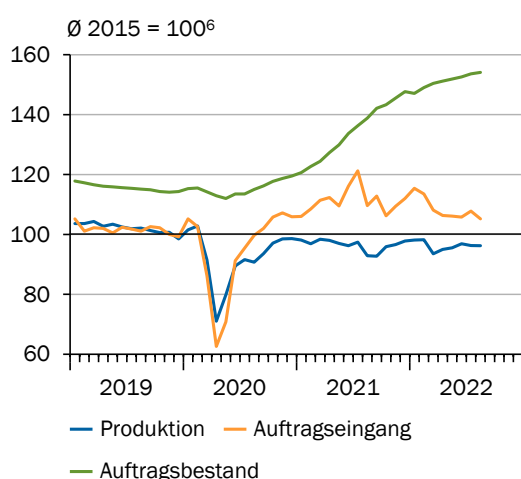
▾ **ABBILDUNG 20**

Ausgewählte Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung waren bis zum Angriffskrieg auf die Ukraine aufwärtsgerichtet und sind seitdem größtenteils eingebrochen

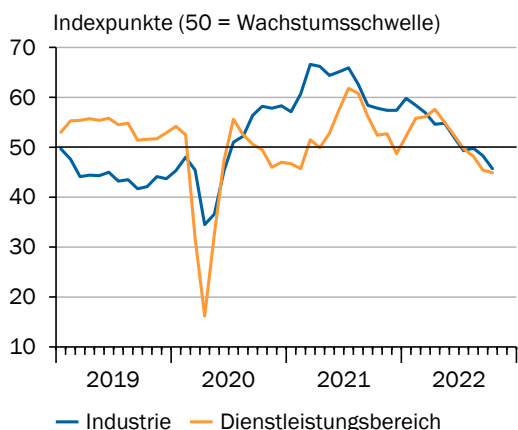
Einzelhandelsumsätze und Konsumentenvertrauen seit Jahresbeginn deutlich gesunken



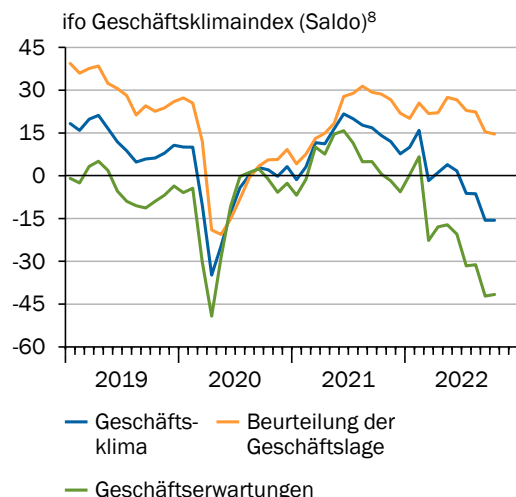
Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe geht zurück, Produktion stagniert



Einkaufsmanagerindizes⁷ sind sektorübergreifend gefallen



Insbesondere Geschäftserwartungen seit März massiv verschlechtert



1 – Saisonbereinigte Werte. 2 – Saison- und kalenderbereinigte Werte. 3 – Basierend auf monatlich rund 2 000 Verbraucherinterviews. 4 – Der Konsumentenvertrauensindex basiert auf ausgewählten Fragen, die an die Verbraucherinnen/Verbraucher gemäß dem Gemeinsamen Harmonisierten EU-Programm für Konjunkturumfragen bei Unternehmerinnen/Unternehmern und Verbraucherinnen/Verbrauchern gestellt werden. 5 – Realer Index ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. 6 – Volumenindex; Saison- und kalenderbereinigte Werte. 7 – Basiert auf einer monatlichen Umfrage unter Einkaufsleiterinnen/Einkaufsleitern und Geschäftsführerinnen/Geschäftsführern. 8 – Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.

Quellen: Europäische Kommission, GfK, ifo, S&P Global, Statistisches Bundesamt
© Sachverständigenrat | 22-025-02

[Daten zur Abbildung](#)

der geringen Produktion erreichte der Auftragsbestand im August 2022 einen neuen Höchstwert, stieg allerdings mit geringerem Tempo als in den Vormonaten. [↘ ABBILDUNG 20 OBEN RECHTS](#) Im Baugewerbe besteht zwar ebenfalls ein kräftiges Auftragspolster, allerdings mehren sich insbesondere dort die Stornierungen (ifo Institut, 2022a).

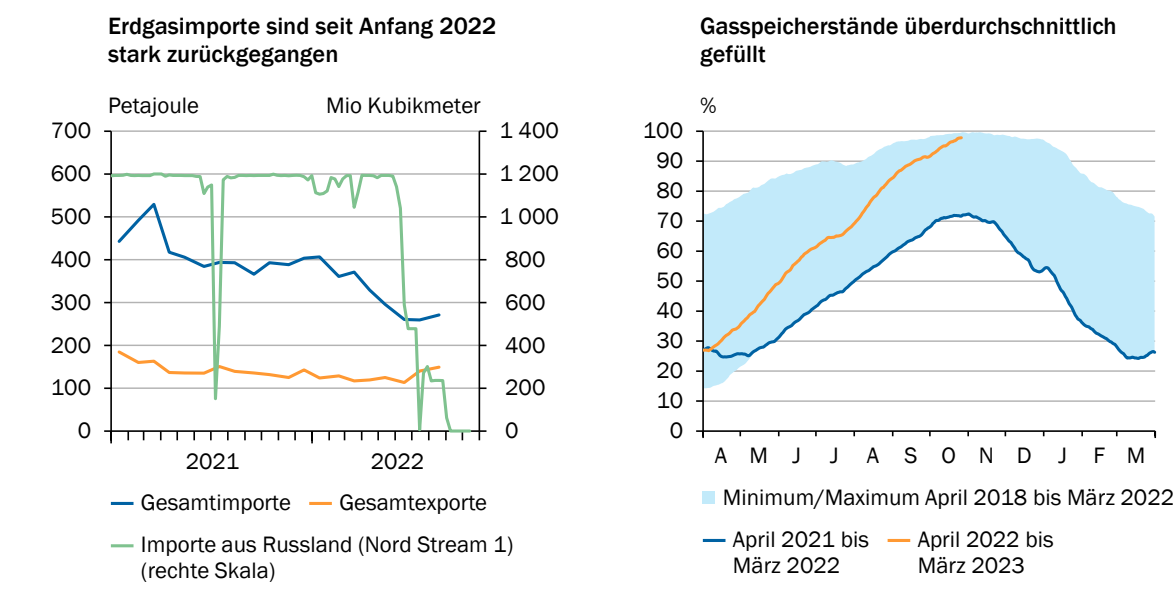
58. Im Verarbeitenden Gewerbe dämpften **Lieferengpässe bei Vorprodukten und Materialien** nach wie vor die Produktion und verhinderten, dass die bislang hohe Nachfrage bedient werden konnte. Umfragen und globale Indikatoren deuten allerdings darauf hin, dass die Störungen zuletzt etwas zurückgingen (ifo Institut, 2022b). Dies ist wesentlich durch den Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und geringere angebotsseitige Störungen, allen voran in China, zu erklären. [↘ ABBILDUNG 3](#) [↘ ZIFFER 6](#) In den Sommermonaten 2022 kamen durch das **Niedrigwasser im Rhein** verursachte temporäre Lieferstörungen hinzu. Diese behinderten die Versorgung der Industrie mit Energierohstoffen und Mineralölerzeugnissen und beeinträchtigten damit unter anderem die Stromproduktion (Ademmer et al., 2019).
59. Das Verarbeitende Gewerbe ist zudem von den **gestiegenen Preisen bei Strom und Erdgas betroffen**. Dies gilt insbesondere in den **energieintensiven Bereichen** wie etwa der Chemiebranche sowie der Metallerzeugung und -verarbeitung. Hier fiel die Produktion im August um 8,6 % gegenüber Februar 2022 und um 2,1 % gegenüber Juli 2022. Die direkten Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung waren aufgrund des geringen Wertschöpfungsanteils der energieintensiven Wirtschaftsbereiche von etwa 4,4 % im Jahr 2021 relativ gering (Statistisches Bundesamt, 2022a). Da die energieintensiven Industrien für 76 % des industriellen Energieverbrauchs verantwortlich sind, dürfte der bisherige Rückgang der Produktion in diesen Bereichen aber bereits zu einer deutlichen **Reduktion des Energieverbrauchs** geführt haben.
60. Die Produktionsausfälle in den energieintensiven Bereichen können über Lieferausfälle nachgelagerte Wertschöpfungsstufen belasten. Zudem deuten Umfragen darauf hin, dass ein signifikanter Anteil der nicht-energieintensiven Unternehmen den starken Energiepreisanstieg als existenzielles Risiko betrachtet (BDI, 2022; Schwartz et al., 2022). [↘ ZIFFER 47](#) Indikatoren zum **Insolvenzgeschehen bei Unternehmen** entwickeln sich am aktuellen Rand recht volatil, lagen im September 2022 der amtlichen Statistik zufolge aber noch unter dem Niveau des Vorjahresmonats (Statistisches Bundesamt, 2022b). Dies dürfte dadurch zu erklären sein, dass bei den meisten Unternehmen der Anteil der Energiekosten moderat ist (Schwartz et al., 2022) [↘ ZIFFERN 318 FF.](#) und auch bei ihnen die Energieträger erst allmählich auslaufen. [↘ ZIFFER 47](#)

2. Rahmenbedingungen: Anhaltender Energiepreisdruck

61. Die deutsche Wirtschaft ist in besonderem Maß von der Energiekrise betroffen. Zum einen war Deutschland bislang stark von russischen Erdgaslieferungen abhängig und die Substitutionsmöglichkeiten sind noch begrenzt (Berger et al., 2022; Konjunkturprognose 2022 Kasten 3), zum anderen ist Erdgas für Deutschland ein vergleichsweise wichtiger Energieträger. [↘ ZIFFER 275](#) Vor diesem Hintergrund dürften die Preissteigerungen für Erdgas und hierdurch auch für Strom die deutsche Konjunktur deutlich belasten. Im Prognosehorizont wird unterstellt, dass die Großhandelspreise ausgehend von einem hohen Niveau leicht fallen werden. Außerdem dürfte die Belastung für die Endverbraucher im Zuge der Umsatzsteuersenkung auf Gas ab dem Oktober 2022 und durch die Gaspreisbremse ab dem Dezember 2022 begrenzt werden. [↘ ZIFFER 62](#) Die angekündigte Strompreisbremse wird in der Prognose nicht berücksichtigt, da noch keine mögliche Ausgestaltung veröffentlicht wurde. Darüber hinaus wird angenommen, dass es in den **Winterhalbjahren 2022/23 und 2023/24 nicht zu einer Gasmangellage kommen wird**. [↘ ZIFFER 44](#) Zum einen sind die deutschen Erdgasspeicher überdurchschnittlich gefüllt, [↘ ABBILDUNG 21 RECHTS](#) zum anderen dürften die Einsparungen und höhere Nettoimporte ausreichen, um eine Gasmangellage zu vermeiden (Bachmann et al., 2022; Bundesnetzagentur, 2022; Gemeinschaftsdiagnose, 2022b). [↘ ABBILDUNG 21 LINKS](#) [↘ ZIFFER 60](#) Das Risiko einer ungünstigeren Entwicklung ist allerdings signifikant. [↘ ZIFFER 47](#)
62. **Die Gaspreisbremse dürfte den Anstieg des VPI begrenzen.** Wird die Bremse wie von der ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme vorgeschlagen umgesetzt, dürfte bereits der **Rabatt auf die Abschlagszahlung im Dezem-**

[↘ ABBILDUNG 21](#)

Erdgaslieferungen nach Deutschland und Speicherstände



Quellen: Aggregated Gas Storage Inventory (AGSI+), BAFA, Bruegel, Bundesnetzagentur
© Sachverständigenrat | 22-348-04

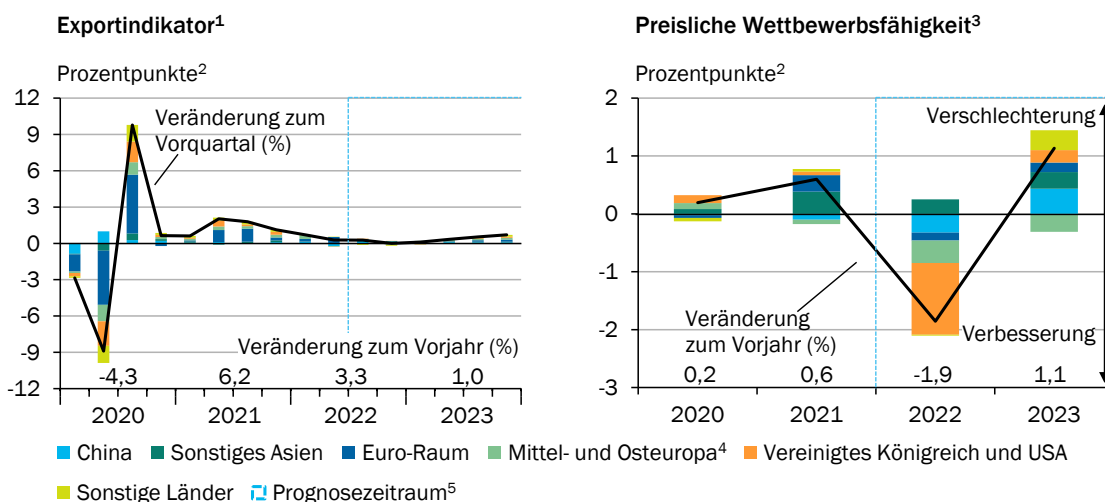
[Daten zur Abbildung](#)

ber 2022 auf Basis der jüngsten Verbrauchsschätzung zu dem aktuellen Preis (ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme, 2022) [↘ ZIFFER 195](#) preiswirksam sein. Dies gilt allerdings nur, wenn die Versorger die Abschlagszahlung im Dezember 2022 um diesen Rabatt reduzieren, da sie vom Staat eine Erstattung bekommen. In diesem Fall könnte die Veränderungsrate des VPI im Dezember 2022 aufgrund der geringeren Ausgaben der Verbraucherinnen und Verbraucher für Erdgas zurückgehen. In welchem Umfang der Rabatt in die ausgewiesene Inflationsrate eingehen wird, ist zum aktuellen Zeitpunkt aber schwer einzuschätzen. In der zweiten Stufe der Bremse soll **ab März 2023** für private Haushalte die Abschlagszahlung monatlich um einen Pauschalbetrag verringert werden, der nicht von dem tatsächlichen Verbrauch im Jahr 2023 abhängig ist. Dieser Betrag errechnet sich als das Produkt aus einer Mengen- und einer Preiskomponente. Die **Mengenkompone**nte (im Vorschlag Kontingent genannt) beträgt **80 % der Verbrauchsschätzung**, die der Abschlagszahlung zugrunde liegt. Die **Preiskomponente** errechnet sich als **die Differenz zwischen dem Vertragspreis und 12 Cent** pro Kilowattstunde (kWh). Infolge dieses Vorschlags dürfte die Gaskomponente des VPI erneut sinken und bis zum Auslaufen der Bremse im Jahr 2024 auf dem verringerten Niveau verbleiben. Die Höhe der Preissenkung hängt vom durchschnittlichen Preis ab, den private Haushalte vor Einführung der Bremse bezahlen. In der Prognose wird unterstellt, dass die Haushalte 20 % einsparen werden, sodass die Gaspreise im VPI bei 12 Cent gedeckelt sind.

- 63. Von der **Auslandsnachfrage** sind im Prognosehorizont nur **geringe Wachstumsimpulse zu erwarten**, da sich die konjunkturellen Aussichten bei den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands ebenfalls verschlechtert haben.

↘ **ABBILDUNG 22**

Voraussichtliche Entwicklung des außenwirtschaftlichen Umfelds



1 – Der Indikator basiert auf der Entwicklung des BIP von 49 Handelspartnern. Die Gewichtung eines Landes ergibt sich aus dem jeweiligen Anteil am deutschen Export. Länderabgrenzung gemäß Tabelle 1. 2 – Beiträge der einzelnen Regionen. 3 – Gegenüber 37 Ländern; eine positive Veränderung zeigt eine verringerte preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte an. Methode und Länderabgrenzung der Deutschen Bundesbank. Prognose des Sachverständigenrates. 4 – Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn. 5 – Prognose des Sachverständigenrates.

Quellen: Deutsche Bundesbank, nationale Statistikämter, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-071-02

[Daten zur Abbildung](#)

↘ ZIFFERN 2 FF. Der Exportindikator, der die wirtschaftliche Entwicklung von 49 wichtigen Handelspartnern Deutschlands abbildet, weist im Prognosehorizont eine schwache Dynamik auf. ↘ ABBILDUNG 22 LINKS Angebotsseitig dürfte allerdings die Entspannung der internationalen Wertschöpfungsketten im Prognosehorizont stützend wirken. ↘ ZIFFER 6 Es ist davon auszugehen, dass die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit in diesem Jahr durch eine Verschlechterung im kommenden Jahr teilweise ausgeglichen wird. ↘ ABBILDUNG 22 RECHTS

64. Der **Arbeitsmarkt** in Deutschland **zeigt sich** trotz der konjunkturellen Eintrübung **robust**. So setzte sich der Beschäftigungsaufbau über die vergangenen Monate fort, und die Arbeitslosenquote befand sich im September auf einem niedrigen Niveau von 5,4 %. ↘ ZIFFER 74 Die stützende Wirkung des Arbeitsmarkts dürfte im Prognosehorizont bestehen bleiben. Steigende Lohnabschlüsse dürften zudem die Kaufkraftverluste der privaten Haushalte teilweise auffangen. ↘ TABELLE 13 ANHANG ↘ ZIFFER 78 Aufgrund eines zu erwartenden Anstiegs des Infektionsgeschehens im Winterhalbjahr 2022/23 ist allerdings mit einem erhöhten Krankenstand zu rechnen. ↘ ZIFFER 73 ↘ PLUSTEXT 2



↘ PLUSTEXT 2

Arbeitsausfälle durch Krankenstand und wirtschaftliche Auswirkungen

Der **Krankenstand** bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern lag laut dem Krankenkassenverband BKK im Jahr 2022 signifikant **über dem der Vorjahre**, wenn auch vorwiegend aufgrund einer starken Grippewelle und nicht aufgrund von Sars-CoV-2. Während der durchschnittliche Anteil der Krankengeschriebenen an allen versicherten Beschäftigten von Januar bis August 2022 bei 5,7 % lag, lag er im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2021 bei 4,3 %. In den Jahren 2011 bis 2019 lag er im Durchschnitt ebenfalls unter 5 %. Im Winter 2022/23 ist mit weiteren Arbeitsausfällen zu rechnen (Corona-ExpertInnenrat, 2022), die das gesamtwirtschaftliche Wachstum vorübergehend dämpfen könnten. So kann während einer temporären Steigerung des Krankenstandes um 2 Prozentpunkte von einem temporären Wertschöpfungsverlust von 1 % ausgegangen werden (Jannsen, 2022). Allerdings dürften Homeoffice-Regelungen in vielen Bereichen dabei helfen, die Ausfälle aufzufangen. Andererseits könnten Krankenstände in anderen Bereichen, wie beispielsweise bei der Kinderbetreuung, größere wirtschaftliche Folgen haben, wenn die Eltern die Betreuung ihrer Kinder übernehmen müssen.

65. Die **fiskalpolitischen Rahmenbedingungen** sind für die Jahre 2022 und 2023 **expansiv** ausgerichtet. ↘ ZIFFERN 80 FF. Zwar dürften einerseits pandemiebedingte Ausgaben auslaufen, andererseits werden staatliche Ausgaben aufgrund der **Entlastungspakete** für Haushalte und Unternehmen ausgeweitet. ↘ ZIFFER 181 Hinzu kommt voraussichtlich eine **Gaspreisbremse** im Rahmen des bis zu 200 Mrd Euro schweren Abwehrschirms (Bundesregierung, 2022b). Ein Großteil der Maßnahmen aus dem dritten Entlastungspaket und dem Abwehrschirm wird erst in den Jahren 2023 und 2024 wirksam werden. Im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr sowie des Klima- und Transformationsfonds ist mit weiteren Ausgaben zu rechnen. ↘ ZIFFER 166

3. Ausblick: Ausgeprägter und anhaltender Abschwung

66. Das BIP-Wachstum in Deutschland dürfte im 4. Quartal 2022 zurückgehen. So deuten die veröffentlichten **Konjunkturindikatoren** auf eine **schwächere Entwicklung** als im 3. Quartal 2022 hin. Insbesondere das Konsumklima befindet sich auf einem historisch niedrigen Stand. Darüber hinaus zeigen Stimmungsindikatoren der Unternehmen wie der Einkaufsmanagerindex und der ifo Geschäftsklimaindex eine deutliche Verschlechterung an. [↘ ABBILDUNG 20 UNTEN LINKS UND UNTEN RECHTS](#) Diese Rückgänge sind branchenübergreifend und vorwiegend auf schlechtere Geschäftserwartungen zurückzuführen. Die Geschäftslage hat sich ebenfalls eingetrübt, wird aber noch etwas besser eingeschätzt als die kommende Entwicklung. Echtzeitindikatoren für die Industrie wie der Stromverbrauch bestätigen das Bild einer konjunkturellen Eintrübung im laufenden Quartal.
67. Die **hohe Inflation** dürfte sich im Prognosehorizont zunehmend negativ auf die privaten Konsumausgaben auswirken. So ist davon auszugehen, dass die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Prognosehorizont weiter fallen werden. Im Jahr 2023 dürften sie um 3,5 % gegenüber dem Jahr 2022 sinken. Insbesondere dürften die Haushalte zunehmend die steigenden Gas- und Strompreise zu spüren bekommen. Die private **Konsumnachfrage** dürfte infolgedessen ab dem 4. Quartal 2022 **rückläufig** sein. Es ist aber zu erwarten, dass der Rückgang des privaten Konsums zumindest teilweise durch eine sinkende Sparquote der Haushalte kompensiert wird. Zudem wird sich der Arbeitsmarkt im Prognosehorizont aller Voraussicht nach als robust erweisen, was das Ausgabeverhalten stützt. [↘ ZIFFER 42](#) [↘ ABBILDUNG 18 RECHTS](#) Die staatlichen Entlastungsmaßnahmen werden vorwiegend Haushalten mit niedrigem Einkommen helfen, die wenig Möglichkeiten haben, ihr Sparverhalten anzupassen. In der zweiten Jahreshälfte 2023 dürften dann ein Rückgang der Inflationsraten und signifikante Lohnerhöhungen stabilisierend wirken. [↘ ZIFFER 78](#)
68. Die **Ausrüstungsinvestitionen** dürften im Prognosehorizont verhalten steigen. So dürften der hohe Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes und sich allmählich entspannende Lieferengpässe dazu führen, dass die Produktion ausgeweitet wird. Es ist überdies davon auszugehen, dass höhere Rüstungsausgaben das Wachstum der staatlichen Ausrüstungsinvestitionen deutlich steigern. Vor dem Hintergrund schlechterer Produktionsbedingungen, erhöhter Unsicherheit und der gesamtwirtschaftlichen Abkühlung dürfte das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen insgesamt gleichwohl etwas gebremst bleiben, obwohl sie noch weit unterhalb ihres vorpandemischen Niveaus liegen. Bei den **Bauinvestitionen** dürften insgesamt die Abwärtskräfte überwiegen, sodass von einem deutlichen Rückgang ausgegangen werden kann. [↘ ZIFFERN 56 UND 57](#)
69. Der Außenhandel dürfte im Prognosehorizont angesichts der nachlassenden Lieferkettenstörungen zunehmen, sich angesichts des schwachen konjunkturellen Ausblicks für die Weltwirtschaft allerdings gedämpft entwickeln. [↘ ZIFFER 2](#) Während die **Exporte** unter dem Druck einer **sich abkühlenden Auslandsnachfrage** stehen, belasten die schwache Binnenwirtschaft und die **Verschlechterung der Terms of Trade** die **Importe**. Im Verlauf des Prognosehorizonts ist

jedoch davon auszugehen, dass viele Exportunternehmen die Kostensteigerungen zunehmend an die ausländischen Kunden weitergeben und dass sich die Preise für Importgüter etwas entspannen. Dadurch dürften sich die Terms of Trade auf Sicht etwas verbessern.

70. Für das **Gesamtjahr 2022** geht der Sachverständigenrat von einer **Wachstumsrate** des preisbereinigten **BIP** von **1,7 %** aus. [TABELLE 3](#) Die Jahresrate im Jahr 2022 ist maßgeblich durch den statistischen Überhang aus dem Jahr 2021 in Höhe von 0,8 % und ein starkes 1. Quartal 2022 geprägt. Zwischen dem 4. Quartal 2022 und dem 1. Quartal 2023 dürfte die Schwäche des Baus und der privaten Konsumausgaben zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität führen. [ABBILDUNG 23 LINKS](#) Erst in der 2. Jahreshälfte 2023 dürfte der Aufwärtstrieb stärker werden. Insgesamt ist **im Jahr 2023 mit einem Rückgang des BIP um 0,2 %** zu rechnen. Dies stellt eine erhebliche Abwärtsrevision der

[TABELLE 3](#)

Wirtschaftliche Eckdaten

	Einheit	2020	2021	2022 ¹	2023 ¹
Bruttoinlandsprodukt^{2,3}	Wachstum in %	- 3,7	2,6	1,7	- 0,2
Konsumausgaben	Wachstum in %	- 3,0	1,4	4,3	- 0,2
Private Konsumausgaben ⁴	Wachstum in %	- 5,7	0,4	4,6	- 0,6
Konsumausgaben des Staates	Wachstum in %	4,0	3,8	3,8	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	Wachstum in %	- 2,3	1,2	0,0	- 0,3
Ausrüstungsinvestitionen ⁵	Wachstum in %	- 11,0	3,5	1,6	2,1
Bauinvestitionen	Wachstum in %	3,9	0,0	- 1,4	- 2,5
Sonstige Anlagen	Wachstum in %	- 3,3	1,0	1,8	2,8
Inländische Verwendung ³	Wachstum in %	- 3,0	1,9	3,5	- 0,1
Außenbeitrag	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	- 0,8	0,8	- 1,6	0,0
Exporte	Wachstum in %	- 9,3	9,7	1,5	1,4
Importe	Wachstum in %	- 8,5	9,0	5,5	1,5
Leistungsbilanzsaldo⁶	%	7,0	7,4	3,9	4,2
Erwerbstätige	Tausend	44 915	44 980	45 530	45 619
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Tausend	33 579	33 897	34 465	34 601
Registriert Arbeitslose	Tausend	2 695	2 613	2 422	2 498
Arbeitslosenquote⁷	%	5,9	5,7	5,3	5,4
Verbraucherpreise⁸	Wachstum in %	0,5	3,1	8,0	7,4
Finanzierungssaldo des Staates⁹	%	- 4,3	- 3,7	- 2,3	- 2,8
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner^{10,11}	Wachstum in %	- 3,8	2,6	1,7	- 0,2
Bruttoinlandsprodukt, kalenderbereinigt¹¹	Wachstum in %	- 4,1	2,6	1,8	0,0

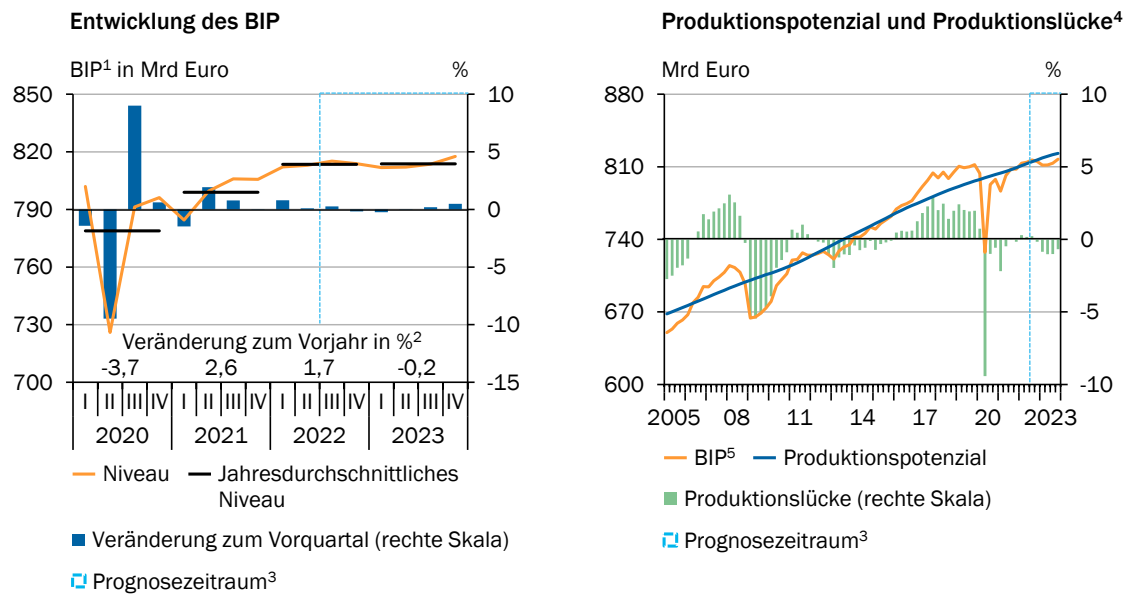
1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Preisbereinigt. Veränderung zum Vorjahr. Gilt zudem für alle angegebenen Bestandteile des BIP. 3 – Da die verwendungsseitige Zusammensetzung der Revisionen des BIP im 1. Halbjahr 2022 noch aussteht, wird unterstellt, dass es sich um eine Anpassung der Vorratsveränderungen handelt. 4 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 5 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 6 – In Relation zum BIP. 7 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 8 – Veränderung zum Vorjahr. 9 – Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum BIP. 10 – Bevölkerungsentwicklung gemäß Mittelfristprojektion des Sachverständigenrates. 11 – Preisbereinigt. Veränderung zum Vorjahr.

Quellen: BA, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-032-02

[Daten zur Tabelle](#)

▸ **ABBILDUNG 23**

Voraussichtliche Entwicklung in Deutschland



1 – Verkettete Volumenwerte, Referenzjahr 2015. Saison- und kalenderbereinigt. 2 – Ursprungswerte. 3 – Prognose des Sachverständigenrates. 4 – Eigene Berechnungen. 5 – Reale saisonbereinigte Werte.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-027-02

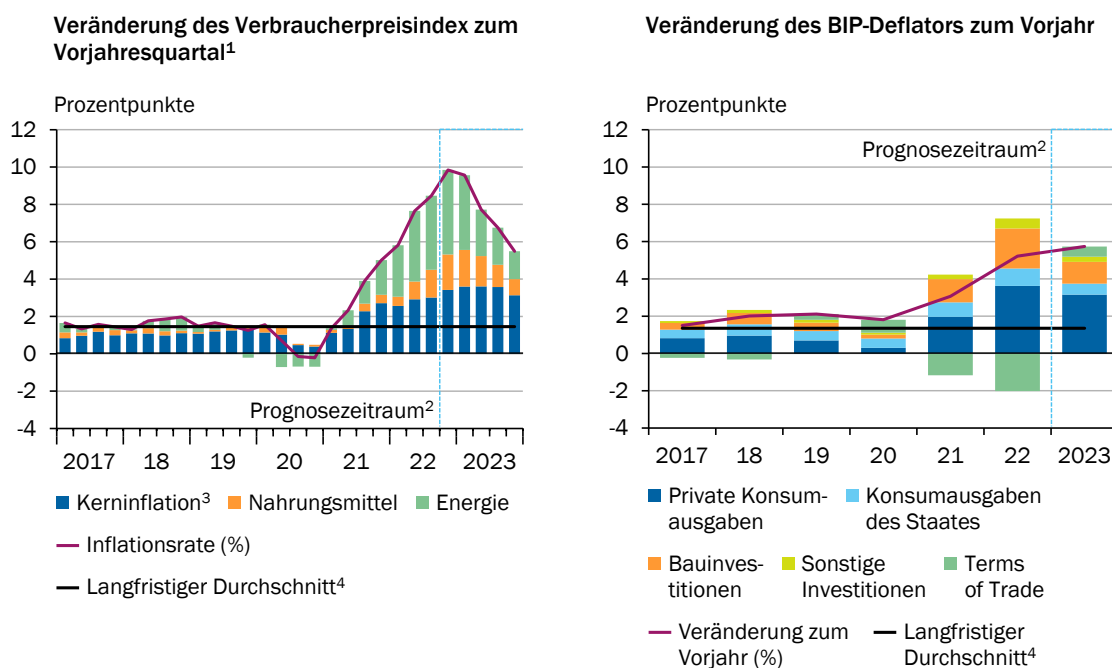
[Daten zur Abbildung](#)

im Frühjahr erwarteten Wachstumsraten von 1,8 % und 3,6 % in den Jahren 2022 und 2023 dar (Konjunkturprognose 2022 Ziffer 61). ▸ **KASTEN 3** Die Kalendereffekte sind sowohl in den Jahren 2022 als auch 2023 negativ. ▸ **TABELLE 10 ANHANG** Angesichts des gesamtwirtschaftlichen Abschwungs dürfte das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal um –0,2 % vom Produktionspotenzial abweichen. Anschließend dürfte sich die **Produktionslücke** bis zum 3. Quartal 2023 kontinuierlich auf –1,0 % vergrößern. ▸ **ZIFFER 84** ▸ **ABBILDUNG 23 RECHTS**

- 71. Die Verbraucherpreisinflation** in Deutschland dürfte im Prognosehorizont **hoch bleiben**. Dies liegt im Wesentlichen an den Preissteigerungen bei Strom und Erdgas, die im Winterhalbjahr 2022/23 in zunehmendem Maß bei den Verbrauchern ankommen werden. ▸ **ABBILDUNG 24** **Für das Gesamtjahr 2022** rechnet der Sachverständigenrat mit einer **Steigerung des VPI um 8,0 %**. Im Jahr 2023 ist von einer etwas geringeren Aufwärtsdynamik auszugehen, unter anderem aufgrund des erwarteten schwächeren Ölpreises und der Gaspreisbremse der Bundesregierung. Der Sachverständigenrat prognostiziert **für das Jahr 2023** eine **Inflationsrate von 7,4 %**. Allerdings wird die **Kerninflation** aufgrund der Weitergabe der Produktionskosten an die Verbraucherinnen und Verbraucher und eines signifikanten Lohnwachstums sukzessive an **Bedeutung gewinnen**. Zum Ende des Prognosehorizonts dürften sich geringere Importpreissteigerungen in einer abnehmenden Kernrate widerspiegeln.

ABBILDUNG 24

Inflation bleibt im Prognosezeitraum erhöht



1 – Basierend auf saison- und kalenderbereinigten Daten. 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie. 4 – Durchschnitt über den Zeitraum von 1999 bis 2021.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-048-07

[Daten zur Abbildung](#)

KASTEN 3

Zur Anpassung der Prognose für das Jahr 2022

Der Sachverständigenrat erwartet für das laufende Jahr ein Wachstum des preisbereinigten BIP um 1,7 %. Hieraus ergibt sich gegenüber der Frühjahrsprognose eine leichte **Abwärtskorrektur um 0,1 Prozentpunkte**. [TABELLE 4](#) Einerseits entwickelte sich das 1. Halbjahr 2022 infolge des Auftriebs der privaten Konsumausgaben deutlich **besser als im Frühjahr erwartet**. Während im Frühjahr mit einem Rückgang des BIP im 1. Halbjahr um 1,1 % gerechnet wurde, wuchs es tatsächlich um 0,8 %. Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts vom 28.10.2022 ist das BIP im 3. Quartal 2022 um 0,3 % gewachsen. Im Frühjahr wurde noch mit einem Wachstum von 2,4 % gerechnet. Die direkten und indirekten Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie der durch die hohe Inflation verursachte Kaufkraftverlust haben sich langsamer als noch im Frühjahr erwartet auf die deutsche Volkswirtschaft ausgewirkt. Zudem hat sich das außenwirtschaftliche Umfeld stark eingetrübt. Dementsprechend wird in der vorliegenden Prognose eine deutliche **Verschlechterung der konjunkturellen Aussichten für das 2. Halbjahr 2022** im Vergleich zur Prognose vom März 2022 erwartet. Hinzu kommt, dass das reale BIP im Zuge der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Juli 2022 für das Jahr 2021 nach unten revidiert wurde, wodurch sich der statistische Überhang des Jahres 2021 um 0,3 Prozentpunkte verkleinerte.

Verwendungsseitig geht die **Revision der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate im Gesamtjahr 2022** vor allem auf den Außenbeitrag zurück. Dieser verringerte sich einerseits durch eine schwächer als erwartete Entwicklung der Exporte, was zum Teil durch die anhaltenden Lieferengpässe zu erklären ist. Die Importe erhöhten sich dagegen stärker als erwartet, zum

großen Teil durch eine Normalisierung des Reiseverkehrs. Die hohe wirtschaftliche Unsicherheit belastet zudem die Investitionen der Unternehmen. Demgegenüber dürften sich die privaten und insbesondere die staatlichen Konsumausgaben besser entwickeln, als es im März erwartet wurde.

↘ TABELLE 4

Vergleich der Frühjahrs- und Herbstprognose für das Jahr 2022

	Prognose des Sachverständigenrates					
	März 2022		JG 2022		Differenz	
	Veränderung zum Vorjahr ¹	Wachstumsbeitrag ²	Veränderung zum Vorjahr ¹	Wachstumsbeitrag ²	Veränderung zum Vorjahr ³	Wachstumsbeitrag ²
Bruttoinlandsprodukt⁴	1,8	x	1,7	x	- 0,1	x
Inländische Verwendung ⁴	2,3	2,2	3,5	3,3	1,2	1,1
Konsumausgaben	2,7	2,0	4,3	3,1	1,6	1,1
Private Konsumausgaben ⁵	3,2	1,6	4,6	2,2	1,3	0,6
Konsumausgaben des Staates	1,6	0,4	3,8	0,8	2,2	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	1,8	0,4	0,0	0,0	- 1,7	- 0,4
Ausrüstungsinvestitionen ⁶	0,6	0,0	1,6	0,1	1,0	0,1
Bauinvestitionen	1,7	0,2	- 1,4	- 0,2	- 3,1	- 0,4
Sonstige Anlagen	3,9	0,2	1,8	0,1	- 2,2	- 0,1
Vorratsveränderungen ⁴	x	- 0,2	x	0,2	x	0,4
Außenbeitrag	x	- 0,4	x	- 1,6	x	- 1,2
Exporte	2,8	1,3	1,5	0,7	- 1,3	- 0,6
Importe	4,0	- 1,7	5,5	- 2,3	1,4	- 0,6

1 – Preisbereinigt. In %. 2 – Wachstumsbeiträge zum preisbereinigten BIP. In Prozentpunkten; Abweichungen in den Differenzen rundungsbedingt. 3 – In Prozentpunkten. 4 – Da die verwendungsseitige Zusammensetzung der Revisionen des BIP im 1. Halbjahr 2022 noch aussteht, wird unterstellt, dass es sich um eine Anpassung der Vorratsveränderungen handelt. 5 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 6 – Einschließlich militärischer Waffensysteme.

Quelle: eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-326-01

[Daten zur Tabelle](#)

4. Arbeitsmarktdynamik lässt nach

72. Der Arbeitsmarkt erholt sich seit Anfang des Jahres 2022 weiter von der Corona-Krise, doch zuletzt mit reduziertem Tempo. So stieg die **Erwerbstätigkeit** zwischen Januar und Juli dieses Jahres um rund 243 000 Personen (+0,5 %) und hat damit das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Der Beschäftigungszuwachs ist insbesondere auf die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** zurückzuführen. Diese stieg von Januar bis Juli 2022 um rund 216 000 Personen (+0,6 %), während die Anzahl ausschließlich **geringfügig Beschäftigter** um rund 21 000 Personen (0,5 %) anstieg. Der seit dem Jahr 2011 bestehende Abwärtstrend bei der Selbständigkeit setzte sich im 1. und 2. Quartal 2022 weiter fort. ↘ TABELLE 5

73. Wegen der deutlichen Zunahme der Erwerbstätigkeit und des Rückgangs der Kurzarbeit stiegen die **Erwerbstätigenstunden** im 2. Quartal 2022 gegenüber dem Vorjahresquartal an. Das Arbeitsvolumen erreichte aber nicht das Vorkrisenniveau des 4. Quartals 2019. Ein erhöhter Krankenstand und der Anstieg der Teilzeitarbeit führten zu einem Rückgang der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen im 2. Quartal 2022 gegenüber dem Vorjahresquartal. [↪ PLUSTEXT 2](#)

Einer Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit (BA) zufolge ist die Zahl der Beschäftigten, die **Kurzarbeit** in Anspruch nahmen, von Februar bis Juli 2022 gesunken und lag im Juli 2022 bei rund 99 000 Personen. Die Anzeigen für Kurz-

↪ TABELLE 5

Arbeitsmarkt in Deutschland
Tausend Personen

	2020	2021	2022 ¹	2023 ¹	2022 ¹	2023 ¹
	Jahreswert				Veränderung zum Vorjahr in %	
Erwerbspersonenpotenzial ²	47 510	47 389	47 808	47 984	0,9	0,4
Erwerbspersonen ³	46 372	46 402	46 742	46 979	0,7	0,5
Erwerbslose ⁴	1 551	1 536	1 349	1 499	- 12,2	11,1
Pendlersaldo ⁵	94	114	137	139	20,1	1,7
Erwerbstätige ⁶	44 915	44 980	45 530	45 619	1,2	0,2
Selbständige	4 056	3 958	3 911	3 897	- 1,2	- 0,3
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	40 859	41 022	41 620	41 722	1,5	0,2
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33 579	33 897	34 465	34 601	1,7	0,4
Marginal Beschäftigte ⁷	4 853	4 694	4 711	4 647	0,4	- 1,4
Geringfügig entlohnt Beschäftigte insgesamt ⁸	7 179	7 090	7 141	7 053	0,7	- 1,2
Ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte	4 290	4 101	4 104	4 042	0,1	- 1,5
Im Nebenerwerb geringf. entlohnt Beschäftigte	2 890	2 990	3 037	3 011	1,6	- 0,9
Registriert Arbeitslose	2 695	2 613	2 422	2 498	- 7,3	3,1
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) ⁹	3 488	3 368	3 219	3 256	- 4,4	1,1
Kurzarbeit (Beschäftigungsäquivalent)	1 217	886	385	294	- 56,6	- 23,5
Arbeitsvolumen (Mio Stunden) ¹⁰	59 249	60 281	61 365	61 407	1,8	0,1
Arbeitslosenquote ^{11,12}	5,9	5,7	5,3	5,4	- 0,4	0,2
ILO-Erwerbslosenquote ^{12,13}	3,6	3,6	3,1	3,4	- 0,5	0,3

1 – Prognose des Sachverständigenrates, außer Erwerbspersonenpotenzial (Quelle: IAB). 2 – Erwerbspersonen und Stille Reserve gemäß Definition des IAB. 3 – Erwerbslose und Erwerbstätige im erwerbsfähigen Alter mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept); in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. 4 – Nach dem Messkonzept der International Labour Organization (ILO). 5 – Erwerbstätige Einpendlerinnen und -pendler aus dem Ausland/Auspendlerinnen und -pendler in das Ausland. 6 – Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Deutschland unabhängig von ihrem Wohnort (Inlandskonzept). 7 – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, aber nach dem Labour-Force-Konzept der ILO als erwerbstätig gelten, insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Personen in Arbeitsgelegenheiten. 8 – Beschäftigte mit einem monatlichen Arbeitsentgelt bis zu 450 Euro (§ 8 Absatz 1 Nr. 1 SGB IV) und ab dem 1. Oktober 2022 mit einem Arbeitsentgelt bis zu 520 Euro (Bundesregierung, 2022). 9 – Gemäß Unterbeschäftigungskonzept der BA. 10 – Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland). 11 – Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 12 – Jahresdurchschnitte in %; Veränderung zum Vorjahr in Prozentpunkten. 13 – Erwerbslose in Relation zu den zivilen Erwerbspersonen, jeweils Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Quellen: BA, IAB, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-033-02

Daten zur Tabelle

arbeit, die aktuell bis September 2022 vorliegen, sind weiter rückläufig. Zuletzt wurde mit der Verordnung zur Änderung der Kurzarbeitergeldverordnung vom 15. September 2022 der erleichterte Zugang zum Kurzarbeitergeld (KuG) um weitere drei Monate **bis zum Jahresende 2022 verlängert**. Mit der Verordnung vom 28. September 2022 wurde zudem beschlossen, dass Leiharbeiterinnen und -arbeiter befristet wieder KuG erhalten können.

74. Die positive Entwicklung der Anzahl der Erwerbstätigen spiegelt sich bis Mai 2022 im Rückgang der Anzahl der Arbeitslosen wider. Durch die erstmalige Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine in die Grundsicherung (Rechtskreis SGB II) [↪ KASTEN 21](#) stieg die saisonbereinigte **Arbeitslosigkeit** im Juni 2022 gegenüber dem Vormonat allerdings sprunghaft an, um rund 133 000 Personen auf 2,4 Millionen und zuletzt erneut im September auf rund 2,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote lag im Juni 2022 bei 5,3 % und ist im September 2022 auf 5,4 % angestiegen. Die Anzahl an Arbeitslosen mit Bezug von Arbeitslosengeld I (Rechtskreis SGB III) ist im September 2022 gegenüber Juni 2022 allerdings um rund 5 000 Personen zurückgegangen (–0,6 %).
75. Verschiedene **Frühindikatoren** lassen trotz der konjunkturellen Abkühlung eine stabile Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erwarten. Das ifo Beschäftigungsbarometer deutet im September 2022 trotz eines Rückgangs weiterhin auf einen Personalbedarf und eine positive Einstellungsbereitschaft im Dienstleistungsbereich hin. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) verschlechterte sich ebenfalls leicht, verbleibt aber auf hohem Niveau. Gleichzeitig ist die Anzahl der **gemeldeten Arbeitsstellen** deutlich angestiegen. Im September waren der BA rund 840 000 Vakanzen gemeldet, knapp 71 000 mehr (+9,3 %) als im Vorjahresmonat, aber rund 11 000 weniger als noch im August. Die Arbeitskräftenachfrage hat ihren Höhepunkt im Mai 2022 (rund 871 000 Vakanzen) somit überschritten. Der Anstieg der gemeldeten Arbeitsstellen erstreckt sich auf alle Bereiche. Der größte Teil des Zuwachses entfällt auf die freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, das verarbeitende Gewerbe und das Gesundheits- und Sozialwesen.
76. Die durchschnittliche Vakanzzeit ist im September 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat auf rund 154 Tage angestiegen (+36 Tage). Dies deutet auf eine **erschwerte Stellenbesetzung** und Arbeitskräfteengpässe hin, die die wirtschaftliche Erholung dämpfen dürften. Im Krisenjahr 2020 kam es bereits zu einer **Verschiebung der Beschäftigungsstruktur**, die insbesondere in Gastgewerbe- und Fertigungsberufen mit Arbeitskräfteengpässen einhergeht und zum Anstieg der Vakanzzeiten beigetragen haben könnte. [↪ KASTEN 4](#) Am aktuellen Rand deutet das ifo Beschäftigungsbarometer darauf hin, dass die Arbeitskräftenachfrage beziehungsweise die Einstellungsbereitschaft in den nächsten Monaten abnehmen dürfte.

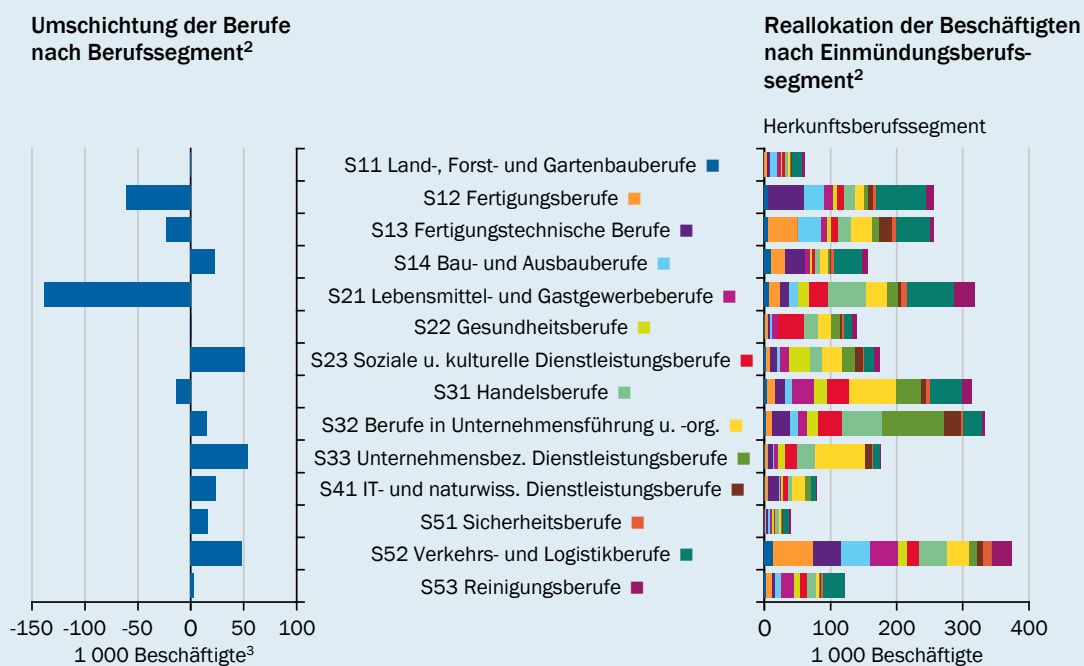
▸ KASTEN 4

Beschäftigungsflüsse im Jahr 2020

Während der Corona-Krise zeigte sich der Arbeitsmarkt, insbesondere aufgrund der konjunkturellen Kurzarbeit, robust (JG 2020 Ziffern 76 ff. und 208 ff.). Gleichzeitig stieg die **Arbeitskräftemobilität** zwischen Wirtschaftsbereichen im Zeitvergleich an, wobei der stärkste Beschäftigungsrückgang im Gastgewerbe festgestellt werden konnte (Garnadt et al., 2021; JG 2021 Ziffer 414). Im Jahr 2020 haben sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Vergleich zu anderen Berufssegmenten vor allem die von der Krise besonders stark betroffenen Bereiche, wie die Verkehrs- und Logistikberufe (mit knapp –373 000) sowie die Lebensmittel- und Gastgewerbeberufe (mit rund –318 000), verlassen. Dabei stieg insbesondere im Gastgewerbe und im Bereich Verkehr und Lagerei die Zahl der Übergänge von Beschäftigung in Arbeitslosigkeit mit jeweils knapp 18 % und 11 % gegenüber dem Vorjahr an (JG 2021 Ziffer 278). ▸ TABELLE 14 ANHANG Die Verkehrs- und Logistikberufe haben im Jahr 2020 im Vergleich zu anderen Berufssegmenten zugleich einen hohen Zugang an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verzeichnet. Das gleiche gilt für unternehmensbezogene Dienstleistungsberufe, Handelsberufe und soziale und kulturelle Dienstleistungsberufe.

▸ ABBILDUNG 25

Berufliche Mobilität von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland im Jahr 2020¹



1 – Beschäftigte mit einer sozialversicherungspflichtigen Vorbeschäftigung. 2 – Wechsel in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, wobei das Herkunftsberufssegment nicht dem Einmündungsberufssegment entspricht. Berufssegmente gemäß der Klassifikation der Berufe (KldB), Ausgabe 2010. 3 – Saldo von Beschäftigten in neu begonnenen Beschäftigungsverhältnissen nach Berufssegment (Mover-In) zu Beschäftigten, die ihr Berufssegment verlassen haben (Mover-Out).

Quelle: BA

© Sachverständigenrat | 22-312-03

[Daten zur Abbildung](#)

Dies deutet auf eine **Verschiebung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** hin, aus den Lebensmittel- und Gastgewerbeberufen und den Fertigungsberufen – die im Zuge der Corona-Krise besonders durch die gesundheitspolitischen Einschränkungen betroffen waren – hin zu unternehmensbezogenen, sozialen und kulturellen Dienstleistungsberufen und Verkehrs- und Logistikberufen. ▸ ABBILDUNG 25 LINKS Innerhalb des Berufssegments Lebensmittel-

und Gastgewerbeberufe ist dies insbesondere auf die Gastgewerbeberufe zurückzuführen (Bolin et al., 2022).

Die Arbeitskräftemobilität kann zudem Aufschluss über die **berufliche Neuorientierung** geben. So wechselten im Jahr 2020 Beschäftigte aus den Lebensmittel- und Gastgewerbeberufen, die diese Berufe verließen (rund 318 000), hauptsächlich in Verkehrs- und Logistikberufe (23 %) sowie in Handelsberufe (18 %). [↘ ABBILDUNG 25 RECHTS](#) Für Beschäftigte, die die Fertigungsberufe verließen (knapp 256 000), waren insbesondere Verkehrs- und Logistikberufe sowie fertigungstechnische Berufe die Zielberufe (30 % und 21 %).

77. Der Beschäftigungsaufbau dürfte nicht zuletzt aufgrund der Unsicherheit im Energiesektor und dem bevorstehenden Rückgang der Wirtschaftsleistung nachlassen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte verlangsamt steigen. Die geringfügige Beschäftigung dürfte im laufenden Jahr zunächst zunehmen, nachdem der jahrelange Rückgang in der Corona-Krise noch verstärkt wurde, im Jahr 2023 aber erneut zurückgehen. Die **Erwerbstätigkeit** dürfte dennoch **gegen Ende des Prognosezeitraums** ihren **Höchststand erreichen**. Im Jahr 2022 erwartet der Sachverständigenrat, dass diese gegenüber dem Vorjahr um 550 000 ansteigt, im Jahr 2023 allerdings nur um 89 000 Personen. Die Anzahl der Arbeitslosen dürfte im laufenden Jahr um 191 000 Personen zurückgehen und im nächsten Jahr um 76 000 Personen steigen. Die Arbeitslosenquote dürfte von 5,7 % im Jahr 2021 auf 5,3 % im Jahr 2022 sinken und im Jahr 2023 auf 5,4 % ansteigen. [↘ TABELLE 5](#)
78. Im Jahr 2021 kam es zu einem weniger starken Anstieg der Effektivlöhne (+1,8 %) als im Jahr 2020 (+3,3 %). In den Jahren 2022 und 2023 dürfte die **Entwicklung der Löhne dynamisch** verlaufen, **aber hinter** den gestiegenen **Verbraucherpreisen** zurückbleiben. So sind die Tarifverdienste aufgrund von hohen Einmal- und Sonderzahlungen im 1. Quartal 2022 um rund 3,9 % angestiegen. [↘ PLUSTEXT 4](#) [↘ TABELLE 12 ANHANG](#) Im 2. Quartal 2022 betrug der Anstieg lediglich 1,2 %. Im Vorjahreszeitraum lag das Wachstum auf ähnlich hohem Niveau. Die zunehmende Inflation, die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ab Oktober 2022 und die Arbeitskräfteengpässe dürften positiv auf die Lohndynamik wirken. Für das Jahr 2022 stehen die Tariflöhne aufgrund der abgeschlossenen Tarifverhandlungen weitestgehend fest. [↘ TABELLEN 12 ANHANG UND 13 ANHANG](#) Höhere Lohnforderungen aufgrund steigender Verbraucherpreise und Arbeitskräfteengpässen dürften erst zum Ende des Prognosezeitraums das Lohnwachstum prägen. [↘ TABELLE 13 ANHANG](#)

5. Öffentliche Finanzen durch starken Anstieg nominaler Größen getrieben

79. Für das Jahr **2022** rechnet der Sachverständigenrat mit einem **gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit** von 90,1 Mrd Euro (2,3 % in Relation zum BIP). [↘ TABELLE 6](#) Im Prognosehorizont dürfte das Defizit steigen und im Jahr 2023 115,4 Mrd Euro betragen (2,8 % in Relation zum BIP). Der **strukturelle Finanzierungssaldo** [↘ GLOSSAR](#) dürfte im Jahr 2022 nach Schätzung des Sachver-

ständigensrates $-2,2\%$ des BIP betragen. [↘ TABELLE 6](#) Dieses strukturelle **Defizit** dürfte im Jahr **2023 etwa gleichbleiben** und ebenfalls $-2,2\%$ des BIP betragen.

80. Vor dem Hintergrund des stark wachsenden nominalen BIP erwartet der Sachverständigenrat für das Jahr 2022 eine **Schuldenstandsquote** in Höhe von $68,0\%$ des BIP. [↘ TABELLE 6](#) Im Jahr **2023** dürfte sie **nahezu unverändert** bei $68,1\%$ des BIP liegen.
81. Die **pandemiebedingten fiskalpolitischen Maßnahmen** dürften im Jahr **2022** weiter **zurückgehen**. Das betrifft wegen des Auslaufens der Unternehmenshilfen insbesondere die Subventionen und den Staatskonsum, bei dem die Vorleistungen, etwa für die Impfzentren, sinken. **Dem stehen Mehrausgaben** für Vorleistungen aufgrund von Energiepreissteigerungen und für Flüchtlinge aus der Ukraine **gegenüber**. Hinzu kommen weitere kriegs- und inflationsbedingte Ausgaben, insbesondere **in den Entlastungspaketen**, wie etwa für die Energiepreispauschalen, den Tankrabatt oder das Neun-Euro-Ticket. [↘ ZIFFER 181](#)

Die Bundesregierung hat beschlossen, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) mit Kreditermächtigungen in Höhe von 200 Mrd Euro zur Abfederung der Energiekosten auszustatten. [↘ ZIFFER 167](#) Die ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme hat Vorschläge unterbreitet, wie ein Teil dieser Mittel zur Entlastung erdgasbezogener Haushalte und Unternehmen genutzt werden kann. Der Sachverständigenrat geht in der Prognose für die öffentlichen Finanzen davon aus, dass die Vorschläge entsprechend umgesetzt werden. [↘ ZIFFER 195](#) Darüber hinaus werden jedoch, wie in den vergangenen Jahren, nur bereits beschlossene Maßnahmen berücksichtigt. Daher ist beispielsweise der Abbau der kalten Progression noch nicht berücksichtigt. [↘ ZIFFER 181](#) Die **zusätzlichen öffentlichen Ausgaben** durch den **WSF für das Jahr 2022** dürften noch **begrenzt** bleiben.

82. **Größere Ausgabensteigerungen** sind **im Jahr 2023** zu erwarten, wenn der Hauptteil der Gaspreispbremse wirken soll. Hinzu kommt, dass weitere große Teile der Maßnahmen der Entlastungspakete erst im Jahr 2023 wirksam werden. [↘ ZIFFER 181](#) Weitere Ausgaben kommen aus den übrigen Sondervermögen, insbesondere aus dem Sondervermögen Bundeswehr und dem Klima- und Transformationsfonds. [↘ ZIFFERN 166 FF.](#) Einen ausgabensenkenden Effekt dürfte der weitere Rückgang der pandemiebedingten Ausgaben haben.
83. Die **Einnahmeseite** ist im gesamten Prognosezeitraum getrieben **durch das inflationsbedingt starke nominale Wachstum**, wodurch die Steuereinnahmen, insbesondere bei der Umsatzsteuer, stark steigen dürften. [↘ ZIFFER 172](#) Bei den Sozialversicherungen ist für das Jahr 2023 aufgrund der Beitragssatzerhöhung in der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem deutlichen Anstieg der Einnahmen zu rechnen.

▽ TABELLE 6

Einnahmen und Ausgaben des Staates¹ sowie finanzpolitische Kennziffern

	2021	2022 ²	2023 ²	2022 ²	2023 ²
	Mrd Euro			Veränderung zum Vorjahr in %	
Einnahmen	1 711,7	1 800,8	1 901,1	5,2	5,6
Steuern	877,8	934,3	986,7	6,4	5,6
Sozialbeiträge	633,7	662,5	702,0	4,5	6,0
sonstige Einnahmen ³	200,3	204,0	212,3	1,9	4,1
Ausgaben	1 846,0	1 890,9	2 016,4	2,4	6,6
Vorleistungen	227,2	243,5	250,0	7,2	2,7
Arbeitnehmerentgelte	294,4	306,4	319,9	4,1	4,4
geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	20,8	24,8	30,8	19,2	24,3
Subventionen	111,6	60,2	110,5	- 46,1	83,6
monetäre Sozialleistungen	610,9	636,9	656,5	4,3	3,1
soziale Sachleistungen	330,0	361,5	373,2	9,5	3,2
Bruttoinvestitionen	93,4	105,9	113,8	13,4	7,4
sonstige Ausgaben ⁴	157,7	151,8	161,8	- 3,7	6,6
Finanzierungssaldo	- 134,3	- 90,1	- 115,4	x	x
Finanzpolitische Kennziffern (%)⁵					
Staatsquote ⁶	51,3	49,1	49,6	x	x
Staatskonsumquote	22,1	22,3	17,2	x	x
Sozialbeitragsquote ⁷	16,4	16,1	16,1	x	x
Steuerquote ⁸	24,8	24,7	24,7	x	x
Abgabenquote ⁹	41,2	40,7	40,8	x	x
Finanzierungssaldo	- 3,7	- 2,3	- 2,8	x	x
struktureller Finanzierungssaldo ¹⁰	- 3,3	- 2,2	- 2,2	x	x
Schuldenstandsquote ¹¹	68,7	68,0	68,1	x	x
Zins-Steuer-Quote ¹²	2,3	2,6	3,1	x	x

1 – In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nominale Angaben). 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Verkäufe, empfangene sonstige Subventionen, empfangene Vermögenseinkommen, sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers. 4 – Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, geleistete sonstige Produktionsabgaben sowie Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. 5 – Jeweils in Relation zum BIP. 6 – Gesamtstaatliche Ausgaben. 7 – Sozialbeiträge, ohne unterstellte Sozialbeiträge. 8 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer und Steuern an die EU. 9 – Steuern einschließlich Erbschaftsteuer, Steuern an die EU und tatsächliche Sozialbeiträge. 10 – Um konjunkturelle Einflüsse und transitorische Effekte bereinigter Finanzierungssaldo. 11 – Bruttoschulden des Staates in der Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. 12 – Zinsausgaben in Relation zu den Steuern einschließlich Erbschaftsteuer.

Quellen: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
 © Sachverständigenrat | 22-034-02

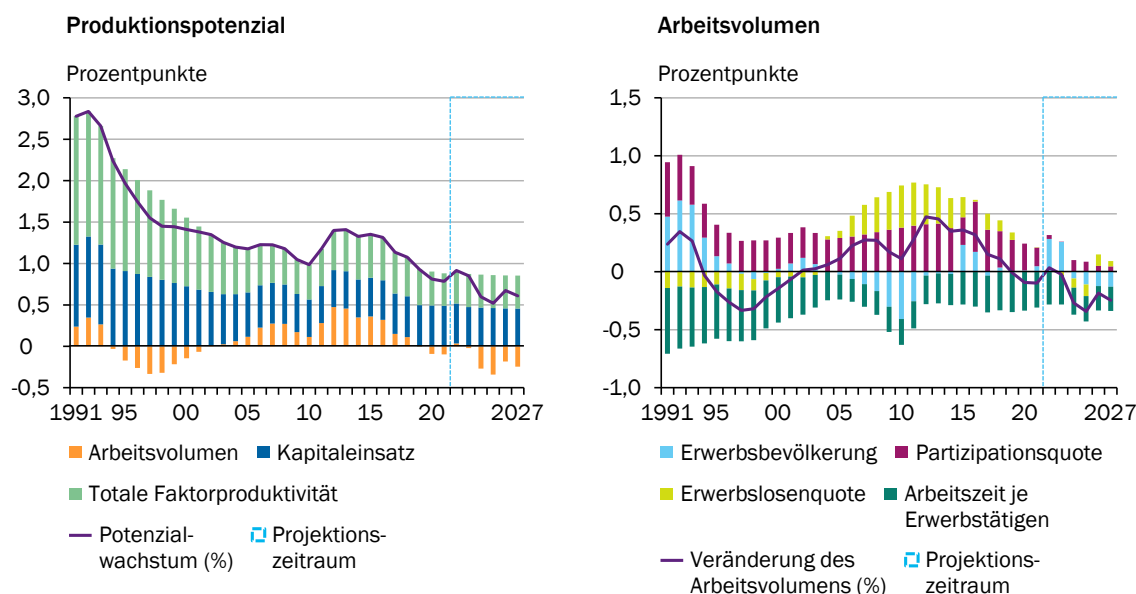
Daten zur Tabelle

6. Mittelfristprojektion: Potenzialwachstum rückläufig

84. Der Sachverständigenrat veröffentlicht jährlich eine Mittelfristprojektion für das deutsche Produktionspotenzial. Mithilfe eines **Produktionsfunktionsverfahrens**, das an das Verfahren der EU angelehnt ist (Havik et al., 2014), wird das deutsche Produktionspotenzial auf Basis der mittelfristigen Entwicklung der **Faktoren Arbeit, Kapital und Totaler Faktorproduktivität (TFP)** [▷ GLOSSAR](#) für die kommenden fünf Jahre geschätzt (Breuer und Elstner, 2020). Die Corona-Pandemie hat das Potenzial mittel- bis langfristig kaum verringert. [▷ ABBILDUNG 26 LINKS](#) Die **hohen Energiepreise** dürften sich hingegen mittelfristig **negativ auf das Potenzial auswirken**. In den Jahren 2022 und 2023 dürfte der Faktor Arbeit infolge des großen Zustroms von ukrainischen Geflüchteten leicht positiv auf das Produktionspotenzial wirken, mittelfristig trägt die demografische Entwicklung jedoch zur Reduktion des Potenzials bei. [▷ ABBILDUNG 26 RECHTS](#) Die Unsicherheit über die mittelfristige Entwicklung ist derzeit hoch.
85. Der Sachverständigenrat schätzt, dass das jährliche Wachstum des Produktionspotenzials in den Jahren von 2021 bis 2027 durchschnittlich 0,7 % betragen wird. [▷ TABELLE 7](#) Sowohl das **Kapitalstockwachstum** als auch das Wachstum des **So-low-Residuums** werden mit 1,6 % und 0,4 % gegenüber der Schätzung aus dem Jahresgutachten 2021/22 nur leicht nach unten revidiert (JG 2021 Ziffer 90). Stärkere Revisionen gegenüber der Vorjahresschätzung gab es beim Faktor Arbeit. Alle Revisionen sind in einer statistisch erwartbaren Größenordnung und lassen für sich genommen nicht auf eine grundsätzliche Verschlechterung der Wachstumsaussichten schließen. [▷ KASTEN 5](#) Aufgrund der anhaltenden Spann-

[▷ ABBILDUNG 26](#)

Wachstumsbeiträge der Komponenten des Produktionspotenzials¹



1 – Berechnungen des Sachverständigenrates.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-329-01

[Daten zur Abbildung](#)

TABELLE 7

Produktionspotenzial und seine Bestimmungsfaktoren¹Jahresdurchschnittliche Veränderung in %²

	1995 bis 2021				2021 bis 2027	
	tatsächlich		potenziell			
Bruttoinlandsprodukt³	1,2		1,3		0,7	
Kapitaleinsatz	1,7	(0,6)	1,7	(0,6)	1,4	(0,5)
Totale Faktorproduktivität	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,4	(0,4)
Arbeitsvolumen	0,1	(0,1)	0,1	(0,1)	- 0,3	(- 0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	(0,0)	0,0	(0,0)	0,0	(0,0)
Partizipationsquote	0,5	(0,3)	0,5	(0,3)	0,1	(0,1)
Erwerbslosenquote ⁴	0,2	(0,1)	0,2	(0,1)	0,0	(0,0)
durchschnittliche Arbeitszeit	- 0,5	(- 0,3)	- 0,5	(- 0,3)	- 0,4	(- 0,2)
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ³	1,1		1,2		0,6	

1 – Berechnungen des Sachverständigenrates. Abweichungen in den Summen rundungsbedingt. 2 – In Klammern: Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten. 3 – Preisbereinigt. 4 – Eins minus Erwerbslosenquote.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-327-01

[Daten zur Tabelle](#)

gen auf den Energie- und Rohstoffmärkten ist jedoch insbesondere das **künftige Kapitalstockwachstum fundamental unsicher**. Dovern und Zuber (2020) zeigen, dass der Kapitalstock nach der Finanzkrise erst um ein Jahr verzögert revidiert wurde. In der aktuellen Situation könnten die hohen Energiepreise die Wettbewerbsfähigkeit von Teilen der besonders energieintensiven Industriezweige gefährden. [ZIFFERN 327 FF.](#) Die Wirtschaftsbereiche, die sich mit der Herstellung von chemischen Erzeugnissen, Metallherzeugung und -bearbeitung, Kokelei und Mineralölverarbeitung, der Herstellung von Glas, Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden sowie der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus befassen, hatten im Jahr 2020 einen Anteil von 1,7 % am preisbereinigten Bruttoanlagevermögen, wobei der Anteil an Ausrüstungen und sonstigen Anlagen mit 5,9 % und 8,2 % überproportional hoch ist.

86. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen schätzt, dass bis Ende Oktober 2022 knapp 8 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer in europäische Staaten geflüchtet sind (UNHCR, 2022). Der Sachverständigenrat geht davon aus, dass bis Ende des Jahres 2022 rund 850 000 ukrainische Geflüchtete in Deutschland Zuflucht suchen werden. Für die Jahre 2023 und 2024 dürfte sich diese Gesamtzahl netto kaum ändern. Aufgrund dieser Entwicklung berücksichtigt der Sachverständigenrat – ähnlich wie etwa die Gemeinschaftsdiagnose (2022b) – die ukrainischen Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter (etwa 60 % zwischen 15 und 74 Jahren) in der Potenzialschätzung. Der Faktor Arbeit dürfte daher in den Jahren 2022 und 2023 noch einmal **positiv zum Produktionspotenzial** beitragen und den negativen Effekten der demografischen Entwicklung und der rückläufigen Arbeitszeit entgegenwirken. [ABBILDUNG 26 RECHTS](#) In den nachfolgenden Jahren dürfte der Rückgang der Erwerbspersonen in Folge des demografischen Wandels das Potenzialwachstum erheblich belasten.

▸ KASTEN 5

Revisionen der Mittelfristprojektion des Sachverständigenrates

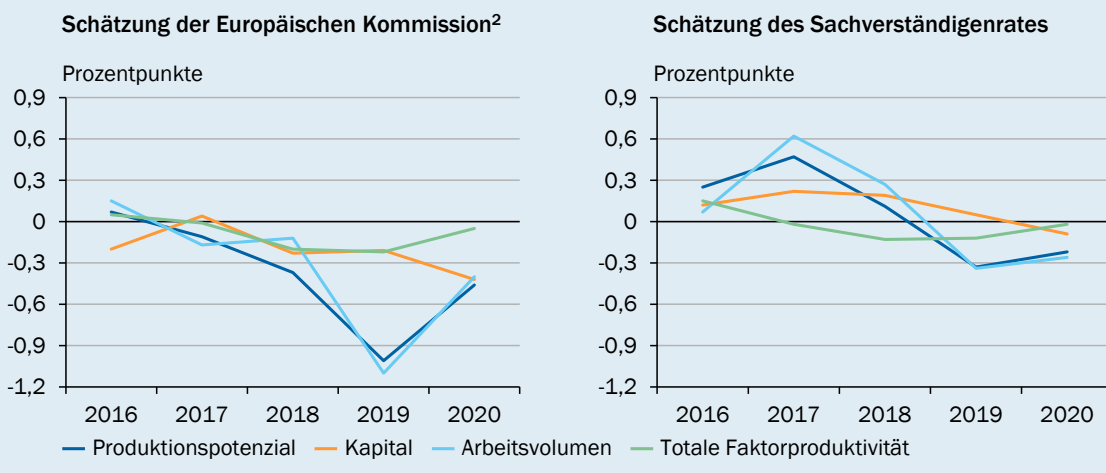
Die Mittelfristprojektion des Sachverständigenrates erlaubt es, die mittelfristigen Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft einzuordnen (Breuer und Elstner, 2020). Das genutzte Verfahren modelliert das gesamtwirtschaftliche **Produktionspotenzial** mithilfe dreier Produktionsfaktoren: **Arbeitsvolumen**, **Kapitaleinsatz** und **Totale Faktorproduktivität**. Der Sachverständigenrat orientiert sich dabei an dem Verfahren der Europäischen Kommission, legt jedoch für die drei Bestimmungsfaktoren des Produktionspotenzials differenziertere Modelle zugrunde.

Im Gegensatz zu einer Trend-Zyklus-Zerlegung eines Produktionsaggregates erlaubt das Verfahren des Sachverständigenrates eine **detaillierte Analyse der Beiträge der drei Komponenten** (Arbeit, Kapital, Faktorproduktivität) zum Produktionspotenzial. Die umfassende Modellierung der Einzelkomponenten ermöglicht wiederum, deren Triebkräfte, beispielsweise demografische Trends, im Einzelnen nachzuvollziehen. Wie Trend-Zyklus-Zerlegungen ist allerdings auch das Verfahren des Sachverständigenrates von Revisionen betroffen. Die Gründe für Revisionen sind vielfältig. Dazu gehören insbesondere Verfahrensänderungen, Datenrevisionen und Prognosefehler.

Die **Revisionen** der Bestimmungsfaktoren und des Produktionspotenzials für Deutschland sind **sehr heterogen**. [▸ ABBILDUNG 27](#) Deutlich erkennbar ist, dass die Arbeitskomponente (hellblau) erheblichen Revisionen unterliegt und mit der Revision des Produktionspotenzials jeweils quantitativ vergleichbar ist. Hingegen werden die Kapitalkomponente und die Totale Faktorproduktivität in beiden Modellen in geringerem Umfang revidiert. Insgesamt erscheinen die Revisionen des Sachverständigenrates zudem betragsmäßig kleiner als die der Europäischen Kommission. Dabei handelt es sich jedoch um eine Momentaufnahme, die keine Schlussfolgerungen über künftige Revisionen erlaubt.

▸ ABBILDUNG 27

Produktionspotenzialrevisionen¹



1 – Differenz des Wachstums des realisierten Wertes zum Zeitpunkt t+1 und der Prognose zum Zeitpunkt t-1.

2 – Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der European Commission Output Gap Working Group (EC OGWG).

Quellen: Europäische Kommission, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-284-01

[Daten zur Abbildung](#)

ANHANG

▾ TABELLE 8

Verwendung und Entstehung des realen BIP¹ in Deutschland²

	2019				2020				2021				2022	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
	Veränderung zum Vorquartal in %													
Verwendung														
Konsumausgaben	1,1	-0,2	0,4	0,5	-1,2	-8,1	8,6	-1,2	-3,7	3,8	2,8	-0,3	1,1	1,3
Private Konsumausgaben	0,9	-0,4	0,4	0,4	-2,1	-11,4	11,0	-2,4	-4,9	3,4	5,7	-1,0	0,8	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,6	0,3	0,4	0,7	1,3	-0,1	3,1	1,7	-1,1	4,8	-3,4	1,3	1,8	2,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,1	0,5	-0,6	-0,8	-6,8	5,2	2,5	-1,5	1,5	-2,3	0,0	2,1	-1,3
Ausrüstungsinvestitionen ³	1,2	0,0	-0,6	-2,7	-7,1	-14,7	17,6	1,9	-1,0	0,3	-3,1	0,9	1,7	1,1
Bauinvestitionen	-1,0	-0,3	1,1	0,1	4,1	-2,8	-0,4	3,3	-1,8	2,4	-2,9	-0,8	3,1	-3,4
Sonstige Anlageinvestitionen ⁴	2,4	1,3	0,8	1,1	-2,8	-5,2	3,2	1,6	-1,3	0,7	0,6	0,6	-0,1	0,8
Exporte	2,7	-1,6	1,4	-1,6	-1,9	-20,6	18,1	3,3	3,2	0,9	0,0	2,5	-0,7	0,3
Importe	1,2	-0,9	1,4	-0,2	-1,4	-17,6	11,1	2,4	3,9	1,5	1,3	3,7	0,4	1,6
Bruttoinlandsprodukt	0,7	-0,2	0,1	0,3	-1,4	-9,5	9,0	0,6	-1,5	1,9	0,8	0,0	0,8	0,1
Entstehung														
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	7,5	2,2	1,3	0,9	4,6	0,8	1,4	0,2	-0,8	1,7	0,3	-0,3	-5,8	1,9
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	1,2	-1,2	-0,7	-0,4	-2,6	-16,0	14,8	4,7	-1,4	0,3	-0,7	0,8	-0,2	-0,4
Verarbeitendes Gewerbe	0,8	-1,0	-0,5	-0,8	-3,0	-17,3	15,9	5,3	-1,0	-0,1	-0,8	0,7	-0,1	-0,5
Baugewerbe	-4,9	-1,5	0,5	0,1	3,5	-4,2	-2,4	8,6	-6,1	3,7	-2,8	-1,8	3,2	-2,4
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,5	-0,1	0,3	-0,1	-3,0	-14,5	14,0	-1,7	-2,3	1,6	5,8	-0,8	2,1	-1,5
Information und Kommunikation	0,5	0,7	1,2	0,4	0,5	-4,5	2,9	2,0	0,7	1,0	0,2	0,9	1,4	1,5
Finanz- und Versicherungsleistungen	0,7	0,2	0,9	1,5	0,8	1,6	0,4	-1,3	0,2	0,3	0,7	-0,6	4,3	0,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	-0,1	-0,2	0,3	0,4	0,6	-2,6	3,2	-0,6	-0,1	0,7	0,2	0,0	0,9	0,0
Unternehmensdienstleister	0,2	-1,1	0,5	0,6	0,0	-11,9	6,9	1,5	-0,2	4,0	1,0	-0,4	1,2	2,0
Öffentliche DL, Erziehung, Gesundheit	0,6	-0,1	0,7	0,3	1,0	-8,9	11,2	-4,4	2,1	-0,1	2,3	-2,7	2,9	-0,8
Sonstige Dienstleister	0,6	0,0	0,8	0,5	-5,2	-17,2	20,4	-12,6	2,2	1,2	12,3	-10,2	5,3	1,0
Bruttowertschöpfung Insgesamt	0,7	-0,5	0,3	0,1	-0,8	-10,5	9,5	0,1	-0,6	1,1	1,6	-1,0	1,6	-0,3

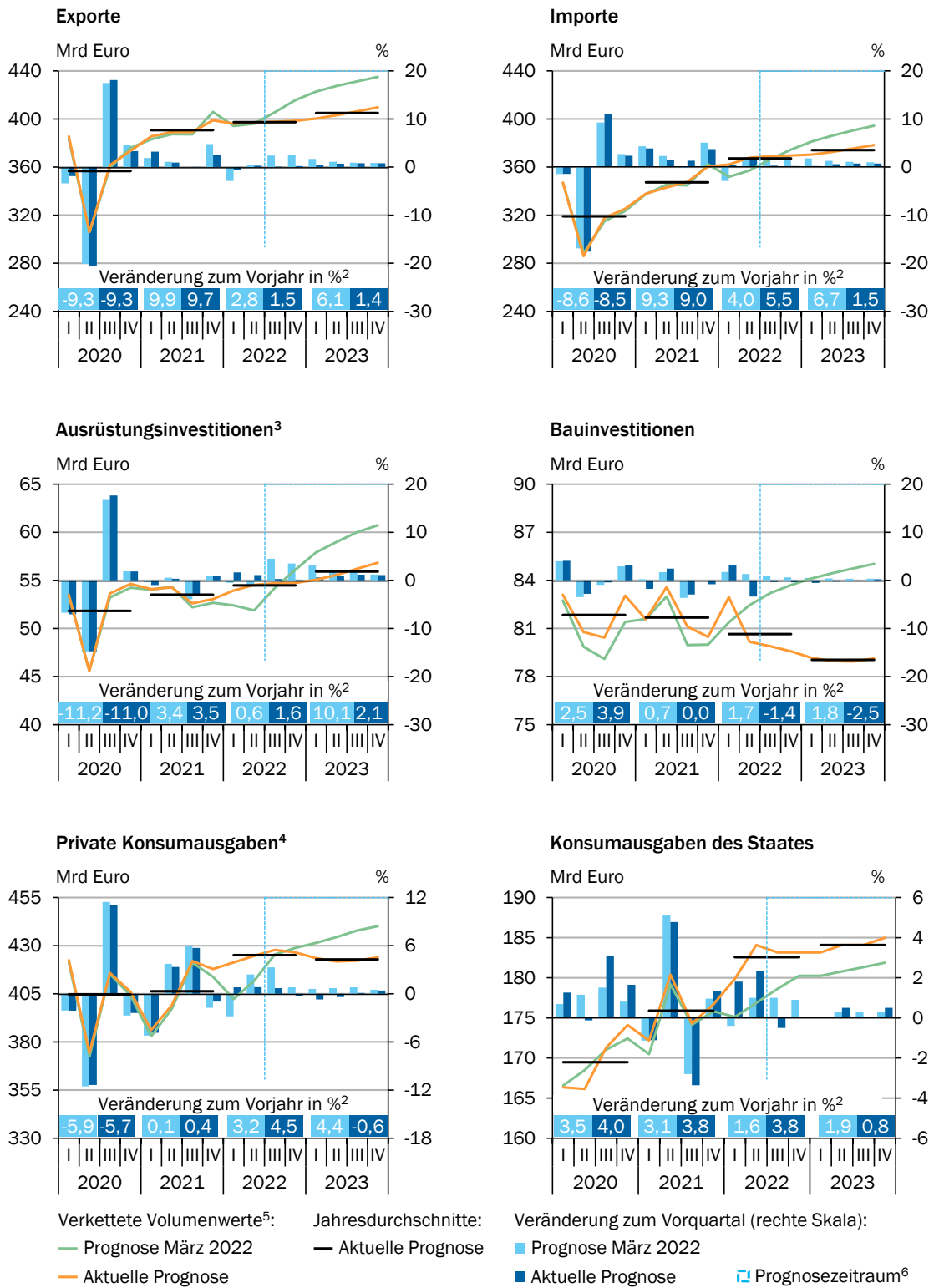
1 – Preis-, saison- und kalenderbereinigt. Gilt zudem für alle angegebenen Bestandteile des BIP. 2 – ■ ≤ -2,5; ■ > -2,5 bis ≤ -1,5; ■ > -1,5 bis ≤ -0,5; ■ > 0,5 bis ≤ 1,5; ■ > 1,5 bis ≤ 2,5; ■ > 2,5. 3 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 – Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt
© Sachverständigenrat | 22-321-02

[Daten zur Tabelle](#)

ABBILDUNG 28

Komponenten des Bruttoinlandsprodukts¹



1 – Alle angegebenen Komponenten des BIP preisbereinigt. 2 – Ursprungswerte. 3 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 5 – Referenzjahr 2015; saison- und kalenderbereinigt. 6 – Aktueller Prognosezeitraum. Prognosen des Sachverständigenrates.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
 © Sachverständigenrat | 22-058-02

[Daten zur Abbildung](#)

TABELLE 9

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Absolute Werte

	Einheit	2021	2022 ¹	2023 ¹	2022		2023 ¹	
					1. Hj.	2. Hj. ¹	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Inlandsprodukts								
In jeweiligen Preisen								
Konsumausgaben	Mrd Euro	2 571,3	2 853,2	3 014,0	1 372,1	1 481,2	1 469,3	1 544,8
Private Konsumausgaben ²	Mrd Euro	1 773,8	1 989,5	2 116,1	955,5	1 034,0	1 035,1	1 080,9
Konsumausgaben des Staates	Mrd Euro	797,5	863,7	898,0	416,5	447,2	434,1	463,8
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd Euro	783,8	877,0	937,2	416,9	460,2	452,3	484,9
Ausrüstungsinvestitionen ³	Mrd Euro	229,4	248,6	263,1	117,7	130,9	125,2	137,9
Bauinvestitionen	Mrd Euro	416,7	483,4	521,6	230,6	252,8	255,1	266,5
Sonstige Anlagen	Mrd Euro	137,7	145,1	152,4	68,6	76,4	71,9	80,5
Inländische Verwendung ⁴	Mrd Euro	3 410,2	3 778,2	3 970,2	1 835,3	1 942,9	1 938,6	2 031,5
Exporte	Mrd Euro	1 693,9	1 944,1	2 130,0	937,9	1 006,2	1 047,3	1 082,7
Importe	Mrd Euro	1 502,4	1 867,4	2 031,0	891,3	976,1	995,0	1 035,9
Bruttoinlandsprodukt⁴	Mrd Euro	3 601,8	3 854,9	4 069,2	1 881,9	1 972,9	1 990,9	2 078,3
Verkettete Volumenangaben								
Konsumausgaben	Mrd Euro	2 333,0	2 433,8	2 429,0	1 197,3	1 236,5	1 199,9	1 229,0
Private Konsumausgaben ²	Mrd Euro	1 627,5	1 701,6	1 690,5	836,6	864,9	836,1	854,4
Konsumausgaben des Staates	Mrd Euro	703,6	730,4	736,4	359,7	370,6	362,8	373,6
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd Euro	672,6	672,8	670,6	329,0	343,8	326,4	344,2
Ausrüstungsinvestitionen ³	Mrd Euro	215,8	219,3	223,9	105,1	114,3	107,0	116,9
Bauinvestitionen	Mrd Euro	328,7	324,1	316,0	161,7	162,4	156,4	159,5
Sonstige Anlagen	Mrd Euro	126,6	128,8	132,4	61,4	67,4	62,9	69,5
Inländische Verwendung ⁴	Mrd Euro	3 024,0	3 130,1	3 125,5	1 544,2	1 585,9	1 546,3	1 579,2
Exporte	Mrd Euro	1 572,5	1 596,2	1 618,5	795,9	800,5	804,9	813,7
Importe	Mrd Euro	1 395,8	1 472,1	1 494,6	725,1	747,1	739,0	755,7
Bruttoinlandsprodukt⁴	Mrd Euro	3 203,8	3 259,6	3 254,1	1 617,0	1 642,6	1 614,8	1 639,4
Preisentwicklung (Deflatoren)								
Konsumausgaben	2015=100	110,2	117,1	123,9	114,6	119,8	122,4	125,7
Private Konsumausgaben ²	2015=100	109,0	116,9	125,2	114,2	119,6	123,8	126,5
Konsumausgaben des Staates	2015=100	113,4	118,3	122,0	115,8	120,6	119,7	124,1
Bruttoanlageinvestitionen	2015=100	116,5	130,3	139,7	126,6	133,7	138,4	140,8
Ausrüstungsinvestitionen ³	2015=100	106,3	113,3	117,5	112,0	114,5	117,0	118,0
Bauinvestitionen	2015=100	126,8	149,2	165,2	142,4	155,8	163,0	167,1
Sonstige Anlagen	2015=100	108,8	112,6	115,1	111,8	113,3	114,4	115,7
Inländische Verwendung ⁴	2015=100	112,8	120,8	127,1	118,9	122,5	125,4	128,6
Terms of Trade	2015=100	100,1	96,0	96,9	95,9	96,2	96,6	97,1
Exporte	2015=100	107,7	121,8	131,7	117,9	125,7	130,1	133,1
Importe	2015=100	107,6	127,0	136,1	122,9	130,6	134,6	137,1
Bruttoinlandsprodukt⁴	2015=100	112,4	118,3	125,1	116,4	120,1	123,3	126,8
Entstehung des Inlandsprodukts								
Erwerbstätige (Inland)	Tausend	44 980	45 530	45 619	45 325	45 730	45 452	45 786
Arbeitsvolumen	Mio Std.	60 281	61 365	61 407	30 125	31 239	30 292	31 114
Produktivität (Stundenbasis)	2015=100	106,1	106,1	105,8	107,3	105,0	106,6	105,2
Verteilung des Volkseinkommens								
Volkseinkommen	Mrd Euro	2 743,4	2 856,8	3 017,0	1 371,1	1 471,3	1 464,2	1 552,8
Arbeitnehmerentgelte	Mrd Euro	1 918,0	2 022,3	2 140,1	962,9	1 059,5	1 012,8	1 127,3
Bruttolöhne und -gehälter	Mrd Euro	1 570,6	1 661,7	1 757,5	788,9	872,8	828,9	928,6
darunter: Nettolöhne und -gehälter ⁵	Mrd Euro	1 062,6	1 137,1	1 181,8	526,9	605,3	541,9	634,8
Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Mrd Euro	825,4	834,4	876,9	408,2	410,3	436,1	423,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²	Mrd Euro	2 031,2	2 167,4	2 249,6	1 059,5	1 107,9	1 097,3	1 152,3
Sparquote der privaten Haushalte ^{2,6}	%	15,1	10,7	8,4	12,2	9,2	8,1	8,7
nachrichtlich:								
nominale Lohnstückkosten ⁷	2015=100	112,5	116,4	123,4	111,6	121,1	117,6	129,1
reale Lohnstückkosten ⁸	2015=100	100,0	98,4	98,7	95,9	100,8	95,3	101,8
Verbraucherpreise	2015=100	109,1	117,8	126,6	115,0	120,5	125,4	127,7

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 – Da die verwendungsseitige Zusammensetzung der Revisionen des BIP im 1. Halbjahr 2022 noch aussteht, wird unterstellt, dass es sich um eine Anpassung der Vorratsveränderungen handelt. 5 – Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer. 6 – Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen. 7 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum realen BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 8 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

Quellen: BA, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Daten zur Tabelle

© Sachverständigenrat | 22-038-02

NOCH TABELLE 9

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
 Veränderung zum entsprechenden Vorjahreszeitraum in %

2021	2022 ¹	2023 ¹	2022		2023 ¹		
			1. Hj.	2. Hj. ¹	1. Hj.	2. Hj.	
							Verwendung des Inlandsprodukts
							In jeweiligen Preisen
4,5	11,0	5,6	12,3	9,7	7,1	4,3	Konsumausgaben
3,5	12,2	6,4	14,2	10,3	8,3	4,5	Private Konsumausgaben ²
6,6	8,3	4,0	8,2	8,4	4,2	3,7	Konsumausgaben des Staates
6,5	11,9	6,9	11,4	12,3	8,5	5,4	Bruttoanlageinvestitionen
5,5	8,4	5,8	6,6	10,0	6,4	5,4	Ausrüstungsinvestitionen ³
8,3	16,0	7,9	16,0	16,0	10,7	5,4	Bauinvestitionen
2,9	5,4	5,0	5,3	5,4	4,8	5,3	Sonstige Anlagen
6,1	10,8	5,1	12,8	8,9	5,6	4,6	Inländische Verwendung ⁴
15,6	14,8	9,6	15,4	14,2	11,7	7,6	Exporte
18,0	24,3	8,8	27,5	21,5	11,6	6,1	Importe
5,8	7,0	5,6	8,2	6,0	5,8	5,3	Bruttoinlandsprodukt⁴
							Verkettete Volumenangaben
1,4	4,3	- 0,2	6,4	2,4	0,2	- 0,6	Konsumausgaben
0,4	4,6	- 0,6	8,0	1,5	- 0,1	- 1,2	Private Konsumausgaben ²
3,8	3,8	0,8	3,2	4,4	0,9	0,8	Konsumausgaben des Staates
1,2	0,0	- 0,3	0,1	0,0	- 0,8	0,1	Bruttoanlageinvestitionen
3,5	1,6	2,1	0,6	2,6	1,9	2,3	Ausrüstungsinvestitionen ³
0,0	- 1,4	- 2,5	- 0,7	- 2,1	- 3,3	- 1,7	Bauinvestitionen
1,0	1,8	2,8	1,7	1,8	2,4	3,1	Sonstige Anlagen
1,9	3,5	- 0,1	4,9	2,2	0,1	- 0,4	Inländische Verwendung ⁴
9,7	1,5	1,4	2,6	0,4	1,1	1,7	Exporte
9,0	5,5	1,5	7,4	3,7	1,9	1,2	Importe
2,6	1,7	- 0,2	2,8	0,7	- 0,1	- 0,2	Bruttoinlandsprodukt⁴
							Preisentwicklung (Deflatoren)
3,0	6,2	5,8	5,5	7,2	6,9	4,9	Konsumausgaben
3,1	7,3	7,1	5,8	8,7	8,4	5,8	Private Konsumausgaben ²
2,7	4,3	3,1	4,9	3,8	3,3	2,9	Konsumausgaben des Staates
5,2	11,8	7,2	11,2	12,3	9,4	5,2	Bruttoanlageinvestitionen
1,9	6,6	3,7	6,0	7,2	4,5	3,0	Ausrüstungsinvestitionen ³
8,3	17,7	10,7	16,9	18,5	14,5	7,2	Bauinvestitionen
1,8	3,5	2,2	3,5	3,5	2,3	2,1	Sonstige Anlagen
4,1	7,1	5,2	7,6	6,6	5,5	5,0	Inländische Verwendung ⁴
- 2,6	- 4,1	0,9	- 5,3	- 3,0	0,7	0,9	Terms of Trade
5,4	13,1	8,1	12,5	13,7	10,4	5,9	Exporte
8,3	18,0	7,2	18,8	17,2	9,6	4,9	Importe
3,1	5,2	5,7	5,2	5,2	5,9	5,5	Bruttoinlandsprodukt⁴
							Entstehung des Inlandsprodukts
0,1	1,2	0,2	1,5	1,0	0,3	0,1	Erwerbstätige (Inland)
1,7	1,8	0,1	2,1	1,5	0,6	- 0,4	Arbeitsvolumen
0,9	0,0	- 0,2	0,7	- 0,8	- 0,7	0,2	Produktivität (Stundenbasis)
							Verteilung des Volkseinkommens
6,7	4,1	5,6	4,2	3,0	5,7	5,5	Volkseinkommen
3,5	5,4	5,8	6,1	4,8	5,2	6,4	Arbeitnehmerentgelte
3,7	5,8	5,8	6,7	5,0	5,1	6,4	Bruttolöhne und -gehälter
4,2	7,0	3,9	6,4	6,7	2,9	4,9	darunter: Nettolöhne und -gehälter ⁵
15,0	1,0	5,1	- 0,1	- 1,6	6,8	3,3	Unternehmens- und Vermögens- einkommen
2,1	6,7	3,8	5,1	8,3	3,6	4,0	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ²
.	Sparquote der privaten Haushalte ^{2,6}
							nachrichtlich:
0,7	3,5	6,0	3,0	4,1	5,3	6,7	nominale Lohnstückkosten ⁷
- 2,3	- 1,6	0,2	- 2,1	- 1,1	- 0,6	1,0	reale Lohnstückkosten ⁸
3,1	8,0	7,4	6,7	9,1	9,0	6,0	Verbraucherpreise

1 – Prognose des Sachverständigenrates. 2 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 3 – Einschließlich militärischer Waffensysteme. 4 – Da die verwendungsseitige Zusammensetzung der Revisionen des BIP im 1. Halbjahr 2022 noch aussteht, wird unterstellt, dass es sich um eine Anpassung der Vorratsveränderungen handelt. 5 – Arbeitnehmerentgelte abzüglich Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer. 6 – Ersparnis in Relation zum verfügbaren Einkommen. 7 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum realen BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 8 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde.

Quellen: BA, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-038-02

Daten zur Tabelle

↘ TABELLE 10

Komponenten der Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts¹ (in %)

	2017	2018	2019	2020	2021	2022 ²	2023 ²
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ³	0,5	1,3	0,4	0,2	2,2	0,8	0,0
Jahresverlaufsrate ⁴	3,7	0,1	0,9	- 2,1	1,2	1,0	0,5
Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts, kalenderbereinigt	3,0	1,0	1,1	- 4,1	2,6	1,8	0,0
Kalendereffekt (in % des Bruttoinlandsprodukts)	- 0,3	0,0	0,0	0,4	0,0	- 0,1	- 0,2
Jahresdurchschnittliche Rate des Bruttoinlandsprodukts ⁵	2,7	1,0	1,1	- 3,7	2,6	1,7	- 0,2

1 – Preisbereinigt. 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Prozentuale Differenz zwischen dem absoluten Niveau des BIP im letzten Quartal des Jahres und dem durchschnittlichen Niveau der Quartale desselben Jahres (siehe JG 2005 Kasten 5), saison- und kalenderbereinigt. 4 – Veränderung des 4. Quartals zum 4. Quartal des Vorjahres, saison- und kalenderbereinigt. 5 – Abweichungen in den Summen rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-037-02

[Daten zur Tabelle](#)

↘ TABELLE 11

Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt nach Verwendungskomponenten¹ Prozentpunkte

	2017	2018	2019	2020	2021	2022 ²	2023 ²
Inländische Verwendung³	2,5	1,5	1,6	- 2,9	1,8	3,3	- 0,1
Konsumausgaben	1,1	0,9	1,4	- 2,1	1,0	3,1	- 0,1
Private Konsumausgaben ⁴	0,8	0,8	0,9	- 2,9	0,2	2,2	- 0,3
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,2	0,5	0,8	0,8	0,8	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	0,7	0,4	- 0,5	0,3	0,0	- 0,1
Ausrüstungsinvestitionen ⁵	0,3	0,3	0,1	- 0,8	0,2	0,1	0,1
Bauinvestitionen	0,1	0,3	0,1	0,4	0,0	- 0,2	- 0,3
Sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,2	- 0,1	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderungen ³	0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,3	0,5	0,2	0,1
Außenbeitrag	0,2	- 0,6	- 0,6	- 0,8	0,8	- 1,6	0,0
Exporte	2,3	1,1	0,6	- 4,3	4,2	0,7	0,7
Importe	- 2,0	- 1,6	- 1,2	3,5	- 3,4	- 2,3	- 0,7
Bruttoinlandsprodukt³ (%)	2,7	1,0	1,1	- 3,7	2,6	1,7	- 0,2

1 – Wachstumsbeiträge zum preisbereinigten BIP. Abweichungen in den Summen rundungsbedingt. 2 – Prognose des Sachverständigenrates. 3 – Da die verwendungsseitige Zusammensetzung der Revisionen des BIP im 1. Halbjahr 2022 noch aussteht, wird unterstellt, dass es sich um eine Anpassung der Vorratsveränderungen handelt. 4 – Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 5 – Einschließlich militärischer Waffensysteme.

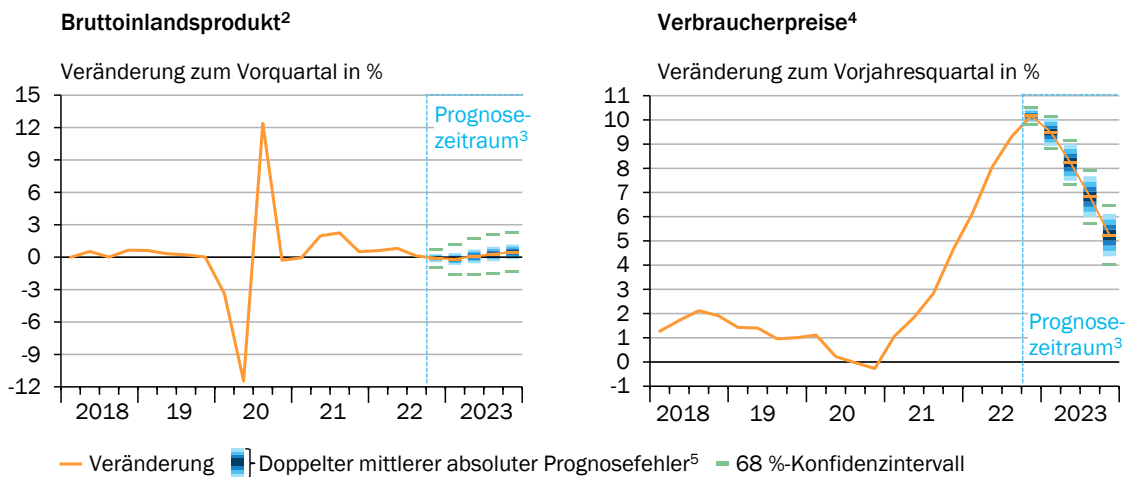
Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-035-02

[Daten zur Tabelle](#)

▾ **ABBILDUNG 29**

Prognoseintervalle für das Wachstum des BIP und der Verbraucherpreise im Euro-Raum¹



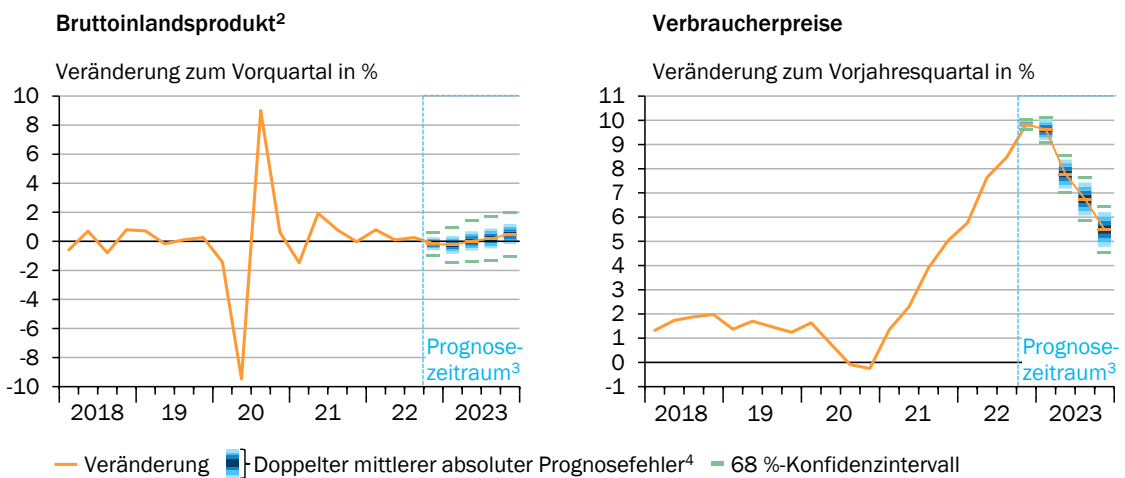
1 – Unsicherheitsmargen berechnet auf Grundlage des mittleren absoluten Prognosefehlers im Zeitraum der Jahre 1999 bis 2021. 2 – Preis-, saison- und kalenderbereinigt. 3 – Prognose des Sachverständigenrates. 4 – Harmonisierter Verbraucherpreisindex. 5 – Die breiteste Ausprägung des symmetrisch um den wahrscheinlichsten Wert verteilten Bandes entspricht dem doppelten mittleren absoluten Prognosefehler.

Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-332-01

[Daten zur Abbildung](#)

▾ **ABBILDUNG 30**

Prognoseintervalle für das Wachstum des BIP und der Verbraucherpreise in Deutschland¹



1 – Unsicherheitsmargen berechnet auf Grundlage des mittleren absoluten Prognosefehlers im Zeitraum der Jahre 1999 bis 2021. 2 – Preis-, saison- und kalenderbereinigt. 3 – Prognose des Sachverständigenrates. 4 – Die breiteste Ausprägung des symmetrisch um den wahrscheinlichsten Wert verteilten Bandes entspricht dem doppelten mittleren absoluten Prognosefehler.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-331-01

[Daten zur Abbildung](#)

↘ TABELLE 12

Tarifabschlüsse nach Branchen mit Laufzeitbeginn ab dem Jahr 2022¹

Wirtschaftszweig	Arbeitnehmeranzahl	Tarifabschluss in %	Laufzeitbeginn/Stufenerhöhung	Laufzeitende	Sonderzahlungen
Metallindustrie (ohne Berlin/Brandenburg, Sachsen)	3 812 900			30.09.2022	18,4 % eines ME/Jahr Transformationsgeld (T-Geld, zahlbar Februar 2022, 27,6 % ab Februar 2023)
Volkswagen AG	102 000	2,3	01.01.2022	30.11.2022	
Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie	72 800	2,4	01.05.2022	31.01.2023	
Deutsche Bahn AG Konzern	134 000	1,5	01.01.2022	28.02.2023	
Textil- und Bekleidungsindustrie West	73 400	1,3	01.03.2022		
		1,4	01.10.2022	28.02.2023	
Kfz-Gewerbe Bayern	80 100	2,2	01.02.2022	31.03.2023	
Kfz-Gewerbe Thüringen	10 400	2,2	01.02.2022	31.03.2023	
Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	510 300	1,7	01.05.2022	30.04.2023	
Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen	308 900	1,7	01.04.2022	30.04.2023	
Groß- und Außenhandel Sachsen-Anhalt	16 100	1,7	01.04.2022	30.04.2023	
Süßwarenindustrie Nordrhein-Westfalen	16 200	2,5	01.05.2022	30.04.2023	
Einzelhandel Brandenburg	63 200	1,7	01.07.2022	30.06.2023	
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Brandenburg	3 300	5,2	01.03.2022	31.08.2023	
Energiewirtschaft Ost (AVEU)	20 000	1,5	01.11.2022	31.08.2023	
Öffentlicher Dienst Länder (ohne Hessen)	1 100 000	2,8	01.12.2022	30.09.2023	
Eisen- und Stahlindustrie Nordwestdeutschland, Ost	87 800				500 € Pauschale insg. für Juni und Juli 2022
		6,5	01.08.2022	30.11.2023	
Süßwarenindustrie Ost	5 100	2,6	01.02.2022		
		2,3	01.11.2022		
		1,5	01.09.2023	30.11.2023	
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe	44 200	2,7	01.04.2022		
		2,2	01.04.2023	30.11.2023	
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen	10 200	3,3	01.05.2022		
		2,8	01.04.2023	30.11.2023	
Hotel- und Gaststätten- gewerbe Sachsen	34 100	8,0	01.04.2022		
		9,0	01.10.2022		
		3,0	01.01.2023		
		3,0	01.06.2023	31.12.2023	
Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen	7 600	3,3	01.04.2022		durchschnittliche Coronaprämie 1 000 €
		2,2	01.03.2023	31.01.2024	

1 – Datenstand: 28. Oktober 2022.

Quellen: Handelsblatt, IG Bergbau, Chemie, Energie, Tagesschau, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

<https://www.wsi.de/de/datenbank-tarifabschluesse-15320.htm> (abgerufen am 12.09.2022)

© Sachverständigenrat | 22-325-02

[Daten zur Tabelle](#)

NOCH TABELLE 12

Tarifabschlüsse nach Branchen mit Laufzeitbeginn ab dem Jahr 2022¹

Wirtschaftszweig	Arbeitnehmeranzahl	Tarifabschluss in %	Laufzeitbeginn/Stufen-erhöhung	Laufzeit-ende	Sonderzahlungen
Druckindustrie	124 800	2,0	01.05.2022		
		1,5	01.05.2023	29.02.2024	
Bauhauptgewerbe	425 100	2,5	01.04.2022		400 € und 450 € zusätzliche Einmalzahlungen am
		2,35	01.04.2023	31.03.2024	1. Mai 2022/2023
Hotel- und Gaststätten-gewerbe Bayern	142 300	7,5	01.04.2022		
		1,3	01.10.2022		
		3,3	01.01.2023		
		4,8	01.04.2023	31.03.2024	
Versicherungsgewerbe	169 600	3,0	01.09.2022		550 € in 2022, 500 € zusätzliche Einmalzahlung im Mai 2023
		2,0	01.09.2023	31.03.2024	
Zeitarbeit	835 000	9,7	01.10.2022		
		4,5	01.04.2023		
		4,4	01.01.2024	31.03.2024	
Privates Transport- und Verkehrs-gewerbe Nordrhein-Westfalen	176 500	4,3	01.01.2022		
		3,1	01.01.2023		
		2,8	01.01.2024	30.04.2024	
Bankgewerbe	160 500	3,0	01.08.2022		500 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2023
		2,0	01.08.2023	31.05.2024	
Bankgewerbe (öffentliche Banken)	47 400				1 050 € im März 2022
		3,0	01.07.2022		
		2,0	01.07.2023	31.05.2024	
Textilindustrie Ost	9 800	4,1	01.10.2022		
		1,5	01.10.2023	31.05.2024	
Chemische Industrie	578 500				1 400 € im Mai 2022
		3,25	01.01.2023		1 500 € in 2023
		3,25	01.01.2024	30.06.2024	1 500 € in 2024
Schreib- und Zeichengeräteindustrie (Bayern) ²		4,0	01.10.2022		600 € Inflationsbonus jeweils
		3,0	01.11.2023	01.10.2024	im Dezember 2022 und 2023
Gebäudereinigerhandwerk	487 100	2,5	01.01.2022		
		9,7	01.10.2022		
		3,2	01.01.2024	31.12.2024	
Eisen- und Stahlindustrie Nordwestdeutschland, Ost	91 700				dauerhaftes Tarifizusatzentgelt von 250 € im Februar 2022, ab 2023: 600 €/Jahr
Luftfahrtindustrie (außer Lufthansa)	6 000	17,8	01.08.2022		
Luftfahrtindustrie (Lufthansa)	20 000				200 € zum 1. August 2022
		2,5	01.01.2023		

1 – Datenstand: 28. Oktober 2022. 2 – Zur Arbeitnehmeranzahl lag bis Datenschluss keine Information vor.

Quellen: Handelsblatt, IG Bergbau, Chemie, Energie, Tagesschau, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

<https://www.wsi.de/de/datenbank-tarifabschluesse-15320.htm> (abgerufen am 12.09.2022)

© Sachverständigenrat | 22-325-02

Daten zur Tabelle

▾ TABELLE 13

Entwicklung der Löhne in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Tariflöhne (Stunden- konzept)	Effektivlöhne ¹	Lohndrift ²	Arbeitnehmer- entgelt je Arbeitnehmer- stunde	Arbeits- produktivität ³	Lohnstück- kosten (nominal) ⁴	Lohnstück- kosten (real) ⁵
2018	2,9	3,6	0,7	3,4	0,2	3,1	1,1
2019	3,2	3,5	0,3	3,9	0,8	3,1	1,0
2020	2,0	3,3	1,3	3,8	1,0	2,8	1,0
2021	1,3	1,8	0,5	1,5	0,9	0,7	- 2,3
2022 ⁶	2,5	3,7	1,3	3,4	0,0	3,5	- 1,6
2023 ⁶	4,6	5,7	1,1	5,8	- 0,2	6,0	0,2

1 – Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept) je Arbeitnehmerstunde. 2 – Differenz zwischen dem Anstieg der Effektivlöhne und demjenigen der Tariflöhne in Prozentpunkten. 3 – Reales BIP je Erwerbstätigenstunde. 4 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum realen BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 5 – Arbeitnehmerentgelt je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zum BIP je geleisteter Erwerbstätigenstunde. 6 – Prognose des Sachverständigenrates.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 22-036-02

[Daten zur Tabelle](#)

▾ TABELLE 14

Zugang in Arbeitslosigkeit¹ aus Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige ²	2019	2020	2019	2020	
	Zugang in Tausend		Veränderung zum Vorjahr		
			%	Tausend	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	22,4	21,4	- 3,5	- 4,4	- 1,0
Bergbau, Energie- und Wasser/Entsorgung	18,8	19,7	1,5	4,7	0,9
Verarbeitendes Gewerbe	300,0	316,8	13,9	5,6	16,9
Baugewerbe	175,7	170,6	- 1,4	- 2,9	- 5,2
Handel; Instandhalt. u. Rep. v. Kfz	313,8	335,2	1,9	6,8	21,4
Verkehr und Lagerei	151,5	168,6	7,9	11,3	17,1
Gastgewerbe	174,0	205,6	- 1,5	18,1	31,6
Information und Kommunikation	72,1	79,1	4,4	9,6	6,9
Finanz- u. Versicherungs-DL	21,2	21,7	- 5,9	2,6	0,6
Wirtschaftliche Dienstleistung ³	339,3	360,0	2,0	6,1	20,6
Arbeitnehmerüberlassung	327,9	292,7	- 0,2	- 10,8	- 35,3
Öffentliche Verwaltung	38,5	38,7	- 4,5	0,7	0,3
Erziehung und Unterricht	57,5	59,8	- 0,1	3,9	2,3
Gesundheits- und Sozialwesen	185,6	198,0	- 0,4	6,7	12,4
Sonst. Dienstleistungen, Private HH	92,5	99,5	- 1,2	7,6	7,0
Insgesamt⁴	2 290,8	2 387,3	2,3	4,2	96,4

1 – Aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt. 2 – Gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). 3 – Ohne Arbeitnehmerüberlassung. 4 – Mit Angaben zum Wirtschaftszweig.

Quelle: BA

© Sachverständigenrat | 22-405-01

[Daten zur Tabelle](#)

LITERATUR

- Ademmer, M., N. Janssen, S. Kooths und S. Möhle (2019), Niedrigwasser bremst Produktion, Wirtschaftsdienst 99 (1), 79–80.
- AEE (2022), The 2020 health crisis trough, Asociación Española de Economía, Barcelona.
- AEE (2020), The COVID-19 recession, Asociación Española de Economía, Barcelona.
- Arteta, C. und S. Kasyanenko (2022), Food insecurity and economic misery in low-income countries, Future Development, The Brookings Institution, Washington, DC.
- Aviat, A. et al. (2021), Dating business cycles in France: A reference chronology, *EconomiX*, Working Paper, Universität Paris-Nanterre.
- Bachmann, R. et al. (2022), Wie es zu schaffen ist, *ECONtribute Policy Brief 34*, Universität Bonn, Universität Köln.
- Baker, S.R., N. Bloom und S.J. Davis (2016), Measuring economic policy uncertainty, *Quarterly Journal of Economics* 131 (4), 1593–1636.
- Bazzoni, E., M. Jacob, S. Land, R. Minhas, Y. Staack und S. Welcherling (2022), European consumers increasingly react to the stress of rising prices, Report, McKinsey & Company, Düsseldorf.
- BDI (2022), Lagebild im industriellen Mittelstand, BDI-Blitzumfrage – August/September 2022, Bundesverband der Deutschen Industrie, Berlin.
- BEA (2022), Gross Domestic Product, Third Quarter 2022 (Advance Estimate), Pressemitteilung, Bureau of Economic Analysis, Washington, DC, 27. Oktober.
- Ben-David, I., E. Fernald, C.M. Kuhnen und G. Li (2018), Expectations uncertainty and household economic behavior, NBER Working Paper 25336, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.
- Benigno, G., J. di Giovanni, J.J.J. Groen und A.I. Noble (2022), A new barometer of global supply chain pressures, *Liberty Street Economics* January 4, 2022, Federal Reserve Bank of New York.
- Berger, E. et al. (2022), A potential sudden stop of energy imports from Russia: Effects on energy security and economic output in Germany and the EU, Working Paper 01/2022, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.
- Bernanke, B.S., M. Gertler und M. Watson (1997), Systematic monetary policy and the effects of oil price shocks, *Brookings Papers on Economic Activity* 1997 (1), 91–157.
- Bloom, N., S. Bond und J. van Reenen (2007), Uncertainty and investment dynamics, *Review of Economic Studies* 74 (2), 391–415.
- BOFIT (2022a), China posts relatively weak August growth figures; housing construction decline continues, Bank of Finland Institute for Emerging Economies, https://www.bofit.fi/en/monitoring/weekly/2022/vw202238_1/, abgerufen am 23.9.2022.
- BOFIT (2022b), China posts large current account surplus in first half; capital outflow continues, Bank of Finland Institute for Emerging Economies, https://www.bofit.fi/en/monitoring/weekly/2022/vw202236_2/, abgerufen am 9.9.2022.
- BOFIT (2022c), Russian economic trends remained stable in August, Bank of Finland Institute for Emerging Economies, https://www.bofit.fi/en/monitoring/weekly/2022/vw202239_2/, abgerufen am 30.9.2022.
- Bolwin, L., J. Schmidt und O. Stettes (2022), Arbeitskräftebewegungen im digitalen und ökologischen Wandel, *IW-Trends* 49 (3), Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, 3-24.
- Breuer, S. und S. Elstner (2020), Germany's growth prospects against the backdrop of demographic change, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 240 (5), 565–605.
- Breuer, S., S. Elstner, F. Kirsch und V. Wieland (2022), Konjunkturzyklen in Deutschland – die Datierung durch den Sachverständigenrat, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 23 (3), 200–240.
- Bundesnetzagentur (2022), Gas-Szenarien von Juli 22 bis Juni 23, Bonn.
- Bundesregierung (2022a), Maßnahmenpaket des Bundes zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung und zur Stärkung der Einkommen, Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 3. September 2022, Berlin.

Bundesregierung (2022b), Wirtschaftlicher Abwehrschirm gegen die Folgen des russischen Angriffskrieges, 29. September 2022, Berlin.

Caldara, D. und M. Iacoviello (2022), Measuring geopolitical risk, *American Economic Association* 112 (4), 1194–1225.

CBI (2022), What is the impact of the war in Ukraine on exports of vegetable oils?, Centre for the Promotion of Imports from developing countries, <https://www.cbi.eu/market-information/natural-ingredients-cosmetics/what-impact-war-ukraine-exports-vegetable-oils>, abgerufen am 4.10.2022.

CDCEF (2021), Le Comité de datation des cycles de l'économie française (CDCEF) de l'AFSE date le creux du cycle économique au 2ème trimestre 2020, Pressemitteilung, Association Française de Science Economique – Comité de datation des cycles de l'économie française, Paris, 29. Oktober.

CEA (2015), A better measure of economic growth: Gross domestic output (GDO), Issue Brief July 2015, Council of Economic Advisers, Washington, DC.

CEPR-EABCN (2021a), Euro area business cycle dating committee: Euro area entered recession in 2020Q1 after the peak of its slowest-ever recovery, Statement, CEPR-EABCN Euro Area Business Cycle Dating Committee, London.

CEPR-EABCN (2021b), Euro area business cycle dating committee: A sui generis recovery is following a sui generis recession, Statement, CEPR-EABCN Euro Area Business Cycle Dating Committee, London.

Christiano, L.J., M. Eichenbaum und C. Evans (1996), The effects of monetary policy shocks: Evidence from the flow of funds, *Review of Economics and Statistics* 78 (1), 16–34.

Christiano, L.J., M. Eichenbaum und C.L. Evans (2005), Nominal rigidities and the dynamic effects of a shock to monetary policy, *Journal of Political Economy* 113 (1), 1–45.

Coibion, O., D. Georganakos, Y. Gorodnichenko, G. Kenny und M. Weber (2021), The effect of macroeconomic uncertainty on household spending, NBER Working Paper 28625, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

Colavecchio, R. und I. Rubene (2020), Non-linear exchange rate pass-through to euro area inflation: A local projection approach, ECB Working Paper 2362, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.

Corona-ExpertInnenrat (2022), Pandemievorbereitung auf Herbst/Winter 2022/2023, 11. Stellungnahme, Stand: 08.06.2022, ExpertInnenrat der Bundesregierung zur Begleitung der Covid-19-Pandemie.

Davis, S. (2016), An index of global economic policy uncertainty, NBER Working Paper 22740, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

Deutsche Bundesbank (2022a), Geld und Geldpolitik, Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (2022b), Monatsbericht September 2022, Monatsbericht 74 (9), Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (2021), Finanzstabilitätsbericht 2021, Frankfurt am Main.

Dovern, J. und C. Zuber (2020), How economic crises damage potential output – Evidence from the Great Recession, *Journal of Macroeconomics* 65, 103239.

Egerer, J., V. Grimm, L.M. Lang, U. Pfefferer und C. Sölch (2022), Mobilisierung von Erzeugungskapazitäten auf dem deutschen Strommarkt: Kurz- und mittelfristige Preiseffekte, Kurzstudie 07. Oktober 2022, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftstheorie, Nürnberg.

EIA (2022), Short-term energy outlook, https://www.eia.gov/outlooks/steo/report/global_oil.php, abgerufen am 6.10.2022.

EIA (2020), Natural gas markets remain regionalized compared with oil markets, <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=43535>, abgerufen am 18.10.2022.

ESRB (2022), ESRB issues new warnings and recommendations on medium-term residential real estate vulnerabilities, Pressemitteilung, European Systemic Risk Board, Frankfurt am Main, 11. Februar.

Europäische Kommission (2022), European economic forecast – Summer 2022 (interim): Russia's war worsens the outlook, Institutional Paper 183, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Brüssel.

EWI (2022), Entwicklungen der globalen Gasmärkte bis 2030 – Szenarienbetrachtung eines beschränkten Handels mit Russland, Endbericht, Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln, Köln.

- [ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme](#) (2022), Sicher durch den Winter, Zwischenbericht, Stand 10.10.2022, Berlin.
- [EZB](#) (2022a), Transmission mechanism of monetary policy, <https://www.ecb.europa.eu/mopo/intro/transmission/html/index.en.html>, abgerufen am 7.10.2022.
- [EZB](#) (2022b), The euro area bank lending survey - Third quarter of 2022, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.
- [EZB](#) (2022c), Financial stability review – May 2022, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.
- [EZB](#) (2022d), The euro area bank lending survey – Second quarter of 2022, July 2022, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.
- [EZB](#) (2016), Bank lending survey for the euro area: Glossary, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.
- [FAO](#) (2022), FAO Food Price Index (FFPI), <https://www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/en/>, abgerufen am 14.9.2022.
- [Garnadt, N., C. von Räden und E. Thiel](#) (2021), Labour reallocation dynamics in Germany during the COVID-19 pandemic and past recessions, Working Paper 08/2021, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden.
- [Gemeinschaftsdiagnose](#) (2022a), Sonderauswertung Juni 2022: Gefahr einer Gaslücke gegenüber April deutlich verringert – aber Versorgungsrisiken bleiben, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Kiel.
- [Gemeinschaftsdiagnose](#) (2022b), Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022: Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Essen.
- [Gern, K.-J., S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg](#) (2022), Weltwirtschaft im Herbst 2022, Kieler Konjunkturbericht Welt 93 (2022/Q3), Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- [Görg, H., A. Jacobs und S. Meuchelböck](#) (2022), War in Ukraine and Western sanctions – How vulnerable are German firms?, Kiel Policy Brief Ukraine Special 2, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- [Ha, J., M.M. Stocker und H. Yilmazkuday](#) (2020), Inflation and exchange rate pass-through, Journal of International Money and Finance 105, 102187.
- [Havik, K. et al.](#) (2014), The production function methodology for calculating potential growth rates & output gaps, European Economy – Economic Paper 535, Europäische Kommission, Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, Brüssel.
- [IEA](#) (2022a), Japan natural gas security policy, <https://www.iea.org/articles/japan-natural-gas-security-policy>, abgerufen am 18.8.2022.
- [IEA](#) (2022b), Gas market report Q4-2022, including Global Gas Security Review 2022, Internationale Energieagentur, Paris.
- [ifo Institut](#) (2022a), Nach wie vor viele Stornierungen im Wohnungsbau, Pressemitteilung, München, 11. August.
- [ifo Institut](#) (2022b), Materialknappheit in der Industrie lässt nach, Pressemitteilung, München, 30. August.
- [IWF](#) (2022), World Economic Outlook, October 2022: Countering the cost-of-living crisis, Internationaler Währungsfonds, Washington, DC.
- [Jannsen, N.](#) (2022), Wie stark belasten pandemiebedingte Arbeitsausfälle die Wirtschaftsleistung?, Kiel Insight IfW-Box 2022.02, Kurzbericht, Kiel Institut für Weltwirtschaft.
- [Jašová, M., R. Moessner und E. Takats](#) (2019), Exchange rate pass-through: What has changed since the crisis?, International Journal of Central Banking 15 (3), 27–58.
- [Lagarde, C. und L. de Guindos](#) (2022), Monetary policy statement (with Q&A), Rede, Frankfurt am Main, 21. Juli.
- [Memmel, C. und A. Seymen](#) (2021), Banken mit niedrigem Gewinn gehen verstärkt Risiken im Niedrigzinsumfeld ein, Research Brief 42, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.
- [NBER](#) (2021), Determination of the April 2020 Trough in US economic activity, Pressemitteilung, Business Cycle Dating Committee Announcement, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA, 19. Juli.

NBER (2020), Determination of the February 2020 Peak in US economic activity, Pressemitteilung Business Cycle Dating Committee Announcement, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA, 8. Juni.

OECD (2022), OECD Economic Outlook June 2022: The price of war, OECD Publishing, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Paris.

Ortega, E. und C. Osbat (2020), Exchange rate pass-through in the euro area and EU countries, ECB Occasional Paper 241, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.

Ramey, V.A. (2016), Macroeconomic shocks and their propagation, in: Taylor, J. B. und H. Uhlig (Hrsg.), Handbook of Macroeconomics, Bd. 2, Elsevier, Amsterdam, 71–162.

Rogoff, K. (2021), Can China's outsized real estate sector amplify a Delta-induced slowdown?, <https://voxeu.org/article/can-china-s-outsized-real-estate-sector-amplify-delta-induced-slowdown>, abgerufen am 21.9.2021.

Schwartz, M., J. Abel-Koch und A. Brüggemann (2022), Hohe Energiekosten durch den Krieg in der Ukraine – in der Breite des Mittelstands (noch) tragbar, KfW Research – Fokus Volkswirtschaft 403, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main.

Service Public (2022), La hausse des tarifs réglementés de l'électricité plafonnée à 4 % au 1er février, Pressemitteilung, Direction de l'information légale et administrative France, Paris, 2. Februar.

Sgaravatti, G., S. Tagliapietra und G. Zachmann (2021), National fiscal policy responses to the energy crisis, Update 21 October 2022, <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>, abgerufen am 28.10.2022.

Simola, H. (2022), Russian foreign trade after four months of war in Ukraine, BOFIT Policy Brief 5/2022, Bank of Finland Institute for Emerging Economies, Helsinki.

S&P Global (2022), S&P Global China Business Outlook: Output expectations in China at lowest since start of pandemic, Pressemitteilung, London, 17. Juli.

Srinivasan, K. (2022), Asia's economies face weakening growth, rising inflation pressures – IMF Blog, <https://blogs.imf.org/2022/07/28/asias-economies-face-weakening-growth-rising-inflation-pressures/>, abgerufen am 28.7.2022.

Statistisches Bundesamt (2022a), Bedeutung der energieintensiven Industriezweige in Deutschland, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Industrie-Verarbeitendes-Gewerbe/produktionsindex-energieintensive-branchen.html>, abgerufen am 7.9.2022.

Statistisches Bundesamt (2022b), 20,6 % weniger beantragte Regelinsolvenzen im September 2022 als im Vormonat, Pressemitteilung 444, Wiesbaden, 17. Oktober.

UNHCR (2022), Ukraine refugee situation, <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>, abgerufen am 8.10.2022.

Wang, H. und R. Griffin (2022), OPEC+ chops oil quotas, in another snub to the US, as White House threatens retaliation, <https://www.spglobal.com/commodityinsights/en/market-insights/latest-news/oil/100522-opec-set-for-important-meeting-with-big-oil-production-cuts-in-play>, abgerufen am 5.10.2022.

Weltbank (2022), Global economic prospects June 2022, Flagship report, Washington, DC.

ZDB (2022), Frühjahrsumfrage: Schwierigkeiten bei der Materialversorgung und Preisentwicklung bei Baustoffen und verschlechterte Finanzierungsbedingungen bremsen Bauwirtschaft, ZDB-Konjunkturumfrage Frühjahr 2022, Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, Berlin.